

Die Ukraine in den Augen Deutschlands

Bilder und Wahrnehmungen eines Landes im Umbruch

Projektleitung:

Andreas von Schumann

Leiter des Büros für politische Kommunikation, Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Kiew

Roman Ivanov

stellvertretender Leiter des Büros für politische Kommunikation, Deutsche
Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Kiew

Projektteam und Interviewer:

Katharina Binhack, Frankfurt

Alyssa Damm, Berlin

Dr. Oliver Gnad, Berlin

Olena Gordienko, Kiew

Mariia Henning, Kiew

Roman Ivanov, Kiew

Veranika Karzan, Kiew

Maryna Kovtun, Kiew

Olena Ovcharenko, Kiew

Andreas von Schumann, Kiew

Valentina Six, Berlin

Illia Tolstov, Kiew

Sigrid Vesper, Berlin

Nataliia Vlasiuk, Kiew

Methodische Begleitung:

Dr. Mischa Skribot

LUMIQUE Gesellschaft für strategische Managementservices mbH, Wien

Bearbeitung:

Dr. Oliver Gnad

Bureau für Zeitgeschehen (BfZ) GmbH, Berlin

Vorwort	6	4. Ukraine als Objekt und Subjekt in den internationalen Beziehungen	74
Prolog: Zäsuren in der Wahrnehmung der Ukraine	10	Deutschland: Mittler oder wankelmütiger Opportunist?	76
1. Ukrainebilder: Krim, Krieg, Krise, Korruption	20	Ukrainische und europäische Passivität	81
Euromaidan: Wandel der Wahrnehmungen	24	Sonderverhältnis: Die ukrainisch-russischen Beziehungen	83
Zur Rolle deutscher Medien: Mehr Qualität, mehr Themen, bitte!	29	5. Zukunftsbilder – Zukunftsperspektiven	90
2. Identität(en) und kulturelle Vielfalt	32	Erfolgsfaktoren kontinuierlichen Wandels	91
Zweisprachigkeit	34	Ökonomisch ein schlafender Riese	92
Kulturlandschaften	37	Junge Menschen – Potenzial für die Zukunft der Ukraine	96
Klassisches und Kulturleben der Gegenwart	38	Gehen oder bleiben?	98
Religion und Religiosität	40	Sondertexte (Textkästen)	
Offenheit und Individualität	43	Donbass-Ukrainer verdienen mehr Solidarität	27
3. Reformagenda und gesellschaftlicher Wandel	44	Mangelnde Anerkennung beruflicher Bildung	69
Teil I: Bedingungsfaktoren gesellschaftlichen Wandels	45	Ukrainische Parteien – personale Interessenallianzen	70
Reformerfolge und Reformstau	45	Zukunft der Ukraine als Lackmustest für die europäische Idee	71
Katerstimmung und zunehmender Pessimismus in der Reformdebatte	50	Das Rückgrat der Ukraine ist ihre starke Zivilgesellschaft	72
Macht und Einfluss der Oligarchen	53	Gesellschaftlicher Austausch als Schlüssel zur Modernisierung	88
Oligarchie und Pressefreiheit	55	Binnenflucht und Internally Displaced Persons (IDP)	101
Fehlendes Vertrauen der Bevölkerung in politische Eliten	56	Anhänge	102
Teil II: Sektorreformen – ein geteiltes Echo	58	Zur Methodik der Studie	103
Baustelle Justiz: Bisher bloß ein Polizei-Reformchen	58	Datenerhebung in persönlichen Interviews	105
Energie – ein Schlüsselsektor	59	Auswertung der erhobenen Daten	106
Neues Umweltbewusstsein, ökologische Altlasten und Umweltkriminalität	60	Gesprächspartner	110
„Das staatliche Gesundheitswesen ist eine Katastrophe“	61		
Externe Sicherheit:			
Bündnisfähig oder auf sich allein gestellt?	63		
Kampf der Korruption: Konsequentes Lippenbekenntnis	65		
Qualitätsmängel und Käuflichkeit im Hochschulwesen	67		

Vorwort

Wahrnehmungen sind keine Wahrheiten. Sie sind vielmehr das Ergebnis subjektiver Interpretationen – der Vermengung von Erlebtem, Erinnerungem, Gefühltem, Konstruiertem. Wahrnehmungen sind stark von der Zeit und dem Umfeld geprägt, in denen sie entstehen.

Wenn im Rahmen dieser Studie zur Wahrnehmung der Ukraine in Deutschland etwa ein Gesprächspartner darauf hinweist, „wir reden viel über die Ukraine, aber nicht mit ihr“, dann kann man diesem Eindruck nachgehen und fragen, wie er wohl entstanden ist, ob er zutreffend ist oder irreführt. Doch Wahrheitsfindung war nicht unser Anliegen. Vielmehr wollten wir herausdestillieren, welche Gemeinsamkeiten unterschiedliche Wahrnehmungen von unterschiedlichen Personen aufweisen, welche Konturen die Bilder von der Ukraine aufweisen, welches Profil und welche Verzerrungen erkennbar werden.

So können wir zwei durchgängige Grundlinien nachzeichnen. Die erste: Der Blick auf die Ukraine wird als zu eng, das Wissen als zu lückenhaft, die Aufmerksamkeit als zu flüchtig und die Bewertungen werden als zu wenig fundiert empfunden. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Kooperationsbeziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland erstaunt diese Perzeption. In den Ergebnissen findet man eine Reihe plausibler und weniger plausibler Gründe für diese bruchstückhafte Auseinandersetzung mit der Ukraine. Es wird deutlich, dass es sich hierbei nicht nur um ein „Darstellungsproblem“ der Ukraine handelt, sondern dass die verzerrte Wahrnehmung vor allem vom Betrachter erzeugt wird.

Eine andere Grundlinie, die sich durch alle Gespräche zieht, ist der tiefe Wunsch, dass sich Deutschland und die Deutschen mehr und intensiver mit der Ukraine auseinandersetzen. Begründet wird diese Hoffnung mit mehreren Motiven: mit historischen Verantwortungen der Deutschen, der kulturellen Vielfalt der Ukraine, dem wirtschaftlichen Potenzial des Landes, der Notwendigkeit, Stabilität im Osten Europas zu schaffen, oder mit möglichen Impulsen für die Weiterentwicklung der EU.

Doch das auffälligste Motiv war die Begeisterung über die Entdeckungen unserer Gesprächspartner in ihrer eigenen Annäherung an die Ukraine. Unabhängig vom konkreten Anlass, die Ukraine in den Mittelpunkt ihres Interesses zu stellen, hoben die meisten das „weiße Blatt“ zu Beginn hervor, das sich schnell zu einer „bunten Leinwand“ wandeln sollte.

Die Erhebung der Studie „Die Ukraine in den Augen Deutschlands“ wurde methodisch analog zu den GIZ-Wahrnehmungsstudien „Deutschland in den Augen der Welt“ durchgeführt¹. Unser Erkenntnisinteresse ist, wie die Ukraine in Deutschland im Kontext ihrer internationalen Beziehungen und inneren Entwicklungen wahrgenommen wird, wo ihre spezifischen Stärken und Schwächen gesehen werden und welche Erwartungen sich vor diesem Hintergrund an die Zukunft des Landes knüpfen.

Hierzu wurden im Herbst 2017 persönliche Einzelinterviews mit 44 ausgewählten Ukraine-Kennern aus Deutschland geführt. Neben einer Auflistung der 44 Gesprächspartner findet sich im Anhang eine detaillierte Erläuterung zur methodischen Gestaltung der Studie.

Der Text wählt drei unterschiedliche Perspektiven, um den Leser an die Ukraine heranzuführen: Im einführenden Prolog wird bewusst der Standpunkt eines historisch-politischen Analysten westlicher Prägung eingenommen, weil diese Wahrnehmung und Interpretation dem Leser wohl am vertrautesten sind. Hier werden wichtige Wegmarken ukrainischer Geschichte im 20. Jahrhundert nachgezeichnet. Sie sollen helfen, die subjektiven Wahrnehmungen unserer Gesprächspartner in den historischen und zeitgenössischen Kontext zu stellen.

Der Hauptteil widmet sich dann ganz den Aussagen und Eindrücken unserer Interviewpartner. Ihre Wahrnehmungen wurden in einem mehrstufigen Verfahren zu Kernaussagen verdichtet – ein Vorgehen, das in der qualitativen Sozialforschung als „Intersubjektivität“ bezeichnet wird. Durch diese Methode entsteht eine Sammlung kumulierter und gewichteter subjektiver Wahrnehmungen, die sich Stück für Stück zu einem kollektiven Gesamtbild fügen – ohne jedoch den Anspruch zu erheben, Objektivität oder gar Wahrheit zu sein.

Struktur, Ordnung und Dramaturgie des Textes wurden bewusst so gewählt, dass das daraus entstehende Gesamtbild allein vor den Augen des Lesers entsteht und möglichst als fragmentiertes Mosaik erhalten bleibt. Jedes Kapitel steht für sich allein und kann doch mit anderen Kapiteln zu ganz unterschiedlichen, facetten-

reichen Gesamtbildern zusammengefügt werden. Je nachdem, in welcher (beliebigen) Reihenfolge man die Kapitel liest, ergeben sich unterschiedlich nuancierte Narrative der Ukraine. Die Hand des Autors wird so in den Hintergrund treten; stattdessen kann das Rohmaterial dank der zahlreichen Zitate vom Leser selbst angeordnet und interpretiert werden.

Erwähnt werden sollte schließlich auch, dass es sich bei der vorliegenden Studie um einen dezidiert deutschen Blick auf die Ukraine handelt – was angesichts der Auswahl unserer Gesprächspartner auch nicht verwundert. Wir haben diese hoch selektive Herangehensweise aus zweierlei Gründen gewählt: zum einen, weil Deutschland ein Schlüsselpartner der Ukraine auf ihrem Weg in eine selbstbestimmte europäische Zukunft ist. Zum anderen, weil die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) als ein Unternehmen der Bundesregierung gefordert ist, ihre Arbeit stets den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, damit sie wirksam ist und Akzeptanz findet.

Und so ist diese Wahrnehmungsstudie nicht nur ein Beitrag zur Debatte zur künftigen Einbettung der Ukraine in eine sich neu herausbildende europäische politische Ordnung. Sie soll ferner darlegen, wie sich das Ukraine-Bild seit den Ereignissen auf dem Kiewer Maidan 2013/2014 fortentwickelt hat und wie das Leben der Menschen in der Ukraine aus einer kritischen Außenperspektive wahrgenommen wird.

Andreas von Schumann, Kiew

¹ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (Hg.), Deutschland in den Augen der Welt. Zentrale Ergebnisse der GIZ-Erhebung „Außensicht Deutschland – Rückschlüsse für die Internationale Zusammenarbeit“, Bonn/Eschborn 2012 (Download: <https://www.giz.de/de/downloads/de-deutschland-in-den-augen-der-welt-2012.pdf>); Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (Hg.), Deutschland in den Augen der Welt. Zentrale Ergebnisse der zweiten GIZ-Erhebung 2015, Bonn/Eschborn 2015 (Download: <https://www.giz.de/de/downloads/giz2015-de-deutschland-in-den-augen-der-welt-2015.pdf>). Die dritte GIZ-Deutschlandstudie erscheint im ersten Quartal 2018.

Prolog: *Zäsuren in der Wahrnehmung der Ukraine*

Als ich 1990 zum ersten Mal in den Westen, genauer: in die USA reiste, hatte ich ziemlich große Schwierigkeiten, meinen Gesprächspartnern zu erklären, aus welchem Land ich kam. Klar, ich hielt mich für einen Ukrainer und hatte sogar einen entsprechenden Eintrag in meinem sowjetischen Pass. Immerhin existierte so etwas wie eine „Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik“ - mit eigener Regierung, eigenem Parlament, und sie war sogar offiziell Mitglied in der UNO, wofür 1945 Stalin vorausblickend gesorgt hatte. So antwortete ich auf die Frage „Where are you from?“ unbeirrt und völlig arglos: „From Ukraine.“

Auf meine Gesprächspartner machte dies überhaupt keinen Eindruck. „Sorry?“, fragten die Höflicheren. „What?“, versuchten die anderen ihre gesammelten TV-Kenntnisse abzurufen. „Bahrain?“

„Nein“, korrigierte ich geduldig. „Ukraine.“

„What’s that?“

„Eine der Republiken der Sowjetunion.“

„Oh, Russia!“, nickten die Amerikaner begeistert, als hätten sie das große Los gezogen.

„Nein“, ich versuchte, so viel Geduld wie möglich aufzubringen.

„Russland ist auch eine der Republiken der Sowjetunion.“

Auf diese Eröffnung reagierten sie konsterniert. Russland eine der Republiken Russlands? Irgendjemand war hier verrückt. Klar, wer.

Am Ende meiner Reise begegnete ich einem Mann, den meine Erklärung nicht im Geringsten aus der Fassung brachte.

„Which Ukraine“, reagierte er vollkommen sachlich.

„Russian one or Polish one?“

Nun war ich an der Reihe und konnte nur verlegen murmeln:

„Soviet one. So far”.¹

¹ Aus: Mykola Rjabtschuk, Die reale und die imaginierte Ukraine. Essay, Frankfurt: edition suhrkamp, 2013, S. 11-12.

Mit dem landestypisch frotzelnden Humor beschreibt der Kiewer Schriftsteller und Journalist Mykola Rjabtschuk das ewige Dilemma seines Landes: Es hinterlässt keinen mentalen Abdruck, ist beinahe ohne eigene Wahrnehmung und steht – so weit heute lebende Generationen zurückblicken können – im Schatten seines großen östlichen Nachbarn, Russland. Schon ihr Landesname weist der Ukraine eine Randlage an der Peripherie großer Reiche zu; das altostslawische Wort *ukraina* bedeutet „Grenzgebiet“ (nämlich zu den turkstämmigen Reiternomaden entlang des sogenannten „Wilden Feldes“, den Steppengebieten der heutigen Süd- und Ostukraine).

Es scheint, als gäbe es nur zwei Zuschreibungen, wenn die Ukraine als völkerrechtlich-historischer Gegenstand wahrgenommen wird: entweder als machtpolitische Projektionsfläche regionaler Großmächte (Habsburger, Polen, Deutsche, Russen, Osmanen) oder als historisch-kulturell zerrissenes Land zwischen Ost und West. Und so kommt es, dass das zweitgrößte Land Europas in der öffentlichen Wahrnehmung bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielt und zivilisationsgeschichtlich keinen merklichen Fußabdruck hinterlässt.

Aus diesem Schattendasein scheint die Ukraine immer nur dann herauszutreten, wenn sie zum Spielball geopolitischer Ambitionen angrenzender Mächte wird; und es ist bezeichnend, dass die Ukraine viel eher in den Erzählungen dieser angrenzenden Mächte zur Geltung kommt als aus ihrer eigenen Geschichtsschreibung heraus: So war die moderne Staatswerdung 1917 nur durch den Niedergang und die militärische Niederlage des zaristischen Russlands möglich geworden (unterstützt durch Deutschland). Diese Unabhängigkeit endete bereits 1922 – nach der faktischen Eroberung und Besetzung durch Trotzki's Rote Armee – mit der vollständigen Eingliederung der West- und Ostukraine in den Verband der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Während das westeuropäische Geschichtsbewusstsein mit Blick auf die Ukraine erst wieder mit dem Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion im Sommer 1941 einsetzt, ist in der ukrainischen Memoria bis heute ein ganz anderes Ereignis prägend: der als „Holodomor“ bezeichnete millionenfache Hungertod der ukrainischen Landbevölkerung Anfang der 1930er Jahre, verursacht durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft un-

ter russischer Sowjetherrschaft. Der deutsche Genozidforscher Gunnar Heinsohn bezeichnete den Hungertod der ukrainischen Bevölkerung einmal als „die schnellste gegen eine einzelne Volksgruppe gerichtete Massentötung des 20. Jahrhunderts und womöglich der Geschichte“¹. Ob Stalin und Molotow damit gezielt die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukraine torpedieren wollten oder ob das Massensterben eine Verkettung rücksichtslos durchgeführter Kollektivierungsmaßnahmen, Ernteeintnahmen und Schlechtwetterperioden ist, bleibt umstritten. Tatsache ist, dass die ukrainische Bevölkerung am Vorabend des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion eine Gesellschaft am Rande des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs war.

Hitlers Ostfeldzug, der vor allem die Eroberung von Siedlungsgebieten in der Ukraine und die Unterjochung des Landes als Rohstoff-Kolonie zum Ziel hatte, führte nicht nur zur weitgehenden Zerstörung ukrainischer Städte und Infrastruktur, sondern auch zur fast vollständigen Auslöschung der jüdischen Bevölkerung. In ihren Lagern tötete die SS rund 1,4 Millionen Gefangene; die Massenerschießung Kiewer Juden in der Schlucht von Babyn Jar im September 1941 gehört zu jenen Schreckensbildern, die das kollektive Gedächtnis der deutschen Nachkriegsgenerationen geprägt haben.

Die Rückeroberung der Ukraine durch die Rote Armee im Oktober 1944 führte nicht nur zur faktischen Gleichschaltung des Landes (trotz formalem Autonomie-Status

und eigenständiger UN-Gründungsmitgliedschaft); die Bevölkerung musste wieder massenhafte Repressionen („Kollaborateure“), Deportationen (Intelligenzija) und Umsiedlungsmaßnahmen (nationalistisch gesinnte Westukrainer, ethnische Minderheiten) erdulden. Mit dem Tod Stalins im Frühjahr 1953 und der Machtübernahme Nikita Chruschtschows fanden die russischen Repressalien gegen die Ukraine ein Ende; der im Donezbecken aufgewachsene Chruschtschow war es auch, der die 300 Jahre zu Russland gehörende Halbinsel Krim im Mai 1954 kurzerhand der Ukraine zuschlug².

Im Kalten Krieg war die Ukraine nicht nur die Kornkammer der Sowjetunion, sondern auch ihre Waffenschmiede und vorgerückter Standort der strategischen Streitkräfte der UdSSR. Hier hatte das sowjetische Militär das Gros ihrer nuklearen Mittelstreckenwaffen stationiert, hatte im militärischen Sperrgebiet Sewastopol auf der Krim große Verbände ihrer atomar ausgerüsteten Flotte liegen und überall im Land kampfbereite Divisionen mit Blick gen Westen stationiert.

Dass die Ukraine im Verbund der UdSSR eine exponierte Rolle als Garnison und industrielles Rückgrat spielte, war nur wenigen im Westen bewusst. Ins öffentliche Bewusstsein rückte die Ukraine erst im April 1986, als im nordukrainischen Tschernobyl nahe der Stadt Prypjat Block 4 des Kernkraftwerks havarierte. Es war der erste Nuklearunfall, der auf der siebenstufigen internationalen Bewertungsskala als GAU – größter anzunehmender

¹ Gunnar Heinsohn, *Lexikon der Völkermorde*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1998; Timothy Snyder, *Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin*, München: Beck 2011.

² Gwendolyn Sasse, *The Crimea Question. Identity, Transition and Conflict*, Harvard University Press 2007.

Unfall — eingestuft wurde. Dieser Unfall wird heute als ein Schlüsselereignis im Niedergang der Sowjetunion eingestuft, verdeutliche er doch, wie marode die Infrastruktur im Lande war, wie leichtfertig die sowjetischen Behörden mit dem Vorfall umgingen und wie wenig das Regime in der Lage war, die Folgen in den Griff zu bekommen. So wurde die Katastrophe von Tschernobyl zum Sinnbild eines Systems, das nun in einen beschleunigten Prozess des Niedergangs eintrat.

Nach dem gescheiterten Moskauer Augustputsch 1991 erklärte sich die Ukraine am 24. August als erster großer sowjetischer Kernstaat für unabhängig und löste sich – dem Beispiel der baltischen Staaten, Armeniens und Georgiens folgend – aus dem sozialistischen Staatenverbund heraus. Mykola Rjabtschuk interpretiert diese Loslösung als eine „doppelte Emanzipation“ – nämlich „der Bürgergesellschaft vom Staat und der Nation vom Imperium“³.

Nach dem Unabhängigkeitsreferendum am 1. Dezember 1991 wurde der ehemalige ZK-Sekretär Leonid Krawtschuk mit überwältigender Mehrheit zum ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine gewählt – und damit eine Elitenkontinuität gewährleistet, die nicht nur zu einer „unvollendeten Revolution“ führte (Taras Kuzio), sondern – wie sich herausstellen sollte – auch den Grundstein für ein durch und durch korruptes politisches System legen sollte. Denn Postkommunisten und Nationalisten gingen eine unheilige Allianz ein: Weil die nach nationaler Unabhängigkeit strebenden Kräfte nun endlich die Loslösung

von Russland realisieren wollten, willigten sie in eine kooptierende Zusammenarbeit mit der Nomenklatura ein, die – wie bisher – mit Hilfe staatlicher Organe und informeller Netzwerke die Macht im Staate ausübte. Umso mehr, als dass nach dem Verbot der Kommunistischen Partei im Jahre 1991 ein Machtvakuum entstand, das rasch von personalen Verbänden – Seilschaften – gefüllt wurde.

Mit diesem Pakt bremsten die Kräfte des Neuanfangs nach Ansicht Rjabtschuks „viele Jahre lang die Entwicklung eines echten Mehrparteiensystems. Sie haben es zu verantworten“, so Rjabtschuk, „dass das von der postkommunistischen Nomenklatura in der Ukraine realisierte oligarchische Projekt formal den Namen und die Merkmale eines demokratischen, nationalstaatlichen Projektes erhielt.“⁴

Anders als in den baltischen Staaten, wo die Zivilgesellschaften nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Kontrolle über den Staatsapparat übernahmen und das autoritär zentralistische System in ein pluralistisches, liberal-demokratisches verwandelten, verharrete die Ukraine weitgehend in ihren alten Machtstrukturen. Auch wenn es den alten Eliten nicht gelang, die Kräfte einer emanzipierten Bürgergesellschaft vollends ihrem autoritären Herrschaftsanspruch zu unterwerfen, so war die Zivilgesellschaft dennoch nicht in der Lage, den baltischen Pfad einzuschlagen. Was blieb, war ein „erzwungener Pluralismus“ (Lucan Way) und eine hybride Demokratie mit zunehmend autoritären Zügen. Oder wie die Zeitschrift *East European Reporter* einmal

titelte: „Autoritarismus mit menschlichem Antlitz“⁵.

Die westliche Wahrnehmung der Ukraine im Übergang von Leonid I. (Krawtschuk) zu Leonid II. (Kutschma) – so es in dieser Phase überhaupt Aufmerksamkeit für das Land zwischen Ost und West gab – war die eines wohlwollenden Autoritarismus. Ohnehin galt das Augenmerk des Westens den Staaten Mitteleuropas, die sich gerade erst aus der Umklammerung der Sowjetunion befreit hatten. Im Dezember 1997 beschloss der Europäische Rat in Luxemburg die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit zehn mittel- und osteuropäischen Staaten, darunter auch die drei postsowjetischen baltischen Staaten.

Ein solcher Annäherungskurs stand weder für die Ukraine noch für Weißrussland zur Debatte: Als postsowjetische Kernstaaten mit engen historischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zu Russland war ein Ausgreifen westlicher Institutionen in den Cordon sanitaire Russlands vollkommen undenkbar. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass sowohl Weißrussland wie auch die Ukraine im Dezember 1991 die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mitbegründet hatten, deren Ziel es war, einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sicherheitsraum in Nachfolge der Sowjetunion zu etablieren. Ohnehin stand für den Westen nicht die Demokratisierung oder wirtschaftliche Modernisierung der Ukraine im Vordergrund, sondern ihre atomare Abrüstung.

Das gelang schließlich mit dem Abschluss des sogenannten Budapester Memorandums,

das am 5. Dezember 1994 am Rande der KSZE-Konferenz in der ungarischen Hauptstadt zwischen Russland, den USA und dem Vereinigten Königreich unterzeichnet wurde. Mit Verweis auf die Schlussakte von Helsinki verständigten sich die Unterhändler in drei getrennten Erklärungen, als Gegenleistung für einen Atomwaffenverzicht Kasachstans, Weißrusslands und der Ukraine die Souveränität und die bestehenden Grenzen dieser Länder zu achten. Das Budapester Memorandum hat völkerrechtlich keinen bindenden Charakter, ist vielmehr eine Absichtserklärung – eine Tatsache, die für die Frage der Souveränität und Integrität der Ukraine im Zuge der Krim-Annexion und des Krieges in der Ostukraine eine weitreichende Bedeutung bekommen sollte.

Mitte der 1990er Jahre, nach Abschluss des Budapester Memorandums, verschwand die Ukraine faktisch für ein Jahrzehnt aus der Wahrnehmung der westlichen Öffentlichkeit. Allenfalls die Erinnerung an das Reaktorunglück von Tschernobyl, das sich im April 1996 zum zehnten Mal jährte, und die Frage der Erneuerung des schützenden Betonmantels („Sarkophag“) um den havarierten Atommeiler produzierten im Westen noch Schlagzeilen. Ohnehin galt alle Aufmerksamkeit der Zukunft Russlands, das in den 1990er Jahren in eine schwere wirtschaftliche und soziale Krise rutschte und unter der schwachen und erratischen Führung Boris Jelzins alle Mühe hatte, den russischen Staat in Einheit zu bewahren (u. a. erster Tschetschenienkrieg).

Dieses Mauerblümchen-Dasein der Ukraine änderte sich erst, als im Herbst 2004 der Prä-

³ Mykola Rjabtschuk, *Die reale und die imaginierte Ukraine*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (edition suhrkamp 2418) 2006, S. 88.

⁴ Mykola Rjabtschuk, *Die reale und die imaginierte Ukraine*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (edition suhrkamp 2418) 2006, S. 93 f.

⁵ Mykola Rjabtschuk, *Autoritarianism with a Human Face*, in: *East European Reporter*, Vol.5 (November/December 1992), S. 52–56.

sidentschaftswahlkampf um die Nachfolge Leonid Kutschmas begann. Der Wahlkampf war überschattet von einem – niemals aufgeklärten – Vergiftungsversuch des liberalen Präsidentschaftskandidaten Wiktor Juschtschenko. Ein Plot wie in einem Hollywood-Streifen mit vermeintlich klar verteilten, archetypischen Rollen: das machtgerige Russland als kalt kalkulierender Hegemon, die freiheitsliebende Ukraine als Opfer. Über Nacht füllte das Geschehen in Kiew die Frontseiten der großen Tageszeitungen und des Boulevards.

Juschtschenko hatte sich im Wahlkampf nicht nur für einen konsequenten Antikorruptionskurs stark gemacht; auch machte er aus seiner antirussischen bzw. proeuropäischen Gesinnung keinen Hehl. Obwohl Juschtschenko aufgrund seiner Vergiftung vier Wochen vor der Wahl seinen Wahlkampf beenden musste, gelang ihm nach dem ersten Wahlgang der Einzug in die Stichwahl gegen Wiktor Janukowytsch, den amtierenden Ministerpräsidenten und Protegé Moskaus. Zwar gewann Janukowytsch die Stichwahl am 21. November 2004 zunächst knapp. Als sich jedoch der Vorwurf des Wahlbetrugs erhärtete und sich die öffentlichen Proteste zur „Orangen Revolution“ ausweiteten, verfügte der Oberste Gerichtshof der Ukraine eine Wiederholung des zweiten Wahlganges. Aus diesem Urnengang ging Wiktor Juschtschenko am 26. Dezember 2004 mit knapp 52 Prozent der abgegebenen Stimmen als Sieger hervor.

Mit Wiktor Juschtschenko und der kämpferisch-charismatischen Julija Timoschenko, die im Januar 2005 ukrainische Ministerpräsidentin wurde, schien sich die Ukraine nach einem Jahrzehnt des Autoritarismus nun

endlich zu öffnen und zu erneuern. Eine Hoffnung, die bald zerstob, weil Juschtschenko und Timoschenko ihr politisches Kapital rasch im fortwährenden Prestigewettstreit aufbrauchten. Schon bei den Parlamentswahlen 2006 schlug das Pendel wieder zugunsten von Janukowytschs „Partei der Regionen“ aus und Janukowytsch wurde überraschend Ministerpräsident. Doch bereits ein Jahr später musste er das Amt nach vorgezogenen Parlamentswahlen wieder an Julija Timoschenko abtreten, die schließlich bis Anfang 2010 – nun in scharfer Abgrenzung zu Präsident Juschtschenko – die Amtsgeschäfte der ukrainischen Regierung führte.

Retrospektiv erscheint es, als sei die ukrainische politische Elite in den Jahren 2004 bis 2014 beinahe ausschließlich mit internen Positionierungskämpfen befasst gewesen. Aber es ging um mehr: Zum ersten Mal wurde innerhalb der politischen Institutionen des Landes ein offener Machtkampf zur Ausrichtung der Ukraine zwischen Ost und West ausgetragen. Während Wiktor Juschtschenko einen klaren Westkurs verfolgte, den Beitritt der Ukraine sowohl zur EU wie zur NATO befürwortete und sich deutlich gegen Moskau positionierte (etwa während der Georgienkrise 2008, was nach Ansicht zahlreicher Beobachter zu wiederholten „kalten Sanktionen“ Moskaus durch Kappen der Gaslieferungen führte), wollte Ministerpräsident Wiktor Janukowytsch das Land nicht vollends von Moskau wegführen: Zwar sprach er sich für eine Annäherung an die Europäische Union aus, aber eine NATO-Mitgliedschaft stand für ihn außer Frage.

Angeichts der enttäuschenden Bilanz der Reformkräfte führten die Präsidentschaftswahlen

»Das Ukraine-Bild in Deutschland ist sehr schwankend – zwischen Begeisterung (nach den Maidan-Revolutionen) und Ernüchterung (aufgrund der politischen Stagnation und Reformverschleppung).« (534)¹

¹ Die Ziffern am Ende der hervorgehobenen Zitate beziehen sich auf die Kodierung der einzelnen Kernaussagen innerhalb der Datenmaterials der Studie.

18 im Februar 2010 zu einer Wiederherstellung der alten Kräfteverhältnisse: Der Sieg Wiktor Janukowytschs in der Stichwahl gegen Julija Timoschenko rückte die Ukraine wieder ein Stück weit gen Osten. Und sie wurde wieder autoritärer. Um von seinen eigenen korrupten Machenschaften abzulenken, wandte sich Janukowytsch zunächst gegen seine einstige politische Widersacherin und ließ Julija Timoschenko wegen Korruptionsverdachts den Prozess machen. Weil das Verfahren und die Haft weder menschenrechtlichen noch rechtsstaatlichen Grundsätzen genügten, setzte Brüssel zeitweise die Verhandlung des EU-Assoziierungsabkommens mit Kiew aus. Währenddessen verfolgte Janukowytsch eine immer widersprüchlichere Schaukelpolitik zwischen Moskau und Brüssel, die seinen innen- wie außenpolitischen Handlungsspielraum immer weiter einschränkte.

Als Moskau Kiew aufgrund seines EU-Kurses mit Wirtschaftssanktionen unter Druck setzte und damit den Beitritt der Ukraine zur Eurasischen Zollunion erzwingen wollte, suspendierte die ukrainische Regierung unter Ministerpräsident Mykola Asarow am 21. November 2013 kurzerhand die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens. Es war dies der Beginn der Massenproteste auf dem Kiewer Maidan. Nach wochenlanger Belagerung des Kiewer Maidans gingen am 18./19. Februar 2014 Sondereinheiten des ukrainischen Innenministeriums gewaltsam gegen die Protestierenden vor. Im Kugelhagel der Berkut-Einheiten fanden 80 Menschen den Tod.

Danach überschlugen sich die Ereignisse: Während Wiktor Janukowytsch nach dem Massaker auf dem Maidan über seinen Heimat-Oblast Donezk nach Moskau floh,

versuchte Putin an russischen Interessen in der Ukraine zu retten, was noch zu retten war. Nach Absetzung der legitimen Krim-Regierung und ersten gewaltsamen Ausschreitungen in der Krim-Hauptstadt Simferopol besetzten russische Armeeeingeborene handstreichartig ukrainische Militärstützpunkte sowie wichtige Infrastrukturknotenpunkte auf der Halbinsel. Hastig ließ Putin die Marionettenregierung in Simferopol für den 16. März 2014 ein Referendum einberufen, um die Bevölkerung der (autonomen) Krim über einen Anschluss der Halbinsel an die Russische Föderation abstimmen zu lassen. Nur zwei Tage nach dem Referendum wurde im Kreml ein entsprechender Vertrag zum Beitritt der Krim sowie der Stadt Sewastopol zur Russischen Föderation geschlossen und schließlich am 21. März 2014 vom russischen Föderationsrat ratifiziert. Unmittelbar danach begann die verdeckte Intervention russischer Milizen in der Ostukraine mit dem Ziel, den Ostteil des Landes aus dem ukrainischen Staatsverband herauszulösen.

Allen Beteiligten war klar, dass dies das Ende der europäischen Sicherheitsordnung bedeutete, wie sie 1990 in der Charta von Paris niedergelegt worden war. Unklar jedoch war, wo diese eskalierende Gewalt enden würde. Derart dynamisch hatte sich europäische Geschichte zuletzt im Oktober und November 1989 entwickelt, als es nach monatelangen Protesten in Ostdeutschland zum Fall der Berliner Mauer und dem Sturz des SED-Regimes gekommen war.

Heute, vier Jahre nach dem Euromaidan, ist die Ukraine im geopolitischen Niemandsland zwischen Ost und West angekommen. Moskau hat zwar seine militärischen und politischen

Ziele in der Ostukraine nicht erreicht; aber es kann sich sicher sein, dass der Westen Kiew militärisch nicht zur Seite stehen wird, sollte es zu einer Verschärfung des Konflikts im Donbass kommen. So droht jede weitere Eskalation dieses niederschweligen Konflikts zu einem ausgewachsenen Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem Westen zu werden.

Gleichzeitig wächst sowohl im Land als auch in der internationalen Gemeinschaft die Befürchtung, dass der Reformwille nachlässt und die hohen Erwartungen der Bevölkerung an die strukturellen Veränderungen des Landes zunehmend enttäuscht werden.

Vor diesem – durchaus ernüchternden – Hintergrund fanden zwischen September und November 2017 insgesamt 44 Gespräche

mit Ukraine-Kennern in Deutschland statt. Ihr Blick auf das osteuropäische Land reflektiert nicht nur sein jahrzehntelanges Ringen um Neuausrichtung, Modernisierung und Selbstbestimmung angesichts tiefer kultureller und sozialer Spannungen. Die Analysen und Meinungen unserer Interviewpartner sind zugleich eine Momentaufnahme zum Zustand Europas und „des Westens“. Von beiden – einer aktiven Zivilgesellschaft wie einer interessierten europäischen Öffentlichkeit – wird abhängen, in welche Richtung sich die Ukraine entwickeln wird. Auch Deutschland – wie die Europäische Union insgesamt – wird von dieser Richtungsentscheidung nicht unberührt bleiben.

1. Ukrainebilder: *Krim, Krieg, Krise, Korruption*

„Die Diskussion in Deutschland ist viel zu stark eine Problematisierungsdebatte. Wenn man es umdreht und das enorme Potenzial der Ukraine, die in der überwiegenden Mehrheit proeuropäisch ist, in den Mittelpunkt stellt, dann reden wir von einem Land im Aufbruch, das die EU enorm stärken könnte.“ (856)

In Deutschland ist das Interesse an der Ukraine äußerst volatil, das Ukraine-Bild durchsetzt von Stereotypen und pauschalen Zuschreibungen. Während die öffentliche Aufmerksamkeit zwischen Desinteresse in Zeiten der vermeintlichen Ereignislosigkeit bis hin zu solidarischer Anteilnahme in Zeiten der Krise schwankt, verortet sich das stereotype Bild der Ukraine entlang der vier „K“: Krim, Krieg, Krise, Korruption. Tenor ist: „Deutschland nimmt die Ukraine vor allem als Land der Krise und des Krieges wahr. Andere Meldungen schaffen es kaum in die deutschen Medien. Vielleicht noch Korruption und Reformstau. Aber über das bereits Erreichte und die neuen Gestaltungsräume für die junge Generation erfährt man nichts.“

Ohnehin sei „das Wissen über die Ukraine in Deutschland von vielen Missverständnissen geprägt“, erklärt ein junger Osteuropa-Experte. Das reicht von den russischen Herrschaftsansprüchen über die Krim bis hin zu den düsteren Kolportagen über faschistische Einflüsse im Land.“

„Die breite Bevölkerung in Deutschland geht davon aus, dass in der Ukraine überall Ukrainer leben – außer im Osten und auf der Krim, da leben Russen. Sehr viel differenzierter ist das Bild in der breiten Öffentlichkeit nicht.“ (879)

22

Solche Zerrbilder gingen auf die russische Medien- und Propagandapolitik der Jahre 2014/2015 zurück. Insofern habe Russland sein Ziel der Desinformation und illegitimen Einflussnahme durchaus erreicht, glaubt ein Berliner Medienschaffender. So gehe die breite Bevölkerung in Deutschland etwa davon aus, „dass in der Ukraine überall Ukrainer leben – außer im Osten und auf der Krim, da leben Russen“.

Überhaupt glänzten die Deutschen nach Ansicht der Befragten vor allem durch Unwissen: „Wenn ich in meinem Umfeld zur Ukraine angesprochen werde“, so eine der Befragten, „dann werden dort oft sehr undifferenzierte Wahrnehmungen deutlich. Oft wird ein sehr schablonenhaftes Bild gezeichnet. Und nicht selten wird die Ukraine noch immer als Teil Russlands oder der ehemaligen Sowjetunion gesehen.“ Und ein anderer beklagt: „Die Deutschen wissen sehr wenig über die Ukraine, ihre Geschichte und ihre Probleme. Dass dieses Land so groß ist und mehr Atomwaffen als Russland hatte, weiß hier kein Mensch. Die Ukraine ist für die Deutschen weit weg“, so einer der Befragten.

„Viele Deutsche halten Tschaikowsky ja auch für einen Polen“ – allesamt beredte Beispiele weit verbreiteter Unkenntnis und Ignoranz, so die Ansicht zahlreicher Interviewpartner.

Deutsche scheinen sich die Ukraine vor allem über Russland zu erschließen. „Für die gewöhnlichen Deutschen ist die Ukraine ein unbekanntes Land, das oft als Teil der Sowjetunion, später Russlands gesehen wird. Die ukrainische Sprache und Kultur werden als lokale Variante der russischen Kultur betrachtet.“ Die Vorstellung einer von Russland unabhängigen Ukraine ist also keineswegs ein Gemeinplatz. „Erst langsam wächst in Deutschland ein Bewusstsein, dass die Ukraine nicht Russland ist.“ Wohl sei den meisten Deutschen bewusst, „dass in der Ukraine so etwas wie eine Schlacht zwischen Ost und West stattfindet“; gleichwohl wünschten sich manche hierzulande eine neutrale Ukraine zwischen Russland und der EU. „Da fehlt es oft an Verständnis, dass die Ukraine unabhängig und für ihre Entwicklung selbst verantwortlich sein will, so wie jedes andere Land.“

„Deutschland nimmt die Ukraine vor allem als Land der Krise und des Krieges wahr. Andere Meldungen schaffen es kaum in die deutschen Medien. Vielleicht noch Korruption und Reformstau. Aber über das bereits Erreichte und die neuen Gestaltungsräume für die junge Generation erfährt man nichts.“ (661)

Einige Interviewpartner gewähren einen Einblick in ihre eigene, schrittweise Ukraine-Annäherung – an ein völkerrechtliches Subjekt, das auch für sie seinerzeit kaum fassbar gewesen sei: „In der Schule habe ich in Verbindung mit der Ukraine zwar etwas von Landwirtschaft und Kornkammer Europas gehört, aber als eigenständiges Land habe ich die Ukraine erst wahrgenommen, als ich schon berufstätig war.“

Ähnlich formuliert es eine Politikerin mittleren Alters: „Bis Mitte der 1990er Jahre habe ich die Ukraine nicht als eine eigene Nation wahrgenommen. Die nationalen Töne, die ich in Kiew hörte, fühlten sich eher unangenehm an. Das hat sich dann aber bei mir erheblich gewandelt. Später haben die Orange Revolution und der Maidan emotional viel ausgelöst.“ Und offenbar gebe es auch unterschiedliche Sichtweisen auf die Ukraine zwischen Ost- und Westdeutschen: „Mir fällt auf“, so ein Berliner Medienschaffender, der mit einer Ukrainerin verheiratet ist, „dass oft ältere Menschen aus der Ex-DDR glühende Putinisten und Russlandversther sind. Sie betrachten die Ukraine als ein rechtsradikales,

nationalistisch orientiertes Land, das ohne den Euromaidan niemals eine europäische Perspektive bekommen hätte.“ Und eine andere Gesprächspartnerin lässt uns an einem Erweckungserlebnis ganz anderer Art teilhaben: „Als ich zum ersten Mal in Lemberg war, hatte ich den Eindruck, postsowjetische Menschen laufen durch Österreich.“ Stets ist es die eigene Brille oder ein verzerrendes Prisma, das den Blick der Menschen auf die Ukraine formt; unbefangene, wertfreie Beobachtungen sind kaum anzutreffen.

Überhaupt wabert über allem die dumpfe Notion einer ernüchternden, postsowjetischen Perspektivlosigkeit – der politischen und wirtschaftlichen Stagnation wegen und aufgrund der schleppenden Reformbemühungen (Dezentralisierung, Antikorruption, Justiz-, Polizei- und Gesundheitswesen etc.). Weithin wird die Ansicht vertreten, dass „vor allem die korrupten und unzuverlässigen politischen Entscheidungsträger das ukrainische Image im Ausland verderben“. Dieses Negativ-Image habe Auswirkungen bis hin zu der Frage, ob die Deutschen bereit wären, die Ukraine in ihrem Unabhängigkeitsstreben notfalls mit

23

Rüstungsgütern zu unterstützen: „Wäre die Ukraine genauso transparent wie Estland, wäre es viel leichter, in Deutschland zu argumentieren, der Ukraine mit defensiven Waffen zu helfen.“

Letztlich erwarten sich die befragten Ukraine-Kenner mehr Solidarität und Aufmerksamkeit für ein Land, das in seiner Stabilität und Integrität bedroht ist: „Die Haltung (der Deutschen) zur Ukraine ist eher skeptisch und wenig wohlwollend. Man würde eigentlich etwas anderes gegenüber einem Land erwarten, das um seine Unabhängigkeit und für demokratische Strukturen kämpft.“ Die Erwartungshaltung jener, die die Verhältnisse in der Ukraine eng begleiten, ist also „mehr Solidarität“. „Die erste Assoziation, die ich mit der Ukraine verbinde, ist Solidarität – Solidarität, die sie von uns Europäern verdient. Denn die Ukraine ist ein spannendes Land mit großem Potenzial in so vielen Bereichen.“ Leider sei die „Sympathie-Ressource“ der Deutschen gegenüber der Ukraine nicht allzu groß; „wir haben mehr Verständnis für Russland und zu wenig positive Erfahrung mit ukrainischen Politikern.“ Ohnehin betrachte man die Ukraine in Brüssel derzeit eher als finanzielle und politische Belastung, „deren EU-Mitgliedschaft zu anstrengend und zu kompliziert wäre“.

Euromaidan: Wandel der Wahrnehmungen

Der Euromaidan hat zu einer veränderten und differenzierteren Wahrnehmung der Ukraine in Deutschland geführt – schließlich war das EU-Assoziierungsabkommen der Auslöser für den Konflikt und Deutschland spielte in der Konfliktschlichtung eine maßgebliche

„Für mich ist der Euromaidan neben dem Mauerfall das Größte, was ich politisch-historisch miterleben durfte.“ (686)

Rolle. „In Deutschland hat der Euromaidan die Wahrnehmung über die Ukraine stark beeinflusst und auch geändert“, schildert ein junger Mann seine Eindrücke. „Mittlerweile unterscheiden die Menschen zwischen der Ukraine als eigenständigem Land und Russland.“ Und ein anderer ergänzt: „Die Beziehung zur Ukraine hat sich infolge des Maidans verändert – es interessiert, was die Ukraine wohl für ein Land ist. Man hat angefangen, die Ukraine als eine selbstständige Einheit wahrzunehmen.“

Aber die Kiewer Ereignisse des Winters 2013/2014 haben nicht nur das Bild der Ukraine hierzulande verändert; sie haben auch die Menschen selbst geprägt. So erklärt eine Frau: „Das erste politische Ereignis, an das sich meine Kinder erinnern werden, wird nicht die Bundestagswahl 2013 sein, sondern der Euromaidan und Putin.“ Und ein Befragter aus München ergänzt beinahe euphorisch: „Für mich ist der Euromaidan neben dem Mauerfall das Größte, was ich politisch-historisch miterleben durfte.“ Ein anderer Mann war seinerzeit während der Proteste auf dem Maidan zugegen; wie eindrücklich dieses

Erlebnis war, liest man nicht nur zwischen den Zeilen: „Was mich unglaublich geprägt hat, sind die Ereignisse der Orangen Revolution und auch meine Anwesenheit auf dem Maidan im Januar und Februar 2014. Ich war bei den Barrikaden dabei.“

Diese Ereignisse haben die Ukraine für lange Zeit in den Mittelpunkt der medialen Berichterstattung gerückt. Und „durch die Bemühungen, im Gespräch zu bleiben, durch Reisen der Außenminister, Präsidenten, Politiker und Bürgermeister rückte die Ukraine stärker ins Bewusstsein“. Summa summarum: „Das Medienbild der Ukraine ist deutlich vielfältiger und informierter geworden. Was aber die breite Bevölkerung betrifft, so ist diese noch immer eklatant unterinformiert.“ Und der Berliner Gesprächspartner ergänzt – durchaus ernüchtert: „Aber das trifft wohl für die allermeisten Länder zu ...“

Doch obwohl die Deutschen nach Ansicht vieler Befragter nun besser über die Ukraine informiert sind, sich ein differenzierteres Bild machten und anerkannten, dass die EU und Deutschland nun eine größere Verantwortung

„Meine Freunde haben viele Stereotype über die Ukraine. Das hat sich nach 2014 gewandelt.“ (499)

gegenüber der Ukraine haben, könnte diese Perspektive schon bald wieder verblassen. Denn die Trägheit der politischen Reformen in der Ukraine desillusioniere: „Als ich im September 2015 erstmals in die Ukraine gefahren bin, hatte ich aufgrund der Maidan-Ereignisse eine sympathisierende Grundhaltung. Doch nach meinen Gesprächen war ich ernüchert – wegen der vielen Schwierigkeiten, das Land zu verändern.“ Dabei sei doch das EU-Assoziierungsabkommen eine Chance, die „Revolution der Würde“ zu einem Erfolg zu machen und die Ukraine zu modernisieren, umzugestalten.

Die Folge: Das mediale Interesse – und damit die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit für die Ukraine – nimmt kontinuierlich ab. „Die Ukraine spielt in den Medien keine besondere Rolle mehr.“ Noch könne sich die Ukraine als Opfer darstellen und so auf internationale Unterstützung hoffen. Aber das sei für die Zukunft zu wenig: „Es braucht ein positives Image – und das kann man nur mit offener Kommunikation erreichen.“

„In Deutschland wird die Ukraine oft mit Krieg und Krise gleichgesetzt. Aufgrund der Nachrichten fragen sie, wie man denn dorthin fliegen kann und ob ich eine schussichere Weste tragen muss, wenn ich dort bin. Vielen ist nicht klar, dass der Krieg nur in einem kleinen Teil des Landes stattfindet.“ (872)

Donbass-Ukrainer verdienen mehr Solidarität

Einige der Gespräche thematisierten auch die Lage der Menschen in der Ostukraine – jenem Teil des Landes, der seit dem Frühjahr 2014 von Separatisten regiert wird und dessen Bevölkerung bis heute unter kriegerischen Auseinandersetzungen zu leiden hat.

Der Blick auf diese Region ist von Resignation, aber auch einem hohen Maß an Solidarität für die notleidende Bevölkerung gekennzeichnet. Es sei schon zutreffend, so ein älterer Gesprächspartner aus Berlin, dass im Donbass ein „kriminelles Regime“ herrsche; aber es sei wichtig, die Bevölkerung „nicht zu kriminalisieren“. Nicht alle verstünden, „dass im Osten die gleichen Menschen mit den gleichen Interessen und Wünschen leben“. Stattdessen würden „diese Leute auf die russische Seite verschoben“ und suggeriert, sie seien keine wahren Ukrainer. Dasselbe gelte für die Menschen auf der Krim.

Häufig höre man, dass die Menschen in der Ostukraine „Angst vor Kiew“ hätten und Repressalien fürchteten, sollte die Ukraine einmal wieder in Einheit zusammengeführt werden. Aber „die aggressive Politik Kiews wird zu einer immer stärkeren Entzweiung führen“. Das Gegenteil sei notwendig, um die Einheit des Landes zu bewahren: „Die Grenzterritorien in der Ostukraine müssen bewusst ökonomisch mehr gefördert werden als andere Gebiete. Sie sollten Schaufenster gegenüber Russland und den Separatisten sein.“ Auch ein Berliner Wissenschaftler ist der

Ansicht, dass man den Konflikt im Donbass nicht militärisch lösen könne, sondern nur, indem die Ukraine das attraktivere Modell anbiete; letztlich stehe man mit Russland in einem „Wettbewerb der Lebensstandards“. Das könne „ein sehr langer Weg werden“.

Tatsächlich aber interessiere Kiew die Lage der Menschen in der Ostukraine nicht wirklich – was über kurz oder lang Folgen für den inneren Zusammenhalt des Landes haben werde: „Solange sich Kiew nicht um die Lebensqualität der Menschen in der Ostukraine kümmert, ist es diesen Menschen doch egal, von welcher korrupten Elite sie regiert werden. Warum sollte der Osten des Landes den Westbindungsambitionen Kiews folgen, wenn es ihm perspektivisch dadurch nicht besser geht?“

Eine ähnliche Erfahrung hat auch ein Hamburger Wissenschaftler gemacht, als er im Osten der Ukraine reiste: „Ich habe in Kramatorsk und Slowjansk mit den Leuten gesprochen“, erzählt er. „Der Tenor war: ‚Es ist uns vollkommen egal, ob wir Russen oder Ukrainer sind. Wir wollen unsere Ruhe haben.‘“ Man wolle nur ein normales Leben führen. Dass sich die Region nun zusehends von Kiew abwende, erkläre sich zum Teil auch aus der Wirtschaftspolitik Kiews der letzten Jahrzehnte: „Aus dem Donbass wurde schon immer viel herausgeholt, aber nicht viel hineingesteckt“, weiß eine Berliner Beobachterin. >

Dahingegen kritisiert ein anderer Beobachter die andauernde Fokussierung auf die Lage in der Ostukraine und spricht von einer „Donbassisierung“ der Debatte über die Zukunft der Ukraine. Keine Frage: Die Abkommen von Minsk seien wichtig, „aber die Reformen sind noch wichtiger für die Zukunft des Landes. Beides muss parallel laufen.“ Die Regierung in Kiew könne nicht länger den Krieg im Donbass als Entschuldigung für eine Verschleppung der dringend benötigten Reformen heranziehen.

All das macht aus Sicht der Interviewpartner deutlich, dass dem Land eine aktive Debatte über die Zukunft des Donbass innerhalb einer geeinten Ukraine fehle: „Ich fand es total erschreckend, dass es bei den meisten Intellektuellen der Westukraine überhaupt kein Bewusstsein dafür gab, dass man mit der Bevölkerung der Ostukraine die Kommunikation suchen muss.“

Stattdessen gebe es spätestens seit der Orangen Revolution 2004 eine – vor allem im Westen des Landes geführte – Debatte über eine mögliche Abspaltung der Ostukraine: „In der Intelligenzija gibt es durchaus Diskurse, die auf einen Verzicht des Donbass hinauslaufen. Aber das ist aus Gründen der Solidarität und wegen des gezahlten Blutzolls völlig undenkbar. In der Bevölkerung würde das als Verrat am eigenen Volk wahrgenommen.“ Doch offenbar beschreiben diese Wahrnehmungen tieferliegende Phänomene: Seit langem gibt es eine (inoffizielle) Diskus-

sion darüber, ob eine Teilung des Landes in einen (russophilen) Ostteil und einen (europheilen) Westteil nicht die beste Lösung sei.

Denn tatsächlich drifte das Land inzwischen weiter auseinander als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seiner jüngeren Geschichte. Das Land sei „innerlich gespalten in einen Teil, der in den Krieg hineingezogen wurde, und den, der verschont wurde“. Der im Frieden lebende Landesteil setze sich mit dem Krieg nicht genügend auseinander, so eine Berliner Politikerin. „Wer den Krieg nicht kennt, versteht auch nicht die aktuelle Lage, in der sich das Land befindet.“ Angesichts dieser Lage sei die Herausbildung einer nationalen Identität beinahe unmöglich. Als Petro Poroschenko 2014 Präsident wurde, habe man noch von einer vereinten Ukraine gesprochen, so ein junger Osteuropa-Experte aus München. Aber seitdem sei die Spaltung des Landes rapide vorangeschritten. Seine Vermutung: „Die mobilisierende Kraft des Krieges scheint nicht stark genug zu sein, um Trennendes zu überwinden.“

Andere Beobachter, wie ein ostdeutscher Wissenschaftler, glauben, dass der Krieg die Teilung des Landes weiter vorangetrieben habe; „in den 1990er Jahren war die Ukraine ein geeinteres Land“.

Aus diesen Stimmen ist eine tiefgreifende Verunsicherung ob der Aussicht auf eine geeinte Ukraine herauszuhören – eine Verunsicherung, die sich bei manchem in Zynismus entlädt: Kiew könne doch „froh sein“, so ein



Berliner Journalist, „dass die prorussischen Landesteile künftig nicht mehr über die Zukunft des Landes mit abstimmen können“. Nur wenige Beobachter glauben, dass die Teilung des Landes auch Vorteile mit sich bringen würde – wenn überhaupt, dann bloß für den Westteil der Ukraine. Eher überwiegt die Hoffnung, dass der Alp-

traum in der Ostukraine eines Tages zu einem guten Ende führe – selbst wenn der Preis dafür der Verlust der Krim sei: „Das Szenario in zehn Jahren ist, dass Russland nicht mehr in der Ostukraine und die Krim nicht mehr autonom ist, sondern ein unabhängiger Staat“, so ein Berliner Journalist. ■

Zur Rolle deutscher Medien: Mehr Qualität, mehr Themen, bitte!

Nach Ansicht zahlreicher Befragter spielen die deutschen Medien eine entscheidende Rolle bei der Erzeugung von Ukraine-Bildern in der deutschen Öffentlichkeit.

Wohl wissend, dass Medien ereignisgetrieben sind und auch heute noch immer der journalistische Glaubenssatz „Allein schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten“ gelte, thematisierten viele Interviewpartner die Rolle der Medien als gesellschaftliche Meinungsmacher.

Besonders pointiert artikuliert ein Berliner Medienschaffender seine Wahrnehmungen: „Das Jahr 2015 war ein Gelegenheitsfenster für mehr Aufmerksamkeit in Deutschland.“ Dies habe sich aber bereits wieder geschlossen. Deswegen sollte man sich aber nicht wünschen, „dass etwas Schlimmes in der Ukraine passiert, nur um mehr Aufmerksamkeit in Deutschland zu bekommen“. Und ein anderer: „Nachricht-

ten über die Ukraine kommen in Deutschland immer erst, wenn es eine Krise gibt.“

Während des Euromaidans hätten deutsche Medien keine eigenen Korrespondenten in Kiew gehabt; die Ukraine sei vor allem von den Korrespondentenbüros in Warschau oder Moskau abgedeckt worden. Das habe anfangs bisweilen auch das Bild geprägt, das von dem Konflikt gezeichnet worden sei. Auch heute, vier Jahre nach den Maidan-Ereignissen, arbeiteten nur zwei deutsche Journalisten in der Ukraine. „Leider fällt es denen schwer, einen Platz für ihre Artikel in den Printmedien zu bekommen, da kein Interesse an dem Land besteht.“ Und weil das Gros der Berichterstattung über die Ukraine auch weiterhin aus Moskau und Warschau abgewickelt werde, schließe sich der Kreis: In der täglichen Berichterstattung falle die Ukraine eben „hinten runter“.

Stellten der Maidan, die Krim-Annexion und der darauffolgende Krieg in der Ostukraine die Höhepunkte der medialen Berichterstat-

„Es gibt nur drei Themen, zu denen die Ukraine in Deutschland Gehör findet: Tschernobyl, die Massentötung Kiewer Juden 1941 in Babyn Jar und der Krieg in der Ostukraine. Alles andere findet entweder kein Interesse oder ist schwer vermittelbar.“ (705)

30

tung in Deutschland dar, flache diese Welle nun immer weiter ab. Heute interessiere sich in Deutschland niemand mehr für die ökonomische und soziale Situation der Ukrainer, so eine verbreitete Wahrnehmung unter den Befragten.

Es gebe „nur drei Themen, zu denen die Ukraine in Deutschland Gehör findet: Tschernobyl, die Massentötung Kiewer Juden 1941 in Babyn Jar und der Krieg in der Ostukraine. Alles andere findet entweder kein Interesse oder ist schwer vermittelbar.“ Nach dem Abschluss der Minsker Abkommen, die den Konflikt zumindest eingedämmt hätten, erlösche das Interesse nun wieder.

Ein Interviewpartner geht sogar so weit zu behaupten, dass die Deutschen dem Schicksal der Ukrainer schlussendlich gleichgültig gegenüberstünden: „Selbst wenn die Berkut-Einheiten im Winter 2014 5.000 Menschen auf dem Maidan erschossen hätten, wäre die Reaktion des Westens kaum anders ausgefallen; auch das hätte letztlich kaum jemand gekümmert.“ Ein etwas weniger zynisches Urteil weist in eine ähnliche Richtung: „Seit anderthalb Jahren

ist die Ukraine weitgehend aus den Medien verschwunden. Noch nicht einmal die Enttäuschung der Menschen in der Ukraine über den schleppenden Reformprozess wird berichtet.“

Wenn aber über die Ukraine in deutschen Medien berichtet werde, so sei die Qualität der Berichterstattung mittlerweile hoch; so fände man heute kaum mehr Meldungen, die auf nicht überprüften Propaganda-Nachrichten beruhten, wie dies in den Jahren 2014 und 2015 der Fall gewesen sei.

Mittlerweile hätten die größeren Medienhäuser Russland-Experten als Faktenprüfer eingestellt und es werde mittlerweile wieder Expertise zu Osteuropa aufgebaut. Heute sei die Berichterstattung über die Ukraine in Deutschland „breit und ausgewogen“, meint ein junger Wissenschaftler aus Frankfurt an der Oder. Es gebe sogar genügend Raum für die russische Perspektive – „bis hin zu den sogenannten ‚Russland-Verstehern‘ wie Frau Krone-Schmalz“.

Ohnehin würde der Einfluss Kreml-gesteuerter Medien wie Sputnik oder Russia Today überbewertet. „Ihre Strahlkraft und Wirkung sind

31

doch sehr begrenzt; das versendet sich rasch wieder“, glaubt ein junger Medienschaffender aus Berlin. Diese Medien seien eher „Plattformen für Weltverschwörer“.

Weiterhin problematisch sei hingegen, dass die Berichterstattung über die Ukraine noch immer weitgehend über Korrespondentenbüros in Moskau oder Warschau erfolge. „Da kann man auch gleich in Berlin bleiben“, so der spitze Kommentar eines Gesprächspartners. Auf diese Weise werde in deutschen Medien ein reduziertes, vor allem krisengetriebenes Bild der Ukraine gezeichnet: „Wer berichtet z. B. über erfolgreiche Migrationsgeschichten der Binnenflüchtlinge aus der Ostukraine? Oder über ukrainische Arbeitsmigranten nach Polen?“, so die rhetorische Frage des Interviewpartners, der selbst in der Medienbranche tätig ist. „Deutschen Korrespondenten aus Moskau oder Warschau fehlt einfach der ukrainische Blick.“ Gerade deshalb müsse „die Ukraine darüber nachdenken, wie sie stärker in die Medien in Deutschland kommt“.

„Selbst wenn die Berkut-Einheiten im Winter 2014 5.000 Menschen auf dem Maidan erschossen hätten, wäre die Reaktion des Westens kaum anders ausgefallen; auch das hätte letztlich kaum jemand gekümmert.“ (707)

2. Identität(en) und kulturelle Vielfalt

„Für mich ist die Ukraine ein ‚Europe en miniature‘. Sie kann als Modell für Europa verstanden werden – wegen der Vielfalt der Sprachen, der historisch unterschiedlichen Entwicklungen in den Regionen, der pluralistischen Prägung des Landes. Wenn der eingeschlagene Weg gelingt, könnte die Ukraine ein Vorbildland in Europa werden.“ (322)

In beinahe allen Interviews kamen drei Themen zur Sprache, die wie keine anderen das Land und seine Menschen zu beschreiben vermögen: die kulturelle Vielfalt der Ukraine, ihre landschaftliche Schönheit und die vielschichtige Identität der Menschen. Für die Befragten stellen diese Eigenschaften sowohl das größte Kapital für die Gestaltung der Zukunft des Landes dar, aber sie seien eben auch eine historische Bürde.

Gleichwohl solle man diese Diversität auch nicht überbewerten – genauso wenig wie die oftmals schematischen Zuordnungsmuster „Ost oder West“, „EU oder Russland“. Entscheidend allein sei, ob es der ukrainischen Gesellschaft gelinge, die regionale und kulturelle Vielfalt, die unterschiedlichen geschichtlichen Pfade mit Hilfe einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer dynamischen Elite in die gemeinsame Gestaltung von Zukunft umzumünzen. Bisher sei die Ukraine eher „ein frustrierendes Land“, das sich immer wieder in Endlosschleifen von Protest, Erneuerung und Scheitern verfange, ohne Früchte zu tragen.

Aufgrund ihrer Diversität und Sprachenvielfalt, ihren reichen Kulturlandschaften, den vielfältigen historischen Strömungen und aufgrund ihrer pluralistischen Prägung könne die Ukraine durchaus als Abbild Europas verstanden werden. Das Land sei so etwas wie „Europe en miniature“, vereine es doch alles, was Europa ausmache. „Wenn der eingeschlagene Weg gelingt, könnte die Ukraine durchaus ein Vorbildland in Europa werden“ – das zumindest ist die Hoffnung einiger Befragter.

Andere Beobachter wiederum ordnen die Ukraine in ihren mittel- und osteuropäischen Kontext ein, sehen sie vielmehr in der Tradition des polnisch-litauischen Königtums. Wiederum andere sehen sie tief geprägt vom Kosaken-Hetmanat, das sich im 17. Jahrhundert gegen die polnisch-litauische Willkürherrschaft erhob und seit jeher ihre Siedlungsgebiete in der heutigen Südukraine gegen einfallende Invasoren zu verteidigen wusste.

Zweisprachigkeit

Blickt man auf die heutige Ukraine, so fällt zunächst die Zweisprachigkeit der Menschen auf. Beinahe alle Ukrainerinnen und Ukrainer sprechen in ihrem Alltag sowohl Ukrainisch wie Russisch – in unterschiedlicher Intensität, je nach Landesregion und Herkunft. Hinzu kommt, dass viele Menschen in der Ukraine eine Fremdsprache beherrschen – zumeist Englisch oder Deutsch.

Auch wenn Zweisprachigkeit schon immer zur Ukraine gehörte, ist doch ein Wandel spürbar: Noch in den 1990er Jahren hörte man auf den Straßen kaum Ukrainisch; von vielen sei es lediglich „als ein Dialekt der russischen Sprache“ wahrgenommen worden.

„In den 1990er Jahren erschien Kiew als eine weitere postsowjetische Stadt – alle sprachen Russisch.“ (824)

„Die ukrainische Sprache ist heute populärer als Anfang der 1990er Jahre. Zweisprachigkeit ist mittlerweile in der Gesellschaft selbstverständlich geworden. Es gibt weder Konflikte noch eine Spaltung der Gesellschaft bezüglich der Sprachen.“ (2)

„Wenn man früher durch Kiew ging, hat man nur Russisch gehört; das hat sich geändert. Mittlerweile hört man viel Ukrainisch.“

Es änderte sich mit der Orangen Revolution des Jahres 2004. Vor allem im Westen des Landes setzte sich eine „Zurück nach Europa“-Mentalität durch und die Menschen besannen sich mehr und mehr ihrer eigenen kulturellen Identität.

Und die Ereignisse des Winters 2013/2014 auf dem Kiewer Maidan sowie der Krieg im Osten des Landes haben der ukrainischen Sprache noch einmal eine neue Funktion verliehen: Sie ist Ausdruck kollektiver Identität geworden. Die Folge: Im öffentlichen Leben wird mehr und mehr Ukrainisch gesprochen, ohne dass es darüber jedoch zu Konflikten kommen würde. Zweisprachigkeit ist zur Normalität geworden.

Kritisch sehen einige Befragte hingegen die Bemühungen der ukrainischen Regierung, das Russische aus den Schulen, der Kunst, der Kultur und aus dem Alltag zu verdrängen. „Ich kenne viele Ukrainer, die Russisch gern sprechen und mit Puschkin aufgewachsen sind.

Anders zu sein, ist doch absolut zulässig. Die Menschen, die hierzulande Russisch sprechen, behaupten nicht, dass sie Russen sind, sondern russischsprachige Ukrainer.“

Ein langjähriger Kenner des Landes vertritt hierzu eine dezidierte Meinung – sie liest sich wie eine Mahnung: „Die Ukrainisierung des Landes wird schiefgehen. International wird diese überzogene Nationalisierungsstrategie mit großer Skepsis verfolgt. Mit der Verdrängung alles Russischen schafft sich die Ukraine eher Probleme. Man sollte sich arrangieren, denn man kann nicht über Jahrhunderte gewachsene Kultur und Identität einfach verbieten.“ Zweisprachigkeit wird weithin als Vorteil betrachtet. Im Übrigen ist man sich unter den Befragten einig: Das Land ist heterogen und zweisprachig – „und das wird auch so bleiben“. Auch Dekrete würden daran nichts ändern.

So nachvollziehbar es sei, das Land in Kriegszeiten in seiner nationalen Identität zu stärken, so zweifelhaft sei das damit kolportierte Bild einer zunehmend nationalistischen Gesellschaft. Auch wenn der ukrai-

„Die Ukrainisierung des Landes wird schiefgehen. International wird diese überzogene Nationalisierungsstrategie mit großer Skepsis verfolgt. Mit der Verdrängung alles Russischen schafft sich die Ukraine eher Probleme. Man sollte sich arrangieren, denn man kann nicht über Jahrhunderte gewachsene Kultur und Identität einfach verbieten.“ (645)

nische Nationalismus in Europa überschätzt werde, so spiele er doch dem Kreml in die Hände: „Das Verbot russischer Sprache und Kultur ist weder demokratisch noch pluralistisch. Die antirussische Haltung zahlt eher auf das russische Konto ein, denn es destabilisiert die Anstrengungen zur Demokratisierung der Ukraine.“

Die Ukrainisierungspolitik habe aber auch Auswirkungen auf die ukrainisch-europäisch-deutsche Zusammenarbeit. So erzählt eine Kulturschaffende aus Deutschland: „Auch wir sind verunsichert, ob wir beispielsweise eine Ausstellung vor Ort auf Russisch oder Ukrainisch eröffnen sollen.“ Und viele Ukrainer sorgten sich, „ihre Arbeitsstelle zu verlieren oder nicht befördert zu werden, weil ihr Ukrainisch nicht gut genug ist“.

Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Nachteilen für das Land: „Die Tatsache, dass Russen nicht mehr in die Ukraine einreisen dürfen, wirkt sich massiv auf den Tourismus aus. In Charkiw steht der Flughafen still, Hotels und Restaurants sind leer.“

Im Übrigen tue man gut daran, die Kommunikationskanäle nach Russland offen zu halten, meinen manche. Andere sehen darin durchaus ein Einfallstor für die Propaganda des Kremls in Zeiten, in denen Moskau offenbar ein Interesse an der Spaltung des Landes habe.

Als Grundkonsens kann indes die Aussage einer Gesprächspartnerin aus Berlin gelten, die die Diskussion um Zweisprachigkeit oder Ukrainisierung wie folgt zusammenfasste: „Die Ukraine kann nur gewinnen, wenn sie ihre

Zweisprachigkeit offensiv als Potenzial wahrnimmt und dies nicht zu einer ideologischen Frage macht. Am Ende dieses Krieges wird sich die Ukraine wünschen, gute wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Beziehungen zu Russland zu haben.“

Kulturlandschaften

In den Interviews wurde von zahlreichen Gesprächspartnern die kulturelle und regionale Vielfalt der Ukraine thematisiert; das Land habe eine Kulturlandschaft hervorgebracht, die auf vielfältige Weise von den Nachbarvölkern über gemeinsame geschichtliche Erfahrungen beeinflusst wurde. „Es gibt Orte in der Ukraine mit fast mystischer Ausstrahlung, wie Andrijwskyj Uswis ¹, das Lawra-Kloster, die Kiewer Kastanienblüte, die Potemkinsche Treppe in Odessa. Wenn man einen neuen Reiseführer schreiben würde, der diese Plätze beschreibe – das wäre für viele Menschen eine faszinierende Geschichte.“

Ungeachtet dieser Schönheit und landschaftlichen Faszination liege über allem jedoch ein grauer Schleier der Morbidität: „Die Ukraine ist ein schönes Stück Osteuropa, mit vielen schönen Orten und Städten, die jedoch noch immer mit negativen Stereotypen von Osteuropa – brachliegend, depressiv, zurückgeblieben – assoziiert wird.“ Ein anderer Interviewpartner fasst dieses Phänomen beinahe wortgleich zusammen: „In den Regionen gibt es wunderschöne Landschaften, hübsche Dörfer – aber oft öd, mit kaputter Infrastruktur, verlorenen und depressiven Leuten.“ Aber die Bereitschaft der Menschen, an dieser Situation etwas zu verändern und die Dinge anzupacken

¹ Der Andreassteig, häufig auch als „Montmartre von Kiew“ bezeichnet, verbindet die Oberstadt mit dem Geschäftsviertel Podil.

„Die Ukraine kann nur gewinnen, wenn sie ihre Zweisprachigkeit offensiv als Potenzial wahrnimmt und dies nicht zu einer ideologischen Frage macht. Am Ende dieses Krieges wird sich die Ukraine wünschen, gute wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Beziehungen zu Russland zu haben.“ (178)

38

scheitern häufig am starken Misstrauen in der Gesellschaft. Am Ende kümmere sich eben doch jeder nur um sich selbst. Nur der Familienzusammenhalt funktioniert noch immer gut; er sei das wichtigste soziale Band in der Ukraine.

Klassisches und Kulturleben der Gegenwart

Werden berühmte Ukrainer aufgezählt, dann sind es häufig zunächst die Klitschko-Brüder; erst danach fallen Namen von Künstlern, Schriftstellern, Musikern und anderen Kulturschaffenden. Politiker und Staatsführer sind nicht dabei. „Die Ukraine wird in Deutschland über die Klitschko-Brüder wahrgenommen, aber auch zunehmend über Schachtar Donezk². Ich glaube, das kommt den Menschen in Deutschland als Erstes in den Sinn bei der Ukraine.“ (874)

Bewusst wahrgenommen haben viele Deutsche die Ukraine häufig erstmals über die Erfolge des Landes bei den Eurovisions-Songwettbe-

werben und als Ausrichter der Fußball-Europameisterschaft 2012 – „diese Wettbewerbe haben die Ukraine auf die mentale Landkarte der Deutschen gehoben“ (570).

Ungeachtet der holzschnittartigen Kenntnis über Kultur und Identität des Landes hat die Ukraine nach Ansicht zahlreicher Befragter ein erkennbares Soft-Power-Potenzial – das Vermögen also, sich durch kulturelles Kapital zu positionieren und interessant zu machen. Kulturschaffende spielten hierbei eine wesentliche Rolle. „Für mich ist die Ukraine ein Teil Europas – und diese Nähe muss man aufzeigen. Es ist wichtig, dass ukrainische Schriftsteller und Musiker deutlich machen, was die Ukraine denkt – und zwar über das Prisma der Kultur. Denn Krieg und Krise stören die richtige Positionierung des Landes in Europa.“

Kulturell wird die Ukraine in Deutschland ganz unterschiedlich wahrgenommen: entweder durch Vertreter der klassischen Literatur (Michail A. Bulgakow, Nikolai W. Gogol, Taras H. Schewtschenko) – dann aber meist

² Schachtar Donezk ist ein ukrainischer Fußballverein aus dem ostukrainischen Donezk, der in der ersten Profiligen spielt.

39

im Kontext der russischen Hochkultur – oder aber durch die seit dem Euromaidan aufblühende kritische Kultur der Gegenwart mit Vertretern wie dem jungen Schriftsteller Serhij W. Schadan („Depeche Mode“, „Big Mac“), der Autorin Sonya Koshkina („Maidan“, gemeinsam mit Max Levin), so ungewöhnlichen Aktionskünstlern wie dem Roofer „Mustang Wanted“ oder aber der seit 1994 bestehenden Rockband Okean Elzy.

Sie alle werden als Botschafter einer wachen Zivilgesellschaft wahrgenommen, die die heutige Ukraine wie kaum eine andere Gesellschaft in Ost- und Mitteleuropa prägt. „Serhij Schadan ist für Deutschland die Stimme aus Charkiw; ihm werden noch viele folgen.“ (772)

Auch wenn viele ukrainische Künstler „unter den Hipstern deutscher Großstädte mittlerweile Kultstatus erreicht haben und die Subkulturschaffenden die kreative Strahlkraft der ukrainischen Kultur entdecken“, sei es derzeit schwer, für sie in Deutschland ein größeres Publikum zu gewinnen. Was das Land und seine Künstler bei einer erfolgreichen Positio-

„Was ist ukrainische Identität? Man spricht zwei Sprachen, es gibt Schriftsteller wie Bulgakow oder Gogol, die in der Ukraine geboren wurden, aber als russische Schriftsteller gelten.“ (40)

nierung behindere, sei vor allem sein schlechtes Image als Eldorado für Kleptokraten und Oligarchen: „Das Image des Landes wird von der tief verankerten Korruption, Vetternwirtschaft und Oligarchen-Herrschaft dominiert. Die Ukraine hat eben zwei Gesichter: weltoffen und postsowjetisch.“

Als bemerkenswert wird von den Befragten empfunden, „dass sich viele ukrainische Künstler für ein nationales Projekt engagieren, ohne Nationalisten zu sein“. In einem so zerrissenen Land leisteten Kunstschaffende einen wichtigen Beitrag, die eigene Staatlichkeit und Identität zu finden. Dazu trügen auch Journalisten wie jene des Senders „1+1“ bei, die in anspruchsvollen Reportagen Geschichten über das Land auf hohem Niveau erzählten – angereichert durch Landeskundliches, Nachrichten und gute Unterhaltung.

Sorge bereitet ein zunehmender Hang zur Repression und Gewalt gegen gesellschaftskritische Künstler: Zwar gebe es noch keine Zensur; aber immer häufiger komme es zu Übergriffen auf Künstler oder gar zur Zerstörung von Kunstwerken, ohne dass staatliche Behörden an einer Verfolgung der Täter interessiert seien. „Die Ukraine muss diese Kritik aushalten können; und Kulturschaffende müssen geschützt werden“, meint ein junger Forscher.

Religion und Religiosität

Die Diversität der Ukraine spiegelt sich nicht nur in der (Alltags-)Kultur wider, sondern auch in ihrer Religiosität und der Vielfalt der Glaubensgemeinschaften und Kirchen. Auch wenn ein Großteil der Gläubigen noch immer dem russisch-orthodoxen Moskauer Patriarchat

„Das Image des Landes wird von der tief verankerten Korruption, Vetternwirtschaft und Oligarchen-Herrschaft dominiert. Die Ukraine hat eben zwei Gesichter: weltoffen und postsowjetisch.“ (570)

angehört, so gibt es doch eine Verschiebung hin zum Kiewer Patriarchat. Während des Euromaidans hätten sich viele westukrainische Kirchen dem Einfluss des Moskauer Patriarchats entzogen, weil sie es als „Fünfte Kolonne Moskaus“ wahrgenommen hätten (u. a. wegen Segnungen von Waffen der Separatisten im Donbass). Neben den Patriarchaten gibt es vor allem im Westen des Landes eine große und aktive römisch-katholische Gemeinde sowie einen islamischen Sprengel im Süden (Krimtataren).

Es sei wichtig zu verstehen, dass es in der Ukraine keine Staatskirche gebe; Religiosität sei vor allem eine private Angelegenheit. Gleichwohl spiele Religion in der Ukraine eine größere gesellschaftliche Rolle als etwa in Russland – aber sie werde weder politisch instrumentalisiert noch beziehe sie einseitig politische Position. „Religion hat in der Ukraine wesentlich weniger politischen Einfluss als in den orthodoxen Nachbarländern.“

Gerade deshalb könnten Kirchen eine wichtige Funktion erfüllen, denn die Religionsvielfalt

und gegenseitige Toleranz unter den Kirchen sei eine Stärke des Landes. Kirchen „sind wichtig für die Identitätsbildung. Die Ukraine hat die religiösen Unterschiede immer gut bewältigt.“ Und weiter: „Wir sollten das Gespräch mit den Kirchen suchen“, ohne sie für politische Zwecke zu instrumentalisieren oder sie gegeneinander auszuspielen. Denn die Kirchen seien „wichtige Gesprächspartner in der gesellschaftlichen Aushandlung von Interessen“.

Auch wenn „die Ukrainer traditioneller und nicht so säkular wie die Deutschen“ seien, gäbe es einen Trend zur Säkularisierung in der ukrainischen Gesellschaft. Vor allem unter der jungen Generation stellten die Gesprächsteilnehmer eine Abnahme der Religiosität fest – und sie benennen auch einen Grund hierfür: „Junge Menschen in der Ukraine haben wenig Begeisterung und Zuneigung zur Religion, denn sie betrachten sie nicht als Hilfe in der Krisensituation.“ Daneben spiele auch eine zunehmende Individualisierung eine Rolle in der zunehmenden Säkularisierung der ukrainischen Gesellschaft.

„Ukrainer wohnen häufig in Wohnblocks. Fassaden und Treppenhäuser sind meistens fürchterlich, die Wohnungen aber sind toll. Im Prinzip kümmert man sich nur um das, was einem selber gehört – das ist eine Form ukrainischen Individualismus.“ (380)

Offenheit und Individualität

Viele der Befragten heben die Herzlichkeit und Offenheit der Ukrainerinnen und Ukrainer hervor: „Ukrainer sind herzlicher als Deutsche, gastfreundlicher, offener.“ In Deutschland sei „Egoismus und Individualismus“ stärker ausgeprägt – was „nicht schön“ sei.

Die Interviewpartner stellten in der Ukraine eine stärkere Trennung zwischen öffentlichem und Privatleben als etwa in Deutschland fest. Bei den Ukrainern stehe noch immer die Familie an erster Stelle. Werde man aber zu Ukrainern nach Hause eingeladen, lerne man ihre Herzlichkeit, die Hilfsbereitschaft und Verbindlichkeit kennen.

Ohnehin seien „die Menschen in der Ukraine sehr offen, interessiert und bereit, sich mitzuteilen“ – gerade „im Vergleich zu anderen postsowjetischen Ländern“. Man könne das an einem einfachen Beispiel verdeutlichen – Augenkontakt. „Wenn man durch die Straßen geht und die Leute anschaut, dann schauen sie zurück“, berichtet ein Berliner Journalist.

„Wenn man lächelt, lächeln sie zurück. In Moskau sind die Leute verschlossen.“

Leider gehe diese Offenheit mehr und mehr verloren. „Man will den Eindruck vermitteln, effizient, europäisch oder amerikanisch zu sein. Man hat keine Zeit mehr für Freundlichkeit.“ Außerdem mangle es den Menschen in der Ukraine an Vertrauen. „Im persönlichen Kontakt ist ein latentes Misstrauen spürbar.“ Wobei dies weniger mit dem Gegenüber zu tun habe „als vielmehr mit der Erfahrung der Ukrainer, immer wieder übers Ohr gehauen worden zu sein. Da ist es verständlich, dass sie vorsichtig geworden sind.“

Überdies sei ein Trend zur Individualisierung zu erkennen; ohnehin seien Ukrainer individualistischer als Russen – das habe positive wie negative Aspekte: Positiv sei, dass „man nun mehr an die eigene Entwicklung und Karriere denkt“. Zugleich fürchtet man die aufkommende soziale Kälte und zunehmende Ellenbogenmentalität – „wie unter den ukrainischen Oligarchen“. Aber das sei wohl der Preis der gesellschaftlichen Entwicklung...

3. Reformagenda und gesellschaftli- cher Wandel

Teil I: *Bedingungsfaktoren gesellschaftlichen Wandels*

Auch wenn die Intensität der Berichterstattung zur Ukraine in Deutschland immer mehr zurückgeht, so wird das Land vier Jahre nach dem Euromaidan vor allem über seine Reformbemühungen wahrgenommen. Dabei klaffen die Wahrnehmungen weit auseinander: Von einer wohlwollenden Beschreibung bereits erzielter Erfolge, wie zum Beispiel die Polizeireform, bis hin zu bitterer Enttäuschung – etwa aufgrund der weithin grassierenden Korruption, die bis in die höchsten Staatsämter reicht.

Die Befragten befassten sich ausgiebig mit den Voraussetzungen für einen Erfolg der Reformbemühungen und heben das damit verbundene Gestaltungspotenzial für die ukrainische Gesellschaft hervor – sofern die richtigen politischen Entscheidungen getroffen würden und man mit der Korruption im Lande fertigwerde. Reformschwerpunkte müssten deshalb auch die Schaffung von Rechtssicherheit, gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung sein.

Die Vision Europas übe eine ungebrochen große Strahlkraft auf die ukrainische Bevölke-

rung aus, meinte eine Vielzahl der Interviewpartner. Auch wenn ein EU-Beitritt noch in ferner Zukunft liege und die EU derzeit eher ein desolates Bild abgebe, so sei der Wunsch der Bevölkerung nach Stabilität und Prosperität vor allem mit Europa verbunden. „Und diese transformative Strahlkraft wird ja auch von den Fortschritten der baltischen Staaten und Polens bestätigt“, rechtfertigt einer der Befragten diese Hoffnung. Die Aussicht auf einen EU-Beitritt sei also ein wesentlicher Treiber der ukrainischen Reformagenda.

Reformerfolge und Reformstau

Je nach Perspektive wird in den Gesprächen entweder auf die bereits erzielten Erfolge in den Reformbemühungen verwiesen oder aber auf die Trägheit des Prozesses. Je nach Perspektive ist das Glas also entweder halb leer oder aber halb voll.

Die Kritiker unter den Befragten nehmen nur graduelle Veränderungen in der Ukraine wahr. In vielen Bereichen fehlten notwendige Reformen: „Es fehlen Gesetze, die die Arbeit von Parlament und Verwaltung regeln, eine

„Demokratie wollen wir nicht. Wirtschaft können wir nicht. Also was machen wir dann? – Patriotismus. Das ist die Logik von ukrainischer Führung.“ (274)

46

moderne Polizei und ein konkurrenzfähiges Bildungssystem“, so ein Hamburger aus dem Wissenschaftsbereich.

Auch eine Medienvertreterin zeigt sich skeptisch hinsichtlich der weiteren Entwicklung in der Ukraine. „Für mich war der Wendepunkt in diesem Prozess“, sagt sie, „als die ‚Ausländer‘ aus der Regierung gedrängt wurden.“¹ Und fügt hinzu: „Möglicherweise sind die Beharrungskräfte in der Ukraine doch sehr viel stärker.“

Und eine junge Wirtschaftsvertreterin aus Berlin sagt, sie nehme den Reformprozess als „ungleichzeitig und unausgeglichen“ wahr. Auf der einen Seite stünden die Reformer, die sich an die Veränderung des Landes machten, „andererseits scheint sich wenig zu bewegen – insbesondere im Umfeld der Oligarchen“. Alles in allem „fehle der Zug“, um tatsächlich eine bessere Gesellschaft zu schaffen. Selten sind jedoch Verdikte wie das eines jungen Wissenschaftlers, der der Ansicht ist, dass sich „die Ukraine im Moment in ziemlich allen

Bereichen in die falsche Richtung bewegt: Nicht nur Demokratie fehlt, sondern auch Wirtschaftswachstum.“

Die Wohlwollenden unter den Beobachtern verweisen vor allem auf die Tatsache, dass die Reformagenda der ukrainischen Regierung eher zu ambitioniert ist und zu viel verspricht, als selbst unter günstigsten Voraussetzungen umgesetzt werden könne. Es gehe nicht nur um eine Anpassung hier oder ein Reförmchen dort; was in der Ukraine vor sich gehe, sei eine vollkommene Transformation der staatlichen Ordnung, eine Neudefinition der Rolle des Staates gegenüber seinen Bürgern, ein politisch-kultureller Wandel. Das fange mit einer umfassenden territorialen Neuordnung und Verwaltungsreform an, setze sich fort in der Modernisierung weiterer Bereiche des öffentlichen Lebens – etwa bei Polizei und Justiz, im Gesundheitssektor und beim Infrastrukturausbau – und ende nicht bei der Rolle der Medien und Zivilgesellschaft als Garanten einer offenen und pluralistischen Gesellschaft.

¹ Gemeint sind die im Ausland ausgebildeten und remigrierten Politiker der Post-Janukowtsch-Ära.

47

Viele der Betrachter heben das Tempo des Erreichten hervor und haben eine hohe Wertschätzung für das in den letzten Jahren Geleistete: „In der Reformierung des Landes ist extrem viel und schnell passiert“, würdigt ein Berliner Analyst die Geschwindigkeit der Reformen. „Ich glaube“, fährt er fort, „dass es kaum ein anderes Land auf der Welt gibt, das so viel in so kurzer Zeit unter schwierigen Bedingungen angegangen ist. Das wird im Westen noch nicht angemessen gewürdigt.“ Man müsse verstehen, dass der Transformationsprozess ein langfristiger – und langwieriger – Prozess sei; das sei keineswegs ein Ukraine-spezifisches Phänomen. Die bereits erzielten Fortschritte, etwa zur Stabilisierung der Währung und des Bankensystems, oder die Reform des Steuersystems seien für sich genommen große Erfolge. Zwar habe man im Jahre 2015 eine massive Geldentwertung von rund 50 Prozent hinnehmen müssen; aber eine Hyperinflation sei letztlich vermieden worden. Auch die wirtschaftliche Talfahrt sei gestoppt worden – trotz des Krieges im eigenen Land, einer großen Zahl von Binnenflüchtlingen und der Tatsache, dass die Ukraine gleichsam über Nacht die ausbleibenden Exporte aus Russland (u. a. im Energiesektor) habe kompensieren müssen. All das brauche Zeit und Ausdauer.

„Die Situation in der Ukraine hat sich im letzten Jahr verbessert: Die Währung hat sich stabilisiert, der Arbeitsmarkt hat sich entspannt, die Binnenflüchtlinge sind im Arbeitssalltag angekommen.“ Und der Zugang zum Kapitalmarkt mache die ukrainische Regierung wieder unabhängiger gegenüber der EU und dem IWF, denn Kapitalmarktgelder seien frei von Bedingungen – was allerdings auch negative Auswirkungen auf die Dynamik des Reformprozesses haben könne.

„Mit der Ukraine verbinde ich Reformprobleme. Das Land befindet sich in fast unlösbaren Szenarien: Krieg im Osten – erst müsse man den Krieg beenden – und deshalb kein Anreiz für nachhaltige Reformen. Und die Tatsache, dass die Oligarchen die Tagespolitik bestimmen. Der Einfluss der Oligarchen hat sich leider nicht wesentlich verändert.“ (740)

Von anderen Beobachtern werden die Erfolge in der Dezentralisierung des Landes hervorgehoben. Fortschritte in der Dezentralisierung von Regierungs- und Verwaltungsaufgaben würden das Land nicht nur stärken, sondern auch auf regionaler Ebene demokratisch legitimierte Instanzen schaffen, denen es auch erlaubt sei, eigene Budgets auf lokaler und regionaler Ebene einzusetzen, meint eine Berliner Wissenschaftlerin.

Skeptischer zeigt sich hingegen ein politischer Analyst, der ebenfalls aus Berlin stammt: Für ihn ist die Dezentralisierungsreform „das richtige Instrument zum falschen Zeitpunkt“. Ein schwacher Staat werde durch die Stärkung regionaler Machtzentren weiter geschwächt. Erst müssten Reformen auf zentraler Ebene zur Stärkung des Staats führen, bevor man die Kompetenzen der Regionen ausweite.

Ein anderer Gesprächspartner hält dagegen und ist überzeugt, dass „die Dezentralisierungsreform geradezu eine „Voraussetzung für den langfristigen Erfolg der Erneuerungsbestrebungen im Land ist“. Sie mache den Menschen vor Ort deutlich, dass sie selbst verantwortlich seien, um Missstände abzustellen und Veränderungen herbeizuführen.

Eine besonders positive Wahrnehmung haben manche Befragte von den neu eingerichteten Bürgerbüros. In Charkiw habe einer der Gesprächspartner das dortige Servicecenter kennengelernt, wo rund 250 Mitarbeiter bemüht seien, den Bürgern ihrer Stadt ein guter Dienstleister zu sein: „schnell, effizient, ohne Korruption und überbordende Bürokratie“. Und bei der öffentlichen Beschaffung sei durch Einführung des elektronischen Ausschreibungssystems „ProZorro“ und die Einsetzu-

„Jeder Reformier in der Ukraine, der sich in die erste Reihe stellt, hat meine volle Bewunderung.“ (290)

„Bei all den Reformen, vergesst die Menschen in der Ukraine nicht. Mit guten Wirtschaftszahlen allein wird man keine langfristige Veränderung hervorbringen können.“ (683)

„Wir sollten die Reformfortschritte ehrlich bilanzieren und mehr in den Austausch mit den Menschen vor Ort treten.“ (614)

50

ng von Ombudsmännern ein Grad an Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Mittel erreicht worden, der vor wenigen Jahren noch undenkbar erschien. Eine junge Berliner Wirtschaftsvertreterin fügt schließlich hinzu: „Jeder Reformler in der Ukraine, der sich in die erste Reihe stellt, hat meine volle Bewunderung.“ Was jetzt aber mit Nachdruck angegangen werden müsse, sei die Reform des Wahlrechts sowie die Bekämpfung der Korruption.

Katerstimmung und zunehmender Pessimismus in der Reformdebatte

Andere Beobachter berichten von einer zunehmenden Ernüchterung innerhalb der ukrainischen Bevölkerung; vielen gehe der Reformprozess nicht schnell genug. Die Veränderungen gingen zu schleppend voran; Sinn und Nutzen der Neuerungen seien für das Gros der Bevölkerung zu wenig ersichtlich. Was in Deutschland und der EU als Fortschritte in den Reformbemühungen des Landes verbucht würde, komme bei den Menschen im Land noch nicht an. Denn „am Ende geht es der Bevölkerung um die subjektiv verspürte Lebensqualität und

nicht um eine versprochene in der Zukunft“, mahnt ein junger Berliner Wissenschaftler.

„Wir sollten die Reformfortschritte ehrlich bilanzieren und mehr in den Austausch mit den Menschen vor Ort treten.“ Als Ausnahme wird explizit die Polizeireform benannt. Ansonsten sei „die Realität ein sinkender Lebensstandard und hohe Inflation“, weiß auch ein Berliner Medienschaffender.

Andererseits seien die Erwartungen der Maidan-Bewegung auch zu hoch gewesen. „Reformen brauchen Zeit“, erinnert ein Vertreter der deutschen Zivilgesellschaft. „Durch den Maidan sind sehr große Erwartungen erzeugt worden – sowohl bei den Menschen in der Ukraine als auch bei den Menschen in Deutschland. Die Erwartungen waren so hoch, dass sie zwangsläufig enttäuscht werden mussten.“

Und ein Berliner Politikberater fügt hinzu: „Die ganze Reformdebatte ist ermüdend und bereitet zunehmend Kopfschmerzen. Denn dadurch werden Erwartungen aufgebaut, die

51

gar nicht erfüllt werden können. Es wird völlig übersehen, dass der Aufbau der Institutionen Jahre und Jahrzehnte dauert.“

Angesichts der schwierigen Lage im Lande sei „die ganze Debatte auf Krisenmanagement und das Liefern kurzfristiger Ergebnisse ausgerichtet“; es fehle eine Vision, die über das abstrakte Ziel einer EU-Mitgliedschaft hinausgehe. Es fehle der politische Wille und der politische Mut, Veränderungen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Aber „die Politiker müssen die Kraft haben, den Schmerz von Reformen zu überwinden, bevor sich positive Wirkungen entfalten können“.

Andere hingegen glauben, dass die Ukrainer die Reformen „verschlafen haben“. Sie hätten erlaubt, dass sich ein oligarchisches System und ein Maß an Korruption herausgebildet hätten, die selbst die Verhältnisse in Russland in den Schatten stellten. Aber wenigstens gäbe es „im Vergleich zu Russland in der Ukraine gesellschaftliche Proteste gegen diese politischen Zustände“.

„Durch den Maidan sind sehr große Erwartungen erzeugt worden – sowohl bei den Menschen in der Ukraine als auch bei den Menschen in Deutschland. Die Erwartungen waren so hoch, dass sie zwangsläufig enttäuscht werden mussten.“ (979)

„In der Reformdebatte fehlt mir die Vision. Wie kann die Ukraine attraktiv sein für ihre Bevölkerung? Die ganze Debatte ist auf Krisenmanagement und das Liefern von kurzfristigen Ergebnissen ausgerichtet. Damit werden Erwartungen erzeugt, die gar nicht erfüllt werden können, und das führt zur Frustration auf allen Seiten.“ (941)

52

„Ich bin müde von diesem Land. Seit man Visa-freiheit bekommen hat, habe ich das Gefühl, dass die Regierung nichts mehr macht.“ (471)

All das zeige, dass die Ukraine weiterhin „durch einen schwachen Staat, aber starke Oligarchen gekennzeichnet“ sei. „Politik und Wirtschaft werden von den Oligarchen dominiert. Sie höhlen den Staat aus und sorgen dafür, dass er schwach bleibt.“

Macht und Einfluss der Oligarchen

Zwar sei der Einfluss der Oligarchen heute deutlich geringer als vor dem Euromaidan. Aber noch immer kontrollierten sie fast alle gesellschaftlichen Bereiche: Wirtschaft, politische Institutionen und auch die Medien. Dass selbst Präsident Petro Poroschenko die Oligarchie in der Ukraine unterstütze, blockiere die Entwicklung der Demokratie und der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Die neuen Kräfte hätten sich also „noch lange nicht durchgesetzt“; zu stark seien die Beharrungskräfte alter Strukturen. Gerade unter „Intellektuellen und Maidan-Aktivisten nehme ich deshalb einen zunehmenden Pessimismus wahr; sie haben den Eindruck, die Hydra der Oligarchen nicht massakrieren zu können“.

53

„Solange die Ukraine ein von Oligarchen dominierter Rentier-Staat ist, ändert sich an der politischen Ordnung in der Ukraine nichts. Es ist an der Zeit, mit den Oligarchen einen Deal zu verhandeln: Exil im Ausland und Straffreiheit gegen Aufgabe der Macht und Zerschlagung der Machtkartelle.“ (547)

54

Auch Poroschenko ist nach Ansicht zahlreicher Beobachter mittlerweile „eine große Enttäuschung“. Eigentlich habe er lediglich den Übergang moderieren sollen. Nun sei er „genauso verliebt in die Machtfülle wie seine Vorgänger“. Selbst wenn Poroschenko in Deutschland bislang anders wahrgenommen wurde – etwa nach seinem Auftritt während der Münchner Sicherheitskonferenz 2015 –, so habe er sich „die Taschen bald ebenso vollgemacht wie zuvor Wiktor Janukowytsch. Nur eben ohne Repressionen.“ Poroschenko unternehme „praktisch nichts gegen Korruption – nur, wenn es seine Gegner betrifft“. Petro Poroschenko gehöre faktisch „zur alten Elite und dem Kreis der Oligarchen“.

Und so sei „der Einfluss der Oligarchen noch immer zu groß. Das Land wird sich erst dann reformieren können, wenn die alten Eliten ausgewechselt worden sind.“ So schwierig es sei, „die Oligarchen aus dem politischen System zu drängen, so wichtig

wäre ein solcher Schritt“, meint ein Hamburger Osteuropa- Spezialist.

Eine Ansicht, die auch ein Berliner Jung-Wissenschaftler teilt: „Meine ganz aktuelle Wahrnehmung des Landes? Es gibt zwar Reformfortschritte, aber die alten politisch-wirtschaftlichen Seilschaften haben sich wieder konsolidiert.“ Dennoch: Der Spielraum für die Oligarchen habe sich deutlich verkleinert. „Sie müssen nun viel eher auf politische Forderungen aus Bevölkerung und der EU eingehen“, wie z. B. jene der Venedig-Kommission².

Statt dieser Schwarz-Weiß-Zeichnung schauen andere Gesprächspartner in differenzierenden Grautönen auf die Lage. Zwar sei die Ukraine „ein nach wie vor stark von Oligarchen beeinflusster Staat“. Doch nach und nach müssten sie sich an neu entwickelte Regularien halten. Mit ironischem Unterton meint ein anderer: „Ich teile die These nicht, dass die Oligarchen

² Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) ist eine Einrichtung des Europarates, die Staaten verfassungsrechtlich berät. Sie wurde im März 1990 gegründet mit der Aufgabe, die Staaten Mittel- und Osteuropas in Fragen des Verfassungsrechts zu beraten, „die den Normen des europäischen Verfassungsrechtsbestands entsprechen“. Siehe http://www.venice.coe.int/WebForms/pages/?p=01_Presentation&lang=DE.

wieder die Macht in der Ukraine übernehmen. Bislang haben sie sie noch gar nicht aufgegeben. Aber sie verlieren die Macht zunehmend, das wird sichtbar.“ Aber das sei „ein langer Prozess, der durch eine Mischung aus internationalem und zivilgesellschaftlichem Druck umgesetzt werden kann“.

Einer der Gesprächspartner unterbreitet gar einen Vorschlag, wie man die Macht der Oligarchen brechen könne: „Solange die Ukraine ein von Oligarchen dominierter Rentier-Staat ist, ändert sich an der politischen Ordnung in der Ukraine nichts. Es ist an der Zeit, mit den Oligarchen einen Deal zu verhandeln: Exil im Ausland und Straffreiheit gegen Aufgabe der Macht und Zerschlagung der Machtkartelle.“

Oligarchie und Pressefreiheit

Ein Beispiel für den fortgesetzten – aber geringer werdenden – Einfluss der Oligarchen sei die Medienlandschaft; sie befände sich zwar im Umbruch. Es existiere Pressefreiheit und Medienpluralismus und man könne sich frei artikulieren – das sei ein wesentlicher Unterschied zu anderen Ländern im post-sowjetischen Raum. Aber die Medien würden eben noch immer stark von den Oligarchen kontrolliert, weiß ein Berliner Beobachter, der selbst in der Branche tätig ist. „Die Oligarchen haben ihr eigenes Megafon. Das ist ein großer Nachteil für die Gestaltung öffentlicher Meinung und den Meinungspluralismus.“

Was fehle, sei eine „respektvolle Debatte“. Die Oligarchen-Medien interessierten sich eher für Skandale als für Substanz. Die Qualität des Journalismus sei „eine Katastrophe“. Journalisten in den Oligarchen-Medien schrieben, was der Chef von Dienst erwarte; der Chef vom

Dienst mache ein Blatt oder ein Programm, das der Besitzer erwarte. „Gefälligkeitsjournalismus.“

Zugleich entstünden immer mehr öffentlich-rechtliche Angebote und Bürgermedien. Zahlreiche unabhängige Journalisten arbeiteten „ehrgeizig an der Vision unabhängiger Medien“. An vielen Orten entstünden internetbasierte Medienangebote, die die Oligarchen-Herrschaft im Mediensektor herausforderten. Das führe bisweilen zu „Macht-, Einfluss- und Verteilungskämpfen“ zwischen Kapitale und Peripherie.

55

Noch sei es ungefährlich, als unabhängiger investigativer Journalist tätig zu sein. Die Medien in der Ukraine seien frei – „vor allem, wenn man sie mit denen in Russland vergleicht. Aber der Freiraum wird enger und die Bedrohung steigt.“ Immer wieder gebe es Versuche, offene Meinungsäußerung und Kritik zu unterdrücken. So würden beispielsweise Journalisten als unpatriotisch diffamiert, die kritisch über den Krieg im Donbass berichteten. Das schade der Demokratieentwicklung, weil Journalisten ihrer wichtigsten Aufgabe beschnitten würden – der Stärkung der Zivilgesellschaft.

Dabei gebe es in der Ukraine „ein großes Potenzial an professionellen, investigativen, begabten Journalisten und Medienbetreibenden“, weiß ein Berliner Journalist. „Sie arbeiten unter schwierigen, oft auch lebensbedrohlichen Bedingungen“, dabei brauche unabhängiger Journalismus „rechtsstaatlichen Schutz, Vertrauen, Anerkennung und Unterstützung“.

Denn letztlich seien funktionierende Medien „der Lackmusestest für eine wertegeleitete

Demokratisierung“. Hier könne der Westen durchaus einen positiven Beitrag leisten, indem man Journalisten auszeichne, die ernsthaft und seriös über Politik berichteten – „ein bisschen Renommee über Preise und Informationskampagnen“.

Fehlendes Vertrauen der Bevölkerung in politische Eliten

Die Debatte um die Rolle der Oligarchie im öffentlichen Leben macht vor allem eines deutlich: Innerhalb der Bevölkerung fehlt es an Vertrauen gegenüber den politischen Eliten. Alles, woran die politische Klasse interessiert sei, sei Machterhalt, so die Wahrnehmung zahlreicher Gesprächspartner. Politischer Veränderungswille sei kaum zu erkennen.

Gerade „die ungeschickte Handhabung ukrainischer Interessen“ durch Janukowytsch während der Maidan-Krise habe im Westen „den zutreffenden Eindruck einer postsowjetischen Herrschaftspraxis“ entstehen lassen: „Politische Eliten sichern ihren Machtanspruch wider die Interessen des Volkes“, beschreibt es ein politischer Analyst aus Berlin. Sein

„Funktionierende Medien sind der Lackmustest für eine wertegeleitete Demokratisierung.“ (641)

Fazit: „Es wäre schon viel erreicht, wenn die Ukrainer Vertrauen in ihre politische Klasse gewinnen.“

Aber auch nach dem Euromaidan sei es nicht gelungen, ein Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und der politischen Elite aufzubauen. In weiten Teilen der Bevölkerung gebe es „eine Mischung aus Ärger und Enttäuschung“. Ein anderer Gesprächspartner findet es „gemein und schade“, dass „die Ukraine von ihrer politischen Elite richtig vor die Wand gefahren wird“; das hätten die Menschen „nicht verdient“. Die politischen Eliten seien an einem echten Wandel nicht interessiert. „Die Regierung will die Reformen nicht. Die Machthaber denken an sich selber mehr als ans Land“, so ein junger Wissenschaftler. Und eine Berliner Wissenschaftskollegin ergänzt: „Ich denke, es gibt nicht genug politischen Willen für einen tatsächlichen Wandel und um Reformprozesse voranzutreiben. Es gibt eine sehr starke Verquickung von Politik und Wirtschaft. Dafür steht Poroschenko selbst.“ Letztlich könne die ukrainische Regierung „nur durch Taten und nicht nur durch Rhetorik Glaubwürdigkeit gewinnen. Durch ihr politisches Handeln muss sie den ernsthaften

Willen für Reformen deutlich machen und dabei die Bevölkerung mitnehmen“, so die junge Frau aus Berlin weiter.

Beinahe nachsichtig gibt sich eine Medienschaffende aus Berlin: Der Grund für die politischen Spannungen im Lande seien nun einmal die seit langem bestehenden Interessendifferenzen der Regionen. Dort gebe es „Kräfte, die die neue Politik und Veränderungen behindern“. Unter diesen Umständen sei es „sehr schwierig, der Gesellschaft gerecht zu werden und die Meinungen aller zu berücksichtigen“.

Teil II: Sektorreformen – ein geteiltes Echo

58

Schaut man tiefer und analysiert den Fortschritt der Teilreformen in den jeweiligen Politikfeldern, ergibt sich ein unterschiedlich granuliertes Bild. Während unsere Gesprächsteilnehmer Fortschritte zum Beispiel beim Umbau der Polizei und beim Aufbau von Bürgerzentren verzeichnen, gebe es Stillstand in anderen Bereichen – etwa im Justiz- oder Gesundheitswesen.

Die Auswahl der Themen des folgenden Abschnitts orientiert sich ausschließlich an der Themenwahl und Akzentsetzung unserer Gesprächsteilnehmer.

Baustelle Justiz: Bislang bloß ein Polizei-Reförmchen

Kaum ein Sektor wird so oft als Beispiel für mangelnde Reformbemühungen erwähnt wie der Justizsektor. Er gilt geradezu als Symbol für die Ernsthaftigkeit, Glaubwürdigkeit und Entschlossenheit der Reformanstrengungen insgesamt. Denn über eine Reform des Wahlrechts oder die Schaffung eines Antikorruptionsgerichts – beides wesentliche Forderungen der Erneuerer – entscheidet sich letztlich

„Das größte Problem im gegenwärtigen Reformprozess sehe ich in der Justizreform. Hier gibt es wohl die größten Widerstände.“ (904)

„Was mir persönlich gefallen hat, ist die Einführung von Gas- oder Heizungszählern, wo man der Verbrauch selber kontrollieren kann. Die Ukrainer übernehmen mehr und mehr Selbstverantwortung.“ (357)

die zukünftige Machtverteilung im Lande. Entsprechend groß seien die Widerstände der herrschenden Eliten, meinen einige unserer Gesprächsteilnehmer.

Entscheidend aber sei, dass sich das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit in allen öffentlichen Belangen durchsetze. Das aber setze einen Konsens auf beiden Seiten voraus – der politischen Elite einerseits und zivilgesellschaftlichen Gruppen andererseits. Die Gründung eines Korruptionsgerichtshofes wird von manchem Beobachter als „großer Schritt vorwärts“ angesehen; nur um schließlich zusehen zu müssen, dass es am politischen Willen fehle, das Gericht vollständig zu installieren und als unabhängige Gewalt anzuerkennen. Aber für alle Gesprächspartner, die sich diesem Thema widmeten, steht außer Frage, „dass sich an der Korruptionsfrage entscheidet, ob die Reformen am Ende von Erfolg gekrönt sein werden oder nicht“. (612) Und es sei Präsident Petro Poroschenko, der das Heft des Handelns letztlich in der Hand habe. Aber aus Eigeninteresse „tut er das Gegenteil“, meint ein junger Wissenschaftler. Das zentrale Problem der Ukraine sei ihr Justizsystem, fährt er fort. „Mit

59

der Polizeireform hat man bislang nur eine symbolische Reform durchgeführt. Das reicht aber einfach noch nicht.“

Eine erfolgreiche Justizreform ist nach Ansicht mancher Beobachter auch eine Voraussetzung für eine internationale Öffnung der ukrainischen Wirtschaft, denn mangelnde Rechtssicherheit – etwa im Zivil- und Eigentumsrecht – behindere die Gewinnung ausländischer Investoren.

Energie – ein Schlüsselsektor

Sieht man einmal von den Auseinandersetzungen um die Machtverteilung im Lande ab, so trat die Ukraine im Jahrzehnt zwischen der Orangen Revolution und dem Euromaidan vor allem durch den Gastreit mit Russland ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit. Schon einmal hatte ein Energiethema die Ukraine ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit katapultiert – die Havarie des Atommeilers in Tschernobyl im April 1986.

Tatsächlich sei die Energieversorgung eines der zentralen Themen in der gegenwärtigen

Reformdebatte, erklärt ein Gesprächspartner aus der deutschen NGO-Szene. Er glaubt gar, dass „die Modernisierung der Energieversorgung der Schlüssel zum wirtschaftlichen Aufschwung in der Ukraine“ sei.

Zwar versorge sich die Ukraine noch immer zu einem erheblichen Teil mit Atomstrom – auch, um unabhängiger von Energieimporten zu werden. Aber es gebe „viele Bestrebungen, alternative Energien zu nutzen“. Monopolstrukturen würden zusehends aufgebrochen und große Anstrengungen unternommen, um den Energiesektor insgesamt zu diversifizieren. Davon betroffen sei insbesondere der ukrainische Gasmonopolist Naftogaz, der „traditionell sehr korruptionsanfällig“ gewesen sei. Mit einer „Professionalisierung der Konzernführung“ sei man dem Problem nun aber weitgehend beigegeben.

Ein anderer Beobachter ist da skeptischer: Alternative Energien seien in der Ukraine noch immer unterentwickelt – „es fehlt langfristiges Denken, obwohl dies Energie-Unabhängigkeit von Russland“ bringen könne.

Ein weiterer Gesprächspartner weiß, dass die Ukraine mittlerweile kein Erdgas mehr aus Russland, sondern nunmehr aus dem Westen bezieht. Hinzu komme womöglich bald auch Schiefergas aus eigener Produktion. Wenn die Dinge richtig angepackt würden, dann „gibt es gute Voraussetzungen, dass die Ukraine in drei bis fünf Jahren zum Energieexporteur wird“ – vor allem dann, wenn das Land mit seinen Bemühungen zur Steigerung der Energieeffizienz vorankomme. Ein Berliner Gesprächspartner gibt sich zuversichtlich und glaubt an die transformative Kraft des Landes: „Wenn man unter Druck steht und

klug geführt wird, dann führt das zum Innovationsschub im Land“ – das sei nirgendwo zutreffender als im Energiebereich.

Neues Umweltbewusstsein, ökologische Altlasten und Umweltkriminalität

In der Ukraine hat sich ein neues Umweltbewusstsein entwickelt. Insbesondere die junge Generation wünscht sich eine ökologisch nachhaltige Ukraine, berichten einige unserer Gesprächspartner. Dem gegenüber stünden ungelöste ökologische Altlasten wie etwa der havarierte Atommeiler in Tschernobyl oder die überalterten Kokereien in der Ostukraine. Auch der zunehmende illegale Raubbau an Wäldern bereite große Kopfschmerzen. Daneben nähmen sich Alltagsphänomene wie die zunehmende unerlaubte Müllentsorgung geradezu als Kavaliersdelikte aus.

In den 1990er Jahren habe es in der Ukraine noch kein Bewusstsein für Umweltthemen gegeben; das habe sich mittlerweile aber geändert, weiß ein Landeskenner aus Frankfurt an der Oder: „Die jungen Leute sind gut ausgebildet und arbeiten an funktionierender Müllentsorgung, Müllverbrennungsanlagen und der Reduktion von Müll. Man will eine ‚grüne Ukraine‘.“

Auch wenn das ukrainische Umweltimage noch immer stark durch die Atomkatastrophe von Tschernobyl geprägt sei, so gebe es doch „ein riesiges Potenzial, eine saubere Wirtschaft in der Ukraine aufzubauen und ein positives internationales Image darauf aufzubauen“, versichert ein politischer Analyst aus Berlin.

„Nach einem Schaschlik lassen die Menschen immer viel Müll im Wald. Und wenn man wieder in den Wald kommt, sucht man sich ein neues Plätzchen. Für manche ist das ein Ausdruck von Freiheit – für mich ist es Schwachsinn.“ (476)

Gleichwohl falle das Thema Umweltschutz derzeit noch weitgehend „unter den Tisch“. Das Land habe eben „wichtigere Dinge zu tun“ – etwa einen Krieg zu führen in der Ostukraine. Das führe dazu, dass sich niemand um selbst so drastische Umweltstraftaten kümmere wie den großflächigen illegalen Holzeinschlag in den Karpaten an der Grenze zu Rumänien. Hier lasse man „mafiose Netzwerke“ gewähren; Schuld sei eine „nicht funktionierende staatliche Ordnung“. Immerhin gebe es indes ein Programm zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung in der Ukraine sowie einen deutsch-ukrainischen Nachwuchsförderer-Austausch.

So begrüßenswert solche Initiativen auch seien – im Vergleich zu den anstehenden Problemen seien solche Programme bestenfalls bewusstseinsfördernd. Dahingegen sei die Altlast Tschernobyl noch immer ungelöst und schon bald kämen womöglich „andere große Umweltkatastrophen“ auf das Land zu.

1 Am 3. Dezember 1984 kam es in einer Fabrik des US-amerikanischen Chemiekonzerns Union Carbide im zentralindischen Bhopal zu einer Explosion, wodurch mehrere Tonnen Methylisocyanat freigesetzt wurden – ein toxisches Vorprodukt zur Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln. Schätzungen zufolge kamen bei dem Unglück zwischen 10.000 und 25.000 Menschen ums Leben; weitere 100.000 – womöglich bis zu 500.000 – Menschen wurden verletzt.

„Denken Sie nur an die vielen Kokereien in der Ostukraine“, erinnert eine Europaabgeordnete. „Das sind chemische Zeitbomben“, die zu Katastrophen wie einst im indischen Bhopal führen könnten.¹ Doch bislang richte niemand ein Augenmerk darauf.

„Das staatliche Gesundheitswesen ist eine Katastrophe“

Eines der wichtigsten Themen in den Reformbemühungen der ukrainischen Regierung ist die Modernisierung des Gesundheitssystems – hier wäre der unmittelbare Nutzen für die Bevölkerung besonders groß. Das Gesundheitssystem des Landes ist veraltet, die Ausstattung der Krankenhäuser ungenügend, die Bezahlung kein ausreichender Anreiz, um Korruption zu widerstehen. Aber es werden auch Beispiele wie z. B. das e-Health-Modell genannt, die zeigten, dass man in der Ukraine trotz mangelnder Mittel Fortschritte erzielen könne.

So berichtet ein Kenner des Landes, dass sich seit dem Ende der Sowjetunion „im Gesundheitssystem nichts geändert“ habe; „die Ausstattung der Krankenhäuser ist auf dem Stand der 1980er Jahre stehen geblieben.“

Offiziell sei die gesundheitliche Versorgung kostenlos, aber es gebe keine gesetzlich vorgeschriebene Krankenversorgung. Die Folge: Zwar gebe es gute Ärzte, aber es fehle den Krankenhäusern an der nötigen finanziellen Ausstattung. „Das staatliche Gesundheitswesen ist aufgrund der Budgetsituation eine Katastrophe. Nur wer Geld mitbringt, wird auch behandelt.“ Geldmangel sei auch der Grund, warum private Kliniken versuchten, Operationen zu verkaufen, „die definitiv nicht notwendig sind“. Geldmangel sei aber auch die Ursache für Korruption und dubiose Geschäftspraktiken; das reiche bis in politische Kreise, berichtet ein Berliner NGO-Vertreter: „Das Gesundheitsministerium der Ukraine ist total verseucht und korrupt. Internationale Organisationen haben das ganze Beschaffungssystem übernommen.“

Dabei sei ein funktionierendes Gesundheitssystem, basierend auf einer leistungsfähigen Krankenversicherung, für die Lebensqualität der Menschen „unheimlich wichtig“. Und „dass die Bürger gute Ärzte haben, die nicht schwarz bezahlt werden müssen“. Dabei würden sich Veränderungen im Gesundheitssektor besonders schnell bemerkbar machen und zu einer deutlich positiveren Grundhaltung in der Bevölkerung gegenüber dem Reformkurs der Regierung führen.

Doch das Urteil eines Berliner Medienschaffenden fällt recht nüchtern aus: „Das ukrainische Gesundheitssystem wird so lange

„Am Beispiel einer Initiative zur Einführung eines e-Health-Modells wurden mir die Stärken der Ukraine vor Augen geführt. Tatkräftig und kompetent mit wenig Mitteln haben sie sehr schnell ein System entwickelt. Erst mal nur fokussiert auf die sich bietenden Möglichkeiten und alle Beschränkungen wurden erst mal beiseitegeschoben (wie bei ProZorro).“ (30)

schlecht sein, wie die Leute nicht in der Lage sind, für Gesundheitsdienstleistungen zu bezahlen.“ Steige das Wohlstandsniveau, dann steige auch die Qualität der medizinischen Versorgung.

Ein Hoffnungstreif am Horizont sei die Initiative zur Einführung eines onlinebasiereten e-Health-Systems. „Tatkräftig, kompetent und schnell“ sei mit geringen finanziellen Mitteln ein System entwickelt worden, das alle Beschränkungen beiseitegeschoben und im Rahmen der Möglichkeiten ein System eingeführt habe, das Patienten, Ärzte und andere Gesundheitsdienstleister in einem transparenten System in Verbindung bringe – ähnlich, wie das beim ProZorro-Beschaffungssystem der öffentlichen Hand der Fall sei.

Externe Sicherheit: Bündnisfähig oder auf sich allein gestellt?

Sicherheit ist ein omnipräsentes Thema in der Ukraine. Denke man an die Ukraine, so ein Wissenschaftler mittleren Alters, so denke man unweigerlich an Krieg und Konflikt. „Der Konflikt im Donbass ist der einzige heiße Krieg in Europa – wir beginnen, das zu vergessen.“

Doch Sicherheitsfragen in der Ukraine ließen sich nicht allein auf den Kriegszustand im Osten des Landes reduzieren; sie betrafen ganz unterschiedliche Alltagsaspekte: vom Krieg in der Ostukraine und der Reform der Sicherheitsorgane über die steigende Zahl der Waffen und Mordanschläge im Land, die massenhafte Traumatisierung bis hin zum Verlangen nach einer umfassenden Absicherung menschlicher Existenz – etwa durch eine Verbesserung des staatlichen Gesundheitssystems. All diese

ungelösten Fragen erzeugten „ein tiefes Gefühl der Unsicherheit bei den Menschen in der Ukraine“, weiß ein Berliner Politikberater aus eigener Anschauung.

Aber das dominante Sicherheitsthema bleibt der Kriegszustand im Osten des Landes und der Konflikt mit Russland. Wo die Gegner der Ukraine herkommen, sei doch ganz offensichtlich, meint ein älterer Hamburger Forscher: Man müsse doch nur nach Osten, Westen, Norden und Süden schauen, um zu sehen, „wer an ihrem Zaun steht“.

Während es beim Thema innere Sicherheit dank der Umsetzung der Polizeireform gute Fortschritte gebe – darunter eine strikte Korruptionskontrolle –, sei die Ukraine derzeit noch nicht in der Lage, einen Sicherheitsapparat aufzubauen, der den äußeren Bedrohungen standhalte. Hier benötige man externe Hilfe. Doch um zu einem Interessenausgleich in Sicherheitsfragen zu kommen, sollten ausschließlich diplomatische, nicht gewaltsame Mittel angewendet werden.

Anders als im Polizeiwesen sei der Umbau der Geheimdienste noch nicht einmal angegangen worden: Nach dem Maidan „passe“ der Inlandsgeheimdienst SBU „nicht mehr zur Ukraine“. „Der Umbau der Sicherheitsdienste ist längst überfällig und hat große Bedeutung“, so ein Berliner Politikexperte, „um das Vertrauen der Bevölkerung zum Staat zu stärken.“

Ein Berliner Medienvertreter ist der Ansicht, dass die Ukraine „im Bereich Sicherheit derzeit alles richtig macht: Sie baut Bündnisse auf“. Nach dem NATO-Gipfel von Bratislava seien notwendige Schritte in Richtung mehr kollektive Sicherheit unternommen worden. „Russ-

„Krieg ist keine einfache Situation für das Land. Man kann ihn aber nicht als Erklärung und Entschuldigung für die Nichtumsetzung der Reformen benutzen.“ (425)

64

land weiß nun“, urteilt eine über 60-jährige Sicherheitsexpertin aus Berlin, „welche Länder es nicht angreifen darf.“ Nur leider komme das für die Ukraine zu spät.

Ungeachtet der westlichen Unterstützungsbekundungen sitze der Schock über den Bruch des Budapester Memorandums noch immer tief; der Westen habe seine Versprechungen schlichtweg „nicht eingehalten“. Was dieser Wortbruch für die gegenwärtigen Beziehungen bedeute, thematisierten die Gesprächsteilnehmer nicht.

Doch manche stellten klare Forderungen auf und sprachen sich unter anderem für deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine aus. „Ich bin für die Selbstverteidigung eines Landes und somit für Waffenlieferungen von Deutschland an die Ukraine“, sagte ein junger Münchner. Es gelte, den Krieg in der Ostukraine einzudämmen, damit er sich nicht weiter ausbreiten könne. Und es gehe darum, die intakten umliegenden Städte zu schützen, wie Odessa, Saporischschja und Charkiw. Denn nur in einem sicheren Umfeld seien Auslandsinvestitionen denkbar. Dass Deutsch-

land der ukrainischen Armee selbst jede passive Ausrüstung verweigere, sei „irrwitzig“. Dieses Totalverbot führe nur dazu, dass schussichere Westen und winterfeste Stiefel aus Deutschland „großen Stils geschmuggelt“ würden, so ein Berliner Medienschaffender.

Auch in Deutschland müssten wir darüber nachdenken, was wir den Ukrainern anbieten könnten, um ihre äußere Sicherheit zu verbessern, meint auch ein Politikberater aus Berlin. „Ich erwarte auch von Deutschland Initiativen, um die Ukraine nach außen sicherer zu machen.“ Was die Ukraine im Übrigen brauche, sei eine eigene Rüstungsindustrie – jetzt, wo bedeutende Teile der alten Rüstungsschmieden im Kriegsgebiet lägen.

Ein anderer Interviewpartner – ebenfalls Politikberater aus Berlin – spricht sich implizit gegen deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Denn seit dem Euromaidan sei die Waffendichte im Land und die Intensität der gewaltsamen Auseinandersetzungen noch einmal deutlich gestiegen. „Wo vorher bestenfalls stumpfe Waffen wie Stöcke oder Schilde zum Einsatz kamen, sind es jetzt

scharfe Waffen.“ Das mache die Verhinderung von Gewalt und die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols nicht leichter.

Alles in allem ergibt sich aus den Gesprächen zum Thema Sicherheit ein gemischtes Bild: Während der Krieg im Osten des Landes allmählich in den Hintergrund rückt, gewinnen die inneren Sicherheitsfragen an Bedeutung. Und während die ukrainische Regierung bisher die Herausforderungen des Krieges im eigenen Land als Argument nutzen konnte, warum die dringend benötigten Reformen noch nicht umfassend angegangen werden konnten, schwindet die Geduld der Bürger mit Kiew in dieser Frage zusehends.

„Allmählich rückt die Sicherheitsthematik in den Hintergrund und die Reformthemen gewinnen die Oberhand“, weiß ein junger Berliner Thinktank aus eigenen Feldstudien vor Ort. „Die politischen Eliten können den Krieg im Donbass nicht mehr als Ausflucht für den Reformstau heranziehen. Deswegen ist die Lage im Lande ja auch wieder so explosiv.“

65

Je länger die Reformen aber brauchten und je mehr sie von EU- und IWF-Bedingungen geleitet würden, desto größer sei auch die Gefahr, „dass Populisten gegen diese Reformanstrengungen anreden.“

Kampf der Korruption: Konsequentes Lippenbekenntnis

Nach einhelligem Urteil fast aller Befragten sind „Korruption und fehlende Rechtsstaatlichkeit die größten Hindernisse für die Entwicklung der Ukraine“. Das mache sich auch in der konkreten Zusammenarbeit bemerkbar; außerdem behindere „die ausgeprägte Bürokratie, aber auch fehlende Erfahrung mit demokratischen Prozessen“ die Zusammenarbeit, so ein Berliner Thinktank-Mitarbeiter. Gerade Korruption und Bürokratie prägten „ganz stark“ das Bild der Ukraine.

Korruptionsbekämpfung müsse nun schnell und konsequent in allen Bereichen stattfinden, wobei zahlreiche Beobachter darauf hinwiesen, dass dies ein zweiseitiger Prozess sei, der auch in der Gesellschaft die Bereitschaft voraussetze, kein Schmiergeld mehr anzubieten. Die

Bevölkerung müsse ein Bewusstsein dafür entwickeln, „dass man bestimmte Dinge nicht mehr ‚kaufen‘ darf“. Zuwiderhandlungen müssten konsequent mit Gefängnisstrafen geahndet werden.

Im Grunde sei es ganz einfach, so ein Berliner Betrachter. Bei der Bekämpfung von Korruption sei es wie beim Rauchen: „Auf einmal aufhören! Eine andere Methode gibt es nicht. Man kann ein korruptes System nicht allmählich umstellen; Korruption muss man schnell und sofort bekämpfen.“

66

Eine andere Kur wurde von einer jungen Berliner Politikberaterin vorgeschlagen: „Der Staat muss seine Beamten anständig bezahlen“ – so blieben „die Guten“ dem System erhalten und „die Beamten sind weniger korruptionsanfällig“.

Ein Berliner Medienschaffender glaubt an durchgreifende Maßnahmen: „Deutschland und die EU sind an einem Punkt angekommen, wo wir mehr mit ‚Sticks‘ anstatt mit ‚Carrots‘ arbeiten müssten“ – Zuckerbrot und Peitsche als ein Mittel zur Durchsetzung deutscher und europäischer Interessen in der Ukraine.

Ohnehin könne man nichts mehr verlieren, denn das Vertrauen der ukrainischen Bürger in ihre Institutionen könnte schlechter kaum sein – es liege im einstelligen Prozentbereich. Nur der nun kassierte Korruptionsgerichtshof genieße mit rund 20 Prozent eine höhere Zustimmung. „Das spricht doch Bände“, so der Berliner Journalist.

Komme das Land mit der Korruptionsbekämpfung nicht endlich voran, so ein

„An der Korruptionsfrage entscheidet sich, ob die Reformen am Ende von Erfolg gekrönt sein werden oder nicht.“ (612)

„Ukrainische Professoren können oft kein Englisch, deswegen gibt es keine aktiven Beiträge in internationaler Wissenschaft. Man stützt sich in der Ukraine mehr auf heimische Literatur, weniger auf internationale. In Deutschland kann man nicht zum Professor werden, ohne Englisch zu sprechen.“ (48)

Repräsentant der Berliner Zivilgesellschaft, verlören die Menschen alle Illusionen. „Irgendwann sagen die Leute: ‚Der Maidan und der Krieg haben nichts gebracht; wir wollen zur sicheren russischen Welt zurückkehren.‘“ Schließlich würden die umfassenden Reformen „von den kleinen Leuten vor Ort bezahlt, während auch weiterhin viel Geld in den Taschen der lokalen und regionalen Eliten versickert“.

Aus dem Kreise der 44 Befragten gab es nur wenige konträre Stimmen. So versicherte eine Politikerin, „kein Land – neben Rumänien – arbeitet so systematisch an der Bekämpfung der Korruption wie die Ukraine“. Ärgerlich sei nur, dass „jeder veröffentlichte Fall von Korruption auf das Konto der Reform-Skeptiker einzahlt“. Und ein Industrievertreter aus München meinte, dass „aus unserer Erfahrung das Thema Korruption kein omnipotentes Phänomen mehr ist“, räumte aber zugleich ein: „Das kann an unserer [Unternehmens-] Größe liegen.“ Aber er glaube, dass die Reformprozesse erste sichtbare Ergebnisse zeitigten.

67

Qualitätsmängel und Käuflichkeit im Hochschulwesen

Auch im Hochschulwesen sind Korruption und Vetternwirtschaft offenbar weit verbreitet. Überall könne man Abschlüsse kaufen, bestätigten zahlreiche unserer Interviewpartner aus dem Wissenschaftsbereich. Zudem sei die Qualität der akademischen Ausbildung in der Ukraine niedrig – auch wenn sie in den letzten zehn Jahren besser geworden sei, berichtet ein Hamburger Wissenschaftler. Zwischen Metropol- und Provinzuniversitäten gebe es jedoch weiterhin deutliche Qualitätsunterschiede. Ein internationales Vorzeigebispiel sei die Kiewer Schewtschenko-Universität, doch viele andere Hochschulen hätten noch immer „eine postsowjetische Denkweise“. Nur wenige Universitäten seien imstande, international wettbewerbsfähige Forschung zu betreiben.

Grund für diese Defizite sei die chronische Unterfinanzierung des ukrainischen Hochschulwesens – auch, weil die Wissenschaft von der Wirtschaft weitgehend entkoppelt sei. Und so seien wissenschaftliche Institute fast ausschließlich auf staatliche Finanzierung

angewiesen – in der gegenwärtigen Lage eine unzuverlässige Ressourcenbasis.

Erschwerend komme hinzu, dass die Universitätslandschaft durchsetzt sei „von alten Apparatschiks“. Die internationale Vernetzung sei nicht zuletzt aufgrund fehlender Sprachkenntnisse schlecht, gesellschaftlich relevante Forschungsprojekte seien dünn gesät.

„Der Standard des Hochschulwesens ist so schlecht“, weiß ein junger Osteuropa-Experte aus Frankfurt an der Oder, „dass der Handlungsdruck unmittelbar ist.“ Und ein junger Wissenschaftler aus Berlin ergänzt: „Die Wissenschaft sitzt in einem Elfenbeinturm und forscht für sich.“ Was aber bringe Forschung, fragt eine Berliner Forscherin rhetorisch, „wenn es zu keiner praktischen Anwendung kommt“?

Das ukrainische Hochschulwesen müsse anpassen, den Anschluss an internationale Standards nicht zu verlieren. So schwierig die Lage für ukrainische Wissenschaftler gegenwärtig auch sei, so ein ostdeutscher Hochschulrektor, „so wichtig ist es, bei der Einhaltung wissenschaftlicher Standards keinerlei Kompromisse zuzulassen“. Ansonsten stütze man lediglich ein nicht wettbewerbsfähiges und korruptes System.

Was die Qualität ukrainischer Lehre und Forschung weiter aushöhle, sei ein striktes Kooperationsverbot mit russischen Universitäten oder Forschungsinstitutionen. Damit seien die ukrainischen höheren Bildungseinrichtungen nicht nur von lang etablierten Wissenschaftsnetzwerken getrennt; sie könnten auch keine russischsprachige Literatur mehr erwerben. Alles, was als russophil erscheine, werde aus

den Curricula gestrichen. Selbst Marxismus-Seminare seien derzeit „völlig undenkbar“ – als ob der historische Materialismus eine russische Erfindung sei, schüttelt ein Interviewpartner aus Frankfurt an der Oder ungläubig den Kopf.

Stattdessen plädiert er für die Einrichtung sogenannter „Fast-Track-Programme“, um begabte Wissenschaftler aus den korrupten Strukturen herauszulösen und ihnen so eine mittel- bis langfristige Berufsperspektive zu geben. Um geeignete Studierende und Graduierte zu identifizieren, reisten deutsche Auswahlkommissionen immer wieder zu ukrainischen Hochschulen. Denn Noten seien kein geeignetes Auswahlkriterium – „die sind häufig gekauft“.

Voraussetzungen für Verbesserungen im Hochschulwesen seien vor allem „gute Auslandskontakte und junges Lehrpersonal“, glaubt auch ein Hamburger Gesprächspartner. Partnerschaften mit (ausländischen) Hochschulen, Unternehmen und über Städtepartnerschaften könnten hier manches leisten.

Mangelnde Anerkennung beruflicher Bildung

Unsere Gesprächspartner aus dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich berichten, dass Bildung in der Ukraine vor allem dann anerkannt sei, wenn es sich um akademische Bildung handle.

Berufliche Bildung spiele hingegen eine untergeordnete Rolle; ihre gesellschaftliche Anerkennung sei gering – auch, weil es keine Handwerkstradition gebe. Das habe zur Folge, dass selbst ukrainische Produktionsbetriebe den Mehrwert von betriebseigenen Ausbildungsprogrammen nicht erkennen, meint ein

junger Politikberater aus Berlin.

Eine mögliche Lösung könne in der Trennung von Universitäten und Fachhochschulen, liegen, glaubt ein Kenner der ukrainischen Bildungslandschaft. Das reduziere nicht nur die Vielzahl der Universitäten im Land, sondern stärke auch die berufsbildenden, praxisorientierten Bildungsangebote. Universitäten seien dazu oftmals nicht in der Lage, „weil einfach die Voraussetzungen nicht da sind; es fehlen beispielsweise die entsprechenden Labore“, weiß ein junger Forscher aus Berlin aus eigener Erfahrung. ■

Ukrainische Parteien – Personale Interessenallianzen

Politische Parteien in der Ukraine sind mit westeuropäischen Parteien nicht zu vergleichen. Sie sind eher Interessenallianzen mit schwacher Programmatik, die sich um einen engen Kreis starker Führungspersonen gruppieren – häufig Oligarchen. Auch Neupolitiker – selbst wenn sie sich für mehr Transparenz aussprechen – haben aufgrund ihrer starken Privatinteressen nur ein rudimentär ausgeprägtes, autoritäres Demokratieverständnis. Das jedenfalls ist – grosso modo – die Wahrnehmung unserer Gesprächspartner des ukrainischen Parteiensystems.

„Die Parteien in der Ukraine sind eigentlich noch keine richtigen Parteien“, erklärt ein Berliner Jungwissenschaftler. „Es sind inhaltsleere Zusammenschlüsse, die an den Interessen einzelner Personen ausgerichtet sind.“ Sie hätten weder feste Parteistrukturen noch eine nennenswerte Mitgliederbasis.

Diese lose Struktur wirke sich auch negativ auf die Umsetzung von Regierungsprogram-

men und die alltägliche Parlamentsarbeit aus, so eine junge Ukraine-Expertin aus Berlin. Gleichwohl hofft ein NGO-Vertreter, „dass sich die Reformkräfte zusammenschließen und auf einen vorzeigbaren Kandidaten [für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2019] einigen.“

Anders als dies vielerorts im Westen erwartet worden war, sei es nach dem Sturz Wiktor Janukowytschs nicht zur Gründung einer linksliberalen Partei gekommen. „Leider“ hätten es selbst „die Kräfte des Aufbruchs nicht aus dem alten System herausgeschafft“, sinniert ein Berliner Journalist über verpasste Chancen des Umbruchs. „Ein solcher Schritt hätte aber einen großen Unterschied in der politischen Auseinandersetzung gemacht.“ Doch bislang hätten sich die Jungparlamentarier noch nicht sonderlich durch ausgeprägtes Kooperationsverhalten ausgezeichnet; ihnen fehle Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit und das nötige Verantwortungsbewusstsein, um Eigeninteressen zugunsten gemeinschaftlicher Positionen hintanzustellen. ■

Zukunft der Ukraine als Lackmustest für die europäische Idee

Für manche Gesprächspartner ist der Reformerfolg in der Ukraine nicht nur ein Test für die ukrainische Bevölkerung und die politische Elite des Landes, sondern auch für die Tragfähigkeit der europäischen Idee. Erfolge in der Reformpolitik lägen also „nicht nur im Interesse der Ukraine, sondern vielmehr im Interesse der EU“.

Die Ukraine habe sich unter schwierigsten Voraussetzungen für Europa und europäische Werte entschieden; nun sei es an Europa, diese Werte zu schützen. „Für mich war es spannend zu beobachten“, schildert eine Kulturschaffende aus Berlin ihre Eindrücke des Jahres 2013/2014, „wie die Rechte und

Freiheiten des Einzelnen, aber auch die Verbindung mit den klassischen europäischen Werten wie den Menschenrechten durch den Euromaidan in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt worden sind.“ Und sie ergänzt: Von den Ukrainern könnten wir Europäer lernen, auf welchen Werten die EU gegründet ist.

Ein Mann in seinen späten Vierzigern pflichtet ihr bei: „Die Ukraine ist für Europa eine Herausforderung für all das, wofür wir stehen. Wir machen uns viel zu wenig klar, was passiert, wenn wir die Ukraine als Partner verlieren.“ ■

Das Rückgrat der Ukraine ist ihre starke Zivilgesellschaft

Durch den Euromaidan hat die Welt die starke ukrainische Zivilgesellschaft entdeckt. Bis heute ist sie aktiv und sich ihrer Macht und Rolle bewusst. Als außerparlamentarisches Korrektiv kontrolliert sie die Politik und treibt den gesellschaftlichen Wandel voran. Nach zwei Maidan-Revolutionen haben die Ukrainer heute eine eigene, klare Vorstellung davon, wie sie leben und wohin sie sich entwickeln möchten.

Und so ist für zahlreiche Betrachter nicht die vielzitierte Korruption das entscheidende Wesensmerkmal der ukrainischen Gesellschaft, „sondern das hohe Maß an Eigenverantwortung der Zivilgesellschaft“. Und ein junger Osteuropa-Experte aus Ostdeutschland ergänzt stellvertretend für zahlreiche Gesprächspartner: „Ich habe großen Respekt vor den Ukrainern. Ein Land, das die Kraft zu zwei Maidanen hat, lässt sich nicht gängeln.“ Zwar finde derzeit wieder eine Konsolidierung oligarchischer Strukturen statt und die Eindämmung der grassierenden Korruption sei noch immer nicht gelungen. „Doch der starke Wille, ein selbstbestimmtes und demokratisches Land zu werden, ist das Verdienst einer sehr vitalen Zivilgesellschaft. Das bleibt.“ Die Zivilgesellschaft habe bewiesen, dass sie einen „langen Atem“ habe. Und sie habe „ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass das Land nicht wieder zurückfallen darf“. Heute, vier Jahre nach den Ereignissen auf dem Kiewer Maidan, blicke man auf ein grundlegend verändertes Land. „Die mentale

Stärke, die Identitätsbildung und die gesellschaftlichen Prozesse des Maidans haben das Land verändert.“ Das sei im Wesentlichen das Verdienst einer liberalen Bürgergemeinschaft.

Trotz kultureller Unterschiede gebe es unter den reformorientierten Kräften einen breiten Konsens hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung des Landes: „Sie alle wollen Korruptionsbekämpfung und lokale Demokratie. Sie sind für die europäische Integration und wollen Rechtsstaatlichkeit. Und natürlich wollen sie ein Ende der russischen Aggression im Donbass.“

Auch eine junge politische Analystin aus Berlin ist von der „unglaublichen Kapazität der ukrainischen Zivilgesellschaft fasziniert, Leute zu mobilisieren“. Auch eine andere Beobachterin „war begeistert, wie schnell sich die Vernetzung der Zivilgesellschaft vollzog“. Hätten Bürgerinnen und Bürger in den Jahren 2014/2015 im Kriegsgebiet nicht auch staatliche Aufgaben übernommen, so wäre nach Ansicht eines jungen ostdeutschen Wissenschaftlers die Versorgung der Bevölkerung in der Ostukraine zusammengebrochen. „In dieser Phase trat die ganze Schwäche des ukrainischen Staates zutage“ – und zugleich die geballte Kraft der ukrainischen Zivilgesellschaft.

Aber die Zivilgesellschaft habe auch eine eklatante Schwäche: Zwar sei sie imstande, >

„revolutionary moments“ – also revolutionäre Ereignisse – auszulösen, nicht aber umfassende „revolutionary movements“ – also revolutionäre Bewegungen. Für eine langfristige Veränderung fehle es der Reformbewegung an integrativen Leitfiguren, nachhaltigen Prozessen und etablierten Strukturen. Angesichts der Beharrungskräfte der alten Eliten und der schleichenden Reformfortschritte sei jedoch allmählich eine

„Müdigkeit der Zivilgesellschaft“ zu verzeichnen. Die Erwartungen des Maidans seien unerfüllt geblieben, die Menschen enttäuscht und erschöpft. Allmählich verlören sie die Kraft und den Glauben, das Land zum Besseren zu wenden. Entweder versinke die ukrainische Gesellschaft in Lethargie oder aber sie stehe vor einem dritten Maidan. Es sei allein die Zivilgesellschaft, die über diese Frage entscheiden werde. ■

4. Ukraine als Objekt und Sub- jekt in den internatio- nalen Beziehungen

In der Ukraine findet so etwas wie eine Schlacht zwischen Ost und West statt.“ Pointierter als dieser Berliner Journalist hat es wohl keiner der Befragten ausgedrückt. Aber die Bedeutung der Ereignisse in Osteuropa sickerte den Deutschen erst allmählich ins Bewusstsein. Bislang habe das Verhältnis zu Russland alle anderen Fragen überragt, schon wegen der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands. Vor diesem Hintergrund habe die Ukraine bestenfalls eine Nebenrolle gespielt – eine Weltsicht, die nun ins Wanken gerate.

Die Annexion der Krim habe die Welt grundlegend verändert – und deshalb auch das deutsche Welt- und Russlandbild. „Die Annexion der Krim hat Teile des politischen Deutschlands stark verunsichert“, schildert ein Gesprächspartner seine Wahrnehmung. Und ein anderer ergänzt: „Der Glaube an ein gemeinsames Verständnis über eine Sicherheitsarchitektur Europas ist dadurch tief erschüttert worden.“ Davor „war die Welt für deutsche Politik gut und bequem“. Dass „Russland eine neue Ordnung etablieren will, ist in Deutschland lange nicht begriffen worden“, so ein Berliner Wissenschaftler. „Aber die wichti-

gen Leute in Berlin haben das ziemlich schnell verstanden.“

Allen sei mittlerweile klar, dass vom Schicksal der Ukraine auch die europäische Sicherheitsordnung abhängt; beides sei untrennbar miteinander verbunden. Immer wieder verwiesen Befragte auf das Budapester Memorandum: Die Ukraine habe im Jahre 1994 auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet, weil ihr im Gegenzug von den USA, Großbritannien und Russland staatliche Souveränität und territoriale Integrität zugesichert worden sei. Die Missachtung des Budapester Memorandums stelle daher für viele Ukrainer nicht nur einen Völkerrechtsbruch Russlands dar, sondern auch durch die westlichen Garantiemächte: „Mit seiner Reaktion auf den Bruch des Budapester Vertrags hat der Westen Schuld auf sich geladen. Die Glaubwürdigkeit des Westens wurde tief erschüttert. Deshalb ist es eine Bringschuld des Westens, die Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer äußeren Sicherheit zu unterstützen.“

Manche Beobachter überrascht, dass dies in der Ukraine nicht stärker thematisiert wird.

„Mit seiner Reaktion auf den Bruch des Budapester Vertrags hat der Westen Schuld auf sich geladen. Die Glaubwürdigkeit des Westens wurde tief erschüttert. Deshalb ist es eine Bringschuld des Westens, die Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer äußeren Sicherheit zu unterstützen.“ (69)

76

Schließlich habe „das Land einen wichtigen Schritt getan – es hat von sich aus auf Nuklearwaffen verzichtet“. Gerade jetzt, wo eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht länger im Raum stehe, gewinne die Frage nach Sicherheitsgarantien bzw. einer tragfähigen europäischen Sicherheitsordnung an Bedeutung. „Seit dem Waffengang in der Ostukraine ist das Sicherheitsbedürfnis Kiews in dem Maße größer geworden, wie eine NATO-Mitgliedschaft unrealistischer geworden ist“.

Die Auseinandersetzung über eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union und der NATO hat in zahlreichen Interviews eine herausragende Bedeutung gespielt. Dabei überwog die Sichtweise, dass nicht die Annäherung der Ukraine an die EU das Land geteilt habe, sondern die Aussicht einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft. Während eine weitere Annäherung der Ukraine an die EU im Land kaum infrage stünde, verbiete sich ein Beitritt der Ukraine zur NATO. „Der NATO beizutreten, ist für die Ukraine keine gute Idee, weil dies eine neue Blockbildung bedeutete. Die Ukraine muss sich neutral verhalten und eine gemeinsame Sprache mit

Russland finden.“ Nur so lasse sich der Konflikt allmählich lösen.

Weil damit aber die NATO auf lange Sicht als Garantmacht der Ukraine ausfalle, müsse die EU „Zähne“ bekommen und zum Sicherheitsakteur auf dem europäischen Kontinent werden. Zwar hätten die EU und Deutschland durch die Aushandlung der Minsker Abkommen bereits weitreichende Verantwortung übernommen; auch unterstütze die Bundesregierung „tatkräftig“ den Reformprozess. „Aber“, so die rhetorische Frage eines Gesprächspartners, „löst dies den Konflikt – vor allem, wenn Russland auf Zeit spielt?“

Deutschland: Mittler oder wankelmütiger Opportunist?

Trotz – oder gerade wegen – bislang ausbleibender Erfolge sehen viele Befragte Deutschland in einer Brückenfunktion zwischen Ost und West. Aufgrund seiner eigenen Vergangenheit sei Deutschland besonders sensibel für das Ost-West-Verhältnis. „Darin liegt bestimmt ein Grund, weshalb Deutschland die Ukraine derzeit so

77

stark unterstützt“, glaubt ein Berliner Think-tank-Vertreter. Diese Mittlerrolle werde in der Ukraine aber bisweilen misstrauisch beäugt. „Deutschland versteht seine außenpolitische Rolle als Zentralmacht, d. h., es versucht zu allen Seiten gute Beziehungen zu unterhalten, um an Einfluss zu gewinnen. Das wird oftmals in der Ukraine nicht richtig verstanden.“

Weithin anerkannt werde Deutschlands „Schlüsselrolle“ bei der Unterstützung der ukrainischen Regierung zur Umsetzung der wirtschaftlichen und politischen Reformen; auch wenn die Bundesregierung klare Bedingungen stelle und die Einhaltung von Vereinbarungen einfordere. „Deutschland ist das wichtigste EU-Land bei allen Ukraine-bezogenen Entscheidungsprozessen. Deutschland war da, als die Krise ausbrach, und steht bis heute zuverlässig an der Seite der Ukraine.“ Und der Gesprächspartner schließt mit einer rhetorischen Frage: „Wer soll es denn sonst tun?“ Gewiss, Polen spiele noch eine wichtige Rolle. Aber in den letzten Jahren habe die Ukraine gerade in Deutschland einen wichtigen außenpolitischen Partner gewonnen; es

„Die Frage nach einer NATO-Annäherung hat sich seit dem Waffengang in der Ostukraine deutlich verändert. Das Sicherheitsbedürfnis ist in dem Maße größer geworden, wie eine NATO-Mitgliedschaft unrealistisch geworden ist.“ (591)

„In der öffentlichen Debatte in Deutschland kommt immer wieder die Fragestellung hoch, warum gehen wir eigentlich mit Russland in den Konflikt wegen der Ukraine? Russland sei doch der viel wichtigere Partner Deutschlands. Man sollte dieses Verhältnis nicht zu stark belasten mit den Problemen in der Ukraine.“ (946)

78

habe sich „ein enges Freundschaftsverhältnis entwickelt“.

Aber es werden auch kritische Stimmen laut: Deutschland engagiere sich zwar stark für und in der Ukraine; was aber fehle, sei eine öffentliche Debatte über Deutschlands langfristige Beiträge zur Stabilisierung der Ukraine. Die Unterstützung werde viel zu stark mit dem Minsker Prozess verbunden. „Das ist zu wenig für eine langfristige Zusammenarbeit mit der Ukraine.“

Dennoch sind sich die Befragten weitgehend einig über Deutschlands Führungsrolle und -stärke in dieser schwierigen Konstellation. Prägnant ein Zusatz, der nicht vorenthalten werden soll, weil er bei vielen Aussagen mitschwingt – wenn auch nicht derart deutlich: „Gut, dass in dieser Zeit Angela Merkel Kanzlerin ist, mit ihrer Erfahrung als Ostdeutsche. Nicht auszudenken, was geschehen wäre, wenn Schröder noch immer Kanzler wäre.“

Hinter diesem vermeintlich persönlichen Affront verbirgt sich eine tiefgreifende Befürchtung: Es ist die latente Sorge der Ukrainer,

zum Spielball der großen Mächte zu werden, zum Faustpfand im Interessenwettstreit seiner mächtigen Nachbarn. Die Besorgnis: Über kurz oder lang werde Deutschland die Unabhängigkeit der Ukraine deutsch-russischen Wirtschaftsinteressen opfern. Diese seien schließlich bedeutender als der deutsch-ukrainische Handel. „Deutschlands Interesse, mit Putin zusammenzuarbeiten, scheint wichtiger als die Eindämmung des Konflikts“, meint einer der Befragten. Und er nennt Ross und Reiter: „In der Wirtschaft und in großen deutschen Lobbyorganisationen wird die Ukraine lediglich als ein Störfaktor in den Beziehungen zu Russland wahrgenommen.“ Manche Lobbygruppen bestritten sogar das Existenzrecht der Ukraine – „sie sei damals doch auch Teil der UdSSR gewesen“.

Diese Haltung sei auch in der Krim-Frage zu beobachten. Trotz der gewaltsamen Annexion der Halbinsel betrachteten viele Deutsche diesen klaren Bruch des Völkerrechts als „unwichtig und belanglos“. Im Vordergrund stünden die langfristigen Interessen gegenüber Russland; ohnehin gehöre die Krim nach Ansicht vieler Deutscher zu Russland. Die

79

Angliederung an die Ukraine im Jahre 1954 sei ein Deal gewesen, „den Chruschtschow im Suff vollzogen hat. Dass die Ukraine seit 1991 unabhängig ist und um ihre Eigenständigkeit kämpft, wird komplett übersehen.“

Dass es innerhalb der Europäischen Union keine einheitliche Haltung zu den Sanktionen gegen Russland gebe, mache die Politik des Westens nicht verlässlicher oder berechenbarer. Im Westen gebe es anscheinend die stillschweigende Hoffnung, „dass Putin irgendwann stillschweigend seine Truppen abzieht und wir ihm so die Gesichtswahrung ermöglichen“ – um dann wieder an vergangene Zeiten anknüpfen zu können.

Aber so widersprüchlich die Rhetorik der deutschen Bevölkerung in diesen Fragen auch sei – bislang habe Berlin Kurs gehalten. Und das ist auch die Hoffnung der Gesprächspartner für die Zukunft: „Trotz aller Wirtschaftsinteressen sollte Berlin gegenüber Russland klare Kante zeigen. Alles andere versteht der Kreml nicht. Dranbleiben! Nicht nachlassen! Und auf bessere Zeiten warten.“ Im Übrigen sei die Frage erlaubt, was Deutschland in den letzten

„Trotz aller Wirtschaftsinteressen gegenüber Russland sollte Berlin klare Kante zeigen. Alles andere versteht der Kreml nicht. Dranbleiben! Nicht nachlassen! Und auf bessere Zeiten warten.“ (737)

„Stellt sich die Frage, was Deutschland in den letzten Jahren hätte anders machen können? – Nicht viel. Es gibt klare Grenzen des Einflusses und der Beeinflussung.“ (555)

„Die Ukraine ist für Europa eine Herausforderung für all das, wofür wir stehen. Die Ukraine ist ein europäisches Projekt. Wir machen uns viel zu wenig klar, was passiert, wenn wir die Ukraine als Partner verlieren.“ (855)

Jahren hätte anders machen können: „Nicht viel. Es gibt klare Grenzen des Einflusses und der Beeinflussung.“

Ukrainische und europäische Passivität

Manche Betrachter stellten sich die Frage, warum sich Kiew so passiv gegenüber Brüssel und den großen EU-Mitgliedstaaten verhalte – namentlich Polen, Deutschland, Frankreich. Zumal diese Länder eine wesentliche Rolle im Verhältnis zu Russland spielten und zugleich die wichtigsten Verbündeten der Ukraine seien. „Die Schlacht um die Ukraine wird hier in Berlin und in Brüssel entschieden. Die Ukraine muss hier präsent sein, sie macht zu wenig, um ihre Stimme hören zu lassen und präsent zu sein“ – und entschuldige ihre Absenz auch noch mit Geldmangel. Manche Gesprächspartner wünschten sich auch eine stärkere Rolle der Ukraine im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der Europäischen Union.

Umgekehrt richten einige der Gesprächspartner den Blick auf Brüssel und die Europäische Union. Sie spiele wegen ihres Assoziierungs-

kurses die wichtigste Rolle im gegenwärtigen Konflikt und müsse deshalb auch alles daran setzen, dass die Ukraine zum Erfolgsmodell wird. Man dürfe nicht verkennen, dass der Konflikt das Ergebnis großer geopolitischer Veränderungen in der Region sei – namentlich der Ausweitung der EU und der NATO gen Ost- und Mitteleuropa. Gerade weil die EU Konfliktpartei sei, wünschten sich manche Betrachter „mehr Unterstützung von der EU. Bislang ist wenig Solidarität für die Ukraine von dieser Seite gekommen. Wenn es aber in der Ukraine ‚Klick‘ macht, dann hat das große Wirkung für uns.“

Schon aus Eigeninteresse müssten „wir verstärkt an der europäischen Integration der Ukraine arbeiten“. Dazu gehörten vor allem die vier Freiheiten des EU-Binnenmarktes: freier Warenverkehr, freier Personenverkehr sowie die Dienst- und Niederlassungsfreiheit. Nach Ansicht einiger Interviewpartner sollte Deutschland zum Vorreiter einer solchen Initiative werden, um auf diese Weise die Ukraine Schritt für Schritt zu öffnen und näher an die EU heranzuführen. Solche Erfolge im Reformprozess machten die Ukraine

nicht nur gegenüber Aggressionen von außen widerstandsfähiger, sondern auch gegenüber Separationsbestrebungen im Inneren.

Ein Gesprächspartner wird grundsätzlicher und weist darauf hin, dass es um weit mehr gehe als freien Waren- oder Personenverkehr. Wenn die EU erlaube, dass die Freiheit der Ukraine wirtschaftlichen oder geostrategischen Interessen ihrer großen Mitglieder geopfert werde, dann wäre das das Ende der EU. Wörtlich: „Die Ukraine ist für Europa eine Herausforderung für all das, wofür wir stehen. Die Ukraine ist ein europäisches Projekt. Wir machen uns viel zu wenig klar, was passiert, wenn wir die Ukraine als Partner verlieren.“

Umgekehrt fordert ein Berliner Analyst mehr Aktivität seitens der ukrainischen Regierung. Es stimme: Die Ukraine brauche die EU-Eintrittsperspektive. „Aber sie muss jetzt ihre Beziehungen zur EU in möglichst vielen Feldern entwickeln“, auch wenn sie dafür derzeit nicht allzu viel freie Ressourcen habe.

„Von den Ukrainern können wir lernen, auf welchen Werten die EU gegründet ist.“ (325)

„Russland wird immer die Reformen in der Ukraine verhindern. Wenn die Ukraine Erfolg hat, werden die Russen fragen: ‚Warum nicht wir?‘“ (213)

Sonderverhältnis: Die ukrainisch-russischen Beziehungen

Wesentlich zum Verständnis der gegenwärtigen Krise in den ukrainisch-russischen Beziehungen sei die Tatsache, dass „die Ukraine eine ganz massive Rolle in der Macht- und Sicherheitspolitik Russlands gespielt hat. Die weltpolitische Bedeutung Russlands hing bis dato immer von der Ukraine ab.“ Diese enge Verknüpfung der Ukraine mit den vitalen Sicherheitsinteressen Russlands spielt eine maßgebliche Rolle bei allen Versuchen der Interviewpartner, die harte Reaktion Moskaus auf den Westkurs der Ukraine zu erklären.

Wie jedes andere Land, so ein Berliner Politikberater, müsse auch die Ukraine „eine Außenpolitik betreiben, die die Interessen der Nachbarn zur Kenntnis nimmt. Für die Ukraine bedeutet das, die Interessen Russlands zu berücksichtigen.“ Der größte Fehler während des Maidans sei gewesen, aus dieser Lage ein „Entweder-oder“ zu machen. Man müsse Wiktor Janukowytch zugutehalten, „dass er lange versucht hat, den Dialog sowohl mit Putin als auch mit [EU-Kommis-

sionspräsident] Barroso aufrechtzuerhalten“. Dies sei „die einzige vernünftige Politik gewesen“.

Unabhängig voneinander stellten gleich mehrere Gesprächspartner dieselbe These auf: Eine erfolgreich transformierte und modernisierte Ukraine würde zu einer großen Gefahr für den Fortbestand des autoritären Regimes in Russland. Wäre die ukrainische Regierung mit ihrem Reformkurs erfolgreich, würden sich die Russen fragen: „Warum nicht wir?“

Denn „aus Sicht des Kremls ist die Ukraine ‚Russlands kleiner Bruder‘, ‚Fleisch vom Fleische‘“. Wenn es Kiew gelänge, das Land zu reformieren, dann würde der Druck auf das autoritäre Regime in Moskau unhaltbar groß. Eine sich politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich entwickelnde Ukraine führe dann beinahe unweigerlich zur Destabilisierung Russlands. Schon deshalb müsse der Kreml alle Reformbemühungen in Kiew untergraben. „Mit dem Krieg im Osten hat Russland einen Hebel in der Hand, die Erfolge der Ukraine wieder zunichtezumachen, das Land zu destabilisieren und damit extremistische Kräfte in

der Ukraine zu stärken.“ Alles, was die Ukraine derzeit dagegen tun könne, sei, den Dialog mit Russland zu suchen „und abwarten, bis dort alles aufgelöst wird“.

Andere Gesprächspartner sind hingegen der Ansicht, dass nur ein beschleunigter Reformkurs die Lösung sein könne – ansonsten „verspielen die Entscheidungsträger in Kiew die Reputation der Ukraine“. Eine schleppende Reformpolitik spiele nur dem Kreml in die Karten, denn „es hilft Russland, über die Ukraine als gescheitertem Staat zu reden“. Und Russland werde alles tun, damit sich dieses Bild auch tatsächlich einstelle: „Russland wird die Ukraine auch weiterhin systematisch destabilisieren: politisch, wirtschaftlich, medial. Russland zeigt keinerlei Bereitschaft, an irgendeinem Punkt Kompromisse zu schließen.“ Ob es einem gefalle oder nicht: Die Realität sei, dass Russland zurück sei – „aufgestanden von den Knien“ – und der ukrainische Staat unfähig sei, dem irgendetwas entgegenzusetzen. Unter diesen Umständen werde es der Ukraine nicht gelingen, ihre Reformpolitik zu einer Erfolgsstory zu machen: „Wie soll das denn gelingen?“

„Der Ukraine-Konflikt hat Russland klargemacht, wo seine Grenzen liegen. Nicht-NATO-Mitglieder des postsowjetischen Raums mag der Kreml noch beeinflussen können – NATO-Mitglieder wie die baltischen Staaten aber nicht.“ (594)

„Wenn wir immer nur mit Putin und seinen Machtkreisen sprechen anstatt mit oppositionellen Kräften, dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, dass wir auf die russische Politik immer weniger Einfluss ausüben.“ (656)

Angesichts dieser Dilemma-Situation hoffen manche der Gesprächspartner auf Tauwetter in Russland: „Was der Ukraine und ganz Europa helfen würde, wäre eine Orange Revolution in Russland.“ Sinngemäß äußerten sich auch andere Gesprächspartner: „Die einzige Lösung des ukrainisch-russischen Problems ist eine Veränderung in Russland.“ Und wiederum ein anderer: „Ernüchternd ist, dass eine komplette Auflösung dieser Situation nur durch einen Politikwechsel in Russland möglich ist.“

Aber Kiew sei nicht allein auf „Regime Change“ in Moskau angewiesen; es könne das Heft des Handelns auch selbst in die Hand nehmen. „Ukrainische Politiker sind momentan angespannt, weil sie sich im Kriegsmodus befinden. Das kann man nur auflösen, wenn man aus diesem Modus rausgeht und versucht, mit anderen zu reden. Auch mit Russland.“ Denn bei Lichte betrachtet befänden sich beide – Moskau wie Kiew – in einer Lage, in der keiner von beiden etwas gewinnen könne. „Der Krieg im Donbass steckt in einer Sackgasse, verbunden mit einer Tragik im russisch-ukrainischen Verhältnis. Da ist eine

Situation entstanden, die in ihrer Dimension einfach schockierend ist.“ Auch andere Beobachter finden es „bedauerlich, dass die Beziehungen mit Russland auf verschiedenen Ebenen durch den Krieg kaputtgehen“.

Ungeachtet der gegenwärtigen Krise sehen manche Beobachter die Ukraine „in idealer geopolitischer Lage: einst mit Russland eng wirtschaftlich verflochten, andererseits nun enger mit der EU verbunden“. Daraus könne man durchaus ein Modell für die Zukunft ableiten – womöglich gar eine Brückenfunktion zwischen dem Osten und dem Westen. Eine Hypothese, die auch „manche Kreise in Deutschland“ aufstellten, so ein Befragter. Um gleich nachzusetzen: „Aber diese Kreise machen sich keine Gedanken, wie das in den Ohren ukrainischer Politiker klingt. Über eine Brücke kann man auch mit Stiefeln marschieren.“

Wie auch immer man auf die Lage blicke – klar sei, dass es ohne Russland nicht gehe. „Wir werden darüber nachdenken müssen, wie wir die instabile Lage in der Ukraine stabilisieren können. Ohne Russland geht das nicht. Vielleicht ein Status wie Moldawien

„Meine Vision für Charkiw 2030: noch bunter, kreativer, keine Korruption, effiziente Bürokratie, europaweites Arbeiten in Netzwerken, keine nationalen Bestrebungen der jungen Generation. Putin ist pragmatischer, konstruktiver, interessiert an echten Lösungen. Versöhnung.“ (786)

86

und Transnistrien? Dort haben Zehntausende einen landeseigenen Pass, einen russischen Pass und können zudem in die EU einreisen.“ Zu welchen Kooperationsmodellen man auch immer komme: „Irgendwann wird es einen Deal geben.“

Andere sind da zögerlicher und verweisen auf die Aggressor-Rolle Russlands. Russland nutze schließlich „seine territoriale Kraft, um der Ukraine zu schaden“, und instrumentalisieren dabei auch andere Länder – etwa Kasachstan, das sich auf Druck Moskaus am Wirtschaftsembargo gegen die Ukraine beteilige. Die Ukraine sei letztlich für Russland nicht mehr als ein nützliches Faustpfand. „Je nach Situation in der Welt kann Moskau dieses Pfand in die eine oder andere Richtung benutzen.“

Skeptiker eines russisch-ukrainischen Rapprochements glauben auch, dass sich Russland mit seiner Ukraine-Politik letztlich in eine Sackgasse manövriert habe. Denn „der Ukraine-Konflikt hat Russland klargemacht, wo seine Grenzen liegen. Nicht-NATO-Mitglieder des postsowjetischen Raums mag der Kreml noch beeinflussen können – NATO-Mitglieder wie die

baltischen Staaten aber nicht.“ Am Ende könne der Ukraine-Krieg ähnliche Folgen für Russland haben wie seinerzeit der Afghanistan-Krieg für die Sowjetunion.

Solange Putin an der Macht sei und sich Russland international isoliert fühle, werde man in der Ostukraine bestenfalls eine solide Verteidigungslinie errichten können. Ziel müsse es sein, so ein Berliner Ukraine-Kenner, „zu einem geordneten Gefangenen- und Personenaustausch zu kommen“. Das würde das Leben der Menschen in der Region „schon deutlich erträglicher gestalten“.

Im Übrigen gelte, was zahlreiche Kritiker westlicher Russland-Politik schon lange monierten: „Wenn wir immer nur mit Putin und seinen Machtkreisen sprechen anstatt mit oppositionellen Kräften, dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, dass wir auf die russische Politik immer weniger Einfluss ausüben.“

„Wir wissen doch alles über die Ursachen des Krieges in der Ostukraine“, zeigt sich ein Berliner Medienschaffender sichtlich verärgert. „Es ist Russland, das den Krieg in die Ukraine

getragen hat und dort führt.“ Moskau sei im Ostukraine-Konflikt also nicht Vermittler, wie es die Minsker Abkommen suggerierten, sondern Kriegspartei. „Warum wird das nicht ausgesprochen?“, fragt der Mann konsterniert. Der einzig ersichtliche Grund möge sein, „Moskau irgendwann einen stillschweigenden Abzug mit Gesichtswahrung zu ermöglichen“. Warum also müsse man sich dann „den Schwachsinn unseres deutschen Außenministers anhören, Russland solle mäßigend auf die Konfliktparteien einwirken“?

87

Europa und Deutschland sollten nach Ansicht mancher Beobachter also auch ihre eigene Russland-Politik überprüfen, wolle man Bewegung in die festgefahrene Lage bringen. Zugleich sei es blauäugig zu glauben, nach Putin würde alles besser. „Nicht Putin ist das Hauptproblem für die Ukraine – es ist die erneute Ausrichtung der russischen Außenpolitik an altem geopolitischen Denken. Das wird auch nach Putin fort dauern.“ Putin sei nur „ein besonders starker Protagonist dieses Denkens“.

Letztlich aber zeige die ganze Debatte, „dass unser Ukraine-Bild noch immer durch einen postsowjetisch-kolonialen Blick geprägt ist. Man redet mit Moskau über die Ukraine, aber nicht mit der Ukraine. Geht denn der Weg nach Kiew immer nur über Moskau?“, fragte sich ein Ukraine-Kenner aus der Wissenschaft.

Der Berliner Historiker Karl Schlögel sei einer der wenigen gewesen, die während des Maidans eingestanden hätten, dass ihr Blick auf die Ukraine von alten Stereotypen geprägt gewesen sei. Und wenn man ehrlich sei, dann „wird die Ukraine bis heute durch einen Moskauer Filter betrachtet“.

„Wenn in Deutschland manche Kreise die Metapher ‚Brückenfunktion‘ für die Ukraine gebrauchen, dann machen sie sich keine Gedanken, wie dies in den Ohren von ukrainischen Politikern klingen mag. Über eine Brücke kann man auch mit Stiefeln marschieren.“ (851)

Gesellschaftlicher Austausch als Schlüssel zur Modernisierung

Einige der Befragten sind der Ansicht, dass ein verstärkter Austausch zwischen Deutschen und Ukrainern für die Reformanstrengungen in der Ukraine „hilfreich“ wäre. Austauschprogramme in verschiedenen Bereichen sollten deshalb die bestehenden entwicklungspolitischen und wirtschaftsfördernden Maßnahmen flankieren.

Ein Erfolgsbeispiel sei die kommunale Zusammenarbeit, die sich in den letzten Jahren stark verändert habe. „Ein Paradigmenwechsel“, denn es stünden mehr finanzielle Mittel zur Verfügung, es würden direkte Zugänge zu Entscheidungsträgern eröffnet und so – auch mit Hilfe entsandter Experten – gemeinsame Programme entwickelt und Dinge „realistischer umgesetzt“ als bisher. „Da ist Raum für mehr.“

Ein anderer Beobachter weiß um die verbindende Kraft der Kultur: „Internationaler Austausch und die Förderung von Künstlern, Schriftstellern, Musikern und Journalisten sowie Bürgerreisen schaffen nachhaltige Beziehungen, Verständnis und eine breite Öffentlichkeit“, so der Mann in seinen Fünfzigern. „Kultur verbindet.“ In Charkiw gebe es beispielsweise ein Nürnberger Haus – ein partnerschaftlich geführter Verein, in

dem deutsche Kultur und Sprache vermittelt werden. Umgekehrt fänden ukrainische Künstler in Nürnberg neue Inspiration.

Ein junger Münchner würde stärker in den Fachkräfteaustausch investieren. Es gelte, „wirtschaftliche Synergien zwischen der EU, Deutschland und der Ukraine zu heben“ – auch mit Hilfe von Hermesbürgschaften und wissenschaftlichen Kooperationen. Jährlich kämen rund 10.000 ukrainische Studierende nach Deutschland, aber nur ca. 100 Deutsche studierten in der Ukraine. Das Ziel solcher Austauschbeziehungen solle sein, „mehr Wohlstand, Stabilität und Perspektiven zu kreieren“.

Und ein Berliner Wissenschaftler wünscht sich eine intensivere Zusammenarbeit mit seinen ukrainischen Kollegen; da seien „gute Grundlagen vorhanden. Mit Russland hatten wir in den 1990er Jahren ein Förderprogramm für die Wissenschaften – daran könnte man sich orientieren.“

Und was sich in den deutsch-französischen Beziehungen bewährt habe, könne doch auch für die deutsch-ukrainischen Beziehungen versucht werden: „Vielleicht sollte man über ein deutsch-ukrainisches Jugendwerk nachdenken“, meint eine Vertreterin der Privatwirtschaft. ■

5. Zukunftsbilder – Zukunftsperspektiven

In der Abschlussequenz der Interviews haben wir unsere Gesprächspartner gebeten, eine Zukunftsvision für die Ukraine zu formulieren und ihren Erwartungen und Hoffnungen für das Land Ausdruck zu verleihen. Damit sollte der problembeladenen Gegenwartsdebatte ein positives Zukunftsbild entgegengestellt werden. Es versteht sich, dass unsere Interviewpartner auch Zweifel äußerten; und so ist aus der Gegenüberstellung der unterschiedlichen Perspektiven ein facettenreiches und nuanciertes Zukunftsbild geworden.

Zunächst: Es fällt vielen Beobachtern schwer, Themen von gesellschaftlicher Relevanz zu finden, die nicht mit Krieg, Korruption oder den Reformen zu tun haben. „Die Menschen sind der Themen allmählich müde“, berichtet ein junger Wissenschaftler. Es brauche mehr positive Geschichten, „und es braucht neue Formen, sie zu erzählen“.

Erfolgsfaktoren kontinuierlichen Wandels

Angesichts der zahlreichen externen wie internen Faktoren, von denen die Zukunft

der Ukraine abhängt, sei der Grad an Ungewissheit besonders groß, meinten viele der befragten Expertinnen und Experten. Doch trotz aller Skepsis und mancher Ernüchterung angesichts schleppender Reformfortschritte überwiegt bei den Gesprächspartnern eine optimistische Grundhaltung hinsichtlich der Entwicklungsaussichten der Ukraine. „Wenn ich nach vorne schaue“, sagt zum Beispiel ein Berliner Politikberater, „dann glaube ich, dass die Ukraine auf Reformkurs bleibt – auch wenn sie sich manchmal durchwursteln wird.“ Wichtig sei, dass die EU als Referenzpunkt erhalten bleibe. Sei dies gegeben, dann werde sich der Umbau „schneller und erfolgreicher“ vollziehen. „Wenn nicht, wird es zu einer Verlangsamung kommen.“

„Ich glaube“, sagt ein junger Münchner, der ebenfalls als politischer Berater und Analyst tätig ist, „dass die Ukraine viele Chancen auf eine gute Zukunft hat.“ Wenn Barrieren wie fehlende Rechtsstaatlichkeit und Korruption beseitigt würden, dann habe das Land eine „große Entwicklungsperspektive“; dann könne man sogar mit Wirtschaftswachstumsraten von 5 bis 7 Prozent pro Jahr rechnen.

Gleichwohl solle man sich keinen Illusionen hingeben: Es werde noch eine Weile dauern, ehe die Menschen die positiven Auswirkungen der Reformen spürten, schließlich finde der Reformprozess „unter schwierigsten Bedingungen“ statt. „Aber in fünf Jahren wird der gesellschaftliche Wandel in der Ukraine deutlich vorangeschritten sein.“ Im Übrigen solle man nicht zweierlei Maß anlegen: Auch hierzulande benötigten große Reformprojekte mehr als eine Legislaturperiode, um wirksam zu werden.

Interviewpartner sehen im internationalen Druck „einen Garanten für den Fortgang der Reformen“ – aber auch in der gegenwärtigen politischen Klasse, die trotz eigener Interessen die Forderungen der internationalen Geber weitgehend erfülle. „Hierin unterscheiden sich die gegenwärtig politisch Handelnden fundamental von den Vorgängerregierungen der letzten zehn Jahre.“

Eine junge Politikberaterin aus Berlin ist jedoch der Ansicht, dass die ukrainische Regierung den Assoziierungs- und Reformprozess „intelligenter miteinander verknüpfen“

müsste. „Aus meiner Sicht könnten sich diese beiden Prozesse noch viel stärker gegenseitig befruchten.“ Schließlich habe die Regierung „eine wahnsinnige Verantwortung: Sie muss zeigen, dass sie es mit den politischen Reformprozessen ernst meint“.

Ökonomisch ein schlafender Riese

Insbesondere das große wirtschaftliche Potenzial der Ukraine stützt den grundsätzlichen Optimismus der Befragten. Sowohl die natürlichen Gegebenheiten als auch der Bildungsstand der Bevölkerung lassen nach Ansicht unserer Gesprächspartner auf eine prosperierende Zukunft hoffen – sofern es gelinge, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Eine Osteuropa-Spezialistin aus Berlin ist der Ansicht, dass die Ukraine zu einem Vorbild für andere postsowjetische Länder werden könne, wenn es ihr gelinge, „ein fortschrittliches politisches System zu etablieren und eine moderne Wirtschaft aufzubauen“.

Dazu seien aber zunächst eine weitere Stabilisierung der Sicherheitslage im Lande

notwendig sowie Fortschritte beim Ausbau der Rechtsstaatlichkeit, meint ein junger Münchner Politikberater: „Die Wirtschaftsentwicklung ist hochgradig abhängig von einer stabilen Lage in der Ukraine. Sobald die Sicherheitssituation beherrschbar wird und Rechtsstaatlichkeit einkehrt, wird es für die Ukraine großartige Potenziale geben.“

Gerade über den Zugang zum EU-Markt ergäben sich für die Ukraine neue Möglichkeiten der Wertschöpfung, sagt eine junge Wissenschaftlerin aus Berlin. In einzelnen Wirtschaftsbereichen habe die ukrainische Wirtschaft die Handelsquoten des EU-Assoziierungsabkommens sehr schnell ausgeschöpft; mittlerweile gingen rund 40 Prozent der ukrainischen Exporte in die EU.

Doch noch beschränkten sich diese Ausfuhren vornehmlich auf Rohstoffe, was eine gewisse Abhängigkeit mit sich bringe, weiß eine junge politische Analystin aus Berlin. Wenn die ukrainische Wirtschaft stärker in die Weiterverarbeitung von Rohstoffen investiere, „dann könnte sie noch viel mehr in die EU exportieren“. Eine breitere Wertschöpfung scheidere

„Die Wirtschaftsentwicklung ist hochgradig abhängig von einer stabilen Lage in der Ukraine. Sobald die Sicherheitssituation beherrschbar wird und Rechtsstaatlichkeit einkehrt, wird es für die Ukraine großartige Potenziale geben.“ (699)

„Schaut man sich in der Ukraine um, fällt einem schnell ins Auge, wie strukturschwach das Land ist und wie marode ein Großteil der Betriebe.“ (866)

94

derzeit aber an fehlenden (Auslands-)Investitionen. Warum Investorenkapital aber noch immer ausbleibe, sei nur allzu offensichtlich, meinen viele Beobachter: „Ohne Rechtsstaatlichkeit kommt kein Auslandskapital.“ Die ukrainische Wirtschaft sei zu intransparent, unzureichend reguliert und von unfairer Wettbewerb gekennzeichnet, als dass sie attraktiv genug für ausländische Investoren sei.

„Solange die Ukraine die Eigentumsrechte von Unternehmen und Investoren nicht garantieren kann, kann sie wirtschaftlich nicht weitergehen und ihr Potenzial entwickeln“, urteilt denn auch eine Berliner Politikberaterin. Erst mit der Entwicklung einer „horizontalen Wirtschaftsstruktur“ erhalte die Mittelschicht bessere Chancen, glaubt eine Berliner Wirtschaftsexpertin. Dann würden auch „viele Fragen der Korruption verschwinden“. Aufgrund dieser Defizite seien auf ukrainischen Kapitalmärkten derzeit vor allem Spekulanten anzutreffen – „schnell rein, schnell raus“.

Eine Strategie müsse sein, auf die Zusammenarbeit mit mittelständischen Unternehmen zu setzen – in der Landwirtschaft, im

IT- und Dienstleistungssektor. Mit kleinen und mittelständischen Unternehmern gestalte sich die Zusammenarbeit viel leichter als mit großen Strukturen, weiß ein Berliner Osteuropa-Experte.

„Hochinteressant“ und zukunftssträftig sei zum Beispiel der ukrainische Agrarsektor, meint ein Vertreter der Privatwirtschaft. Wer in diesem Bereich investiere und keine Gewinne erziele, „ist selbst schuld“. Die Ukraine habe einen starken, exportorientierten landwirtschaftlichen Sektor. Allerdings seien die Betriebe häufig so alt und marode, dass sie international nicht konkurrenzfähig seien. Wie seinerzeit in Ostdeutschland müsse man aus Großbetrieben kleinere bilden, damit diese effizienter wirtschaften könnten, meint ein Hamburger Osteuropa-Wissenschaftler.

Ein weiteres Hindernis zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion sei die Strukturschwäche der ländlichen Regionen. Auch die mangelnde Regulierung – etwa zum Landerwerb. Zwar könne man Boden in der Ukraine pachten, nicht aber ohne weiteres erwerben. Damit könne man landwirtschaftlich

„Die Ukraine hat großes Potenzial; denken Sie nur an den Tourismus. Aber, die Oligarchen haben kein Interesse, es zu heben. Sie sind es, die durch eine Öffnung und gesellschaftlichen Wandel alles verlieren und womöglich vor Gericht gestellt würden. Keine noch so starke Opposition ist bislang dagegen angekommen.“ (538)

95

genutzte Fläche auch nicht beleihen, was für die Entwicklung des Agrarsektors nach Ansicht eines Gesprächspartners aus dem Wissenschaftsbetrieb durchaus förderlich wäre. Ohne eine vernünftige Regelung des Bodenmarktes werde sich die Landwirtschaft in der Ukraine also kaum entwickeln, meint denn auch ein weiterer Interviewpartner in seinen Sechzigern.

Was den Konsumgütermarkt angehe, so habe die ukrainische Wirtschaft noch einen langen Weg vor sich. Ukrainische Produkte genossen keine gute Reputation, berichtet ein junger Münchner Analyst. Die Menschen in der Ukraine kauften lieber westliche Waren. Das Label „Made in Ukraine“ sei auch in Deutschland noch zu unbekannt und müsse besser positioniert werden, meint ein Gesprächspartner aus der NGO-Szene Berlins.

Nichtsdestotrotz habe die ukrainische Wirtschaft viel Potenzial, sei es bei IT-Dienstleistungen, im Tourismus, beim Thema Gebäude- und Energieeffizienz oder bei den erneuerbaren Energien. „Aber die Oligarchen haben kein Interesse, es zu heben“, glaubt ein Ukraine-Spezialist aus der Wissenschaft. „Sie sind es, die durch eine Öffnung und gesellschaftlichen Wandel alles verlieren und womöglich vor Gericht gestellt würden.“ Keine noch so starke Opposition sei bislang dagegen angekommen.

Und so sei die Lage für die Wirtschaft derzeit wieder zunehmend schwieriger. In manchen Bereichen könne man „von chaotischen Zuständen sprechen“, berichtet eine junge Berliner Wirtschaftsvertreterin. „Wir glauben“, ergänzt sie, „das liegt daran, dass die Reformkräfte weniger und schwächer werden.“

Junge Menschen – Potenzial für die Zukunft der Ukraine

In den Gesprächen wurde überaus deutlich, dass vor allem die junge ukrainische Generation eine Vision von der „neuen Ukraine“ hat. Sie sei bereit, ihre Kreativität und ihre Kompetenzen für ihr Land einzusetzen. Zum Großteil nach dem Zerfall der Sowjetunion geboren und sozialisiert, gehörten diese Reformer nicht mehr zu den postsowjetischen Kohorten. Schon deshalb sehen viele Gesprächspartner in der jungen Generation das eigentliche Potenzial für den gesellschaftlichen Wandel des Landes.

„Die Begeisterungsfähigkeit für Europa, Demokratie, Kunst und Kultur junger ukrainischer Menschen ist herausragend“, weiß ein Wissenschaftler mittleren Alters aus eigener Erfahrung. „Auf dieses menschliche Kapital sollten wir setzen“, sagt er. Auch ein Hamburger Osteuropa-Experte zeigt sich optimistisch: Es gebe viele Leute, die etwas verändern wollten.

Größtes Hindernis eines schnelleren Fortschritts seien jedoch die altsowjetischen Apparatschiks, die noch immer die Verwaltungen dominierten. „Wenn man keine professionellen Leute hat“, sagt er lakonisch, „dann muss man eben mit den alten weiterarbeiten.“ Andere Gesprächspartner haben bessere Erfahrungen gemacht. „In der täglichen Zusammenarbeit mit der Verwaltung haben wir es meist mit hochgebildeten und sehr kompetenten Leuten zu tun“, sagt ein junger Politikberater aus Berlin. Man habe es „mit sehr jungen und dynamischen Personen zu tun“. Ein geteiltes Bild also, das darauf hindeutet, dass sich mancherorts Wandel bereits

„Die jungen Leute in der Ukraine sind teilweise gut ausgebildet, interkulturell kompetent, können Fremdsprachen. Ich sehe eine wirkliche Mentalitätsveränderung. Die junge Generation ist offen und aufrichtig, sie sucht nach Zugängen zu neuem Wissen und kümmert sich um den Erhalt der Umwelt.“ (787)

„Das größte Potenzial der Ukraine sind die Menschen. In der Ukraine gibt es unglaublich viele gut ausgebildete, hoch qualifizierte Leute in verschiedenen Bereichen, die ganz viel können, machen, die total wach sind, sich orientieren.“ (348)

bemerkbar macht, während andernorts noch Stillstand herrscht.

Diesen geteilten Erfahrungen zum Trotz sagten junge Leute heute nicht mehr: „Bloß weg!“ Sie bleiben, wollen an der Veränderung der Gesellschaft aktiv mitgestalten und einbezogen werden“, glaubt eine Berliner Politikerin. „Kiew ist in ihren Augen der Platz, an dem man sein muss“ – darin unterscheide sich die gegenwärtige Lage von der sklerotischen Endphase der Janukowytch-Ära. Eine Wahrnehmung, die nicht allseits geteilt wird – das zeigt die Befragung zum Thema Migration (siehe nachfolgenden Abschnitt).

Ein wesentliches Versäumnis der jungen Reformatoren sei jedoch, dass sie es noch nicht geschafft hätten, aus der revolutionären eine politische Bewegung zu machen, die in der Lage sei, erfolgreiche Parlamentsarbeit zu leisten. Die jungen Leute müssten sich professionalisieren und „Politik neu erfinden“. Das sei „ihre einzige kurzfristige Chance“, um den Umbau der ukrainischen Gesellschaft zum Erfolg zu führen.

Stellvertretend für zahlreiche Gesprächspartner formuliert denn auch eine Berliner Künstlerin ihre Hoffnung für das Land: „Ich wünsche mir“, sagt die Mittfünfzigerin, dass sich für die Ukrainer „neue Perspektiven im eigenen Land eröffnen und die Menschen Eigenverantwortung übernehmen können“. Vor allem aber hofft sie, dass die Menschen in ihrem eigenen Land bleiben wollen.

Gehen oder bleiben?

In der Tat ist die Abwanderung gut ausgebildeter Menschen (sogenannter Braindrain) eine der größten Gefahren für die Reform- und Modernisierungsbestrebungen des Landes. Es ist wie ein Teufelskreis: Je zäher die Reformen voranschreiten, desto eher ziehen es gut ausgebildete Menschen vor, ihr Glück im Ausland zu suchen. Dieser Braindrain entzieht auch der Reformbewegung wichtiges Know-how und politische Energie, wodurch der Erneuerungsimpuls mehr und mehr erlahmt.

„Migration ist ein großes Problem“, weiß denn auch ein Wirtschaftsvertreter. „Jedes Jahr verlassen eine halbe Million gut ausgebildeter

Leute das Land.“ Diese Menschen seien müde von ihrem eigenen Land – von Korruption, niedrigen Gehältern und fehlender Rechtsstaatlichkeit. Ein Problem, das beständig zunehme, berichtet ein junger Wissenschaftler: „Ich kenne eine Reihe guter ukrainischer Wissenschaftler, aber keiner von ihnen möchte dauerhaft in der Ukraine bleiben.“

Diese Abwanderungstendenzen machten sich auch in der Verwaltung bemerkbar, denn gut ausgebildete Verwaltungsfachleute hätten heute viele Möglichkeiten, Karriere zu machen – „gerade bei internationalen Organisationen“. Die „zunehmenden Personallücken in der Verwaltung werden zu einem echten Problem bei der Umsetzung der Reformen“, berichtet denn auch eine junge Ukraine-Kennerin aus Berlin.

Und so betrachten einige unserer Gesprächspartner die gerade erst erlangten EU-Visa-Erleichterungen als Danaergeschenk. Denn durch die Visa-Erleichterungen werde die Abwanderung junger Menschen zunehmen – „so, wie wir es nach der deutschen Einheit in den neuen Bundesländern gesehen haben“, glaubt ein Berliner Medienschafter.

„Toll ist, dass die Ukraine Reisefreiheit hat. Man muss nur aufpassen, dass gute Leute das Land nicht langfristig verlassen.“ (511)

Umgekehrt sei die erwartete Rückkehrwelle der ukrainischen Diaspora nicht erkennbar. Wer einen deutschen Pass „ergattert“ habe, bleibe. „Zur Gewissensberuhigung wird dann eher Geld für Front-Witwen geschickt“, ergänzt der Berliner Journalist nicht ganz ohne Zynismus.

Auf lange Sicht könne der Braindrain nur durch eine Doppelstrategie eingedämmt werden, meint eine Berliner Wissenschaftlerin mittleren Alters: Einerseits müssten massive Investitionen ins Bildungssystem fließen, um die nötige Expertise für die Erneuerung und Modernisierung der Ukraine bereitzustellen; andererseits müsse sich die Ukraine in einem Tempo verändern, dass diese gut ausgebildeten Menschen auch eine Verwendung fänden, die ihren Erwartungen entspreche.

Auch wenn bei unseren Gesprächspartnern die Wahrnehmung eines anhaltenden Braindrains überwiegt, so berichten andere durchaus von einem „Rückkehrer-Phänomen“. Viele Ukrainer hätten in den zurückliegenden Jahren im Westen gearbeitet, dort Geld angespart und würden nun „gern in die Ukraine zurückkehren, um kleine Hotels oder Restaurants zu eröffnen“, berichtet eine Osteuropa-Expertin aus dem politischen Berlin. Und ein Mitarbeiter eines Berliner Thinktanks ergänzt: „Ich finde es erstaunlich, dass gut ausgebildete Ukrainer, die in Amerika oder Westeuropa studiert haben, in die Ukraine zurückkehren, obwohl sie im Ausland bessere berufliche Möglichkeiten hätten.“

Binnenflucht und Internally Displaced Persons (IDP)

Als Folge des Krieges im Donbass gibt es derzeit rund 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge in der Ukraine, im internationalen Jargon auch als Internally Displaced Persons (intern Vertriebene) bezeichnet. Ein Thema, das in der Wahrnehmung einiger Befragter in Deutschland „unter den Tisch fällt“.

Dabei sei die Binnenmigration eine „enorme Herausforderung für den Staat wie auch die Bevölkerung“ – Familien würden zerrissen und Menschen müssten in ein neues Umfeld integriert werden. Manche Beobachter sprechen gar von einem „Bevölkerungsaustausch“.

Gerade weil das Thema Binnenflüchtlinge das Land politisch, gesellschaftlich und finanziell zusätzlich herausfordere, müsse es in der Außenkommunikation klarer herausgestellt werden, meint eine Berliner Wissenschaftlerin.

Allein in Charkiw, der zweitgrößten Stadt der Ukraine mit rund 1,5 Millionen Einwohnern, sind rund 200.000 Binnenflüchtlinge aus den Kriegsgebieten aufgenommen worden. Charkiw habe damit eine „beispiellose Integrationsleistung vollbracht“, so ein politischer Analyst – mit geringen Ressourcen und „ganz ohne Klagen. Wir Deutsche könnten viel

von dieser Haltung lernen“, meint er. Eine Journalistin mittleren Alters ergänzt: „Vom Westen Europas wird kaum wahrgenommen, welche Belastung die Ukraine neben Krieg und Wirtschaftskrise zusätzlich durch die hohe Zahl der Binnenflüchtlinge hat.“ Sie sei „sehr beeindruckt, wie die Ukraine mit dieser Herausforderung umgeht“. Und ein junger Politikberater aus Berlin gibt zu bedenken, dass es „trotz der großen Zahl nicht zu sozialen Problemen gekommen ist. Man muss wirklich sagen“, so der junge Mann spürbar beeindruckt, „die Ukrainer halten zusammen wie Pech und Schwefel in dieser Situation.“

Binnen- und Arbeitsmigration seien nach Ansicht eines unter 30-Jährigen Themen, die die Ukraine mit anderen europäischen Ländern verbinde. Er glaubt, die Migrationsthematik könne dazu dienen, „über ähnliche Herausforderungen, aber unterschiedliche Erfahrungen und Haltungen zu sprechen“. Denn entwickle sich die Ukraine nicht in die erhoffte Richtung, sei ein ganz anderes Szenario denkbar – und das werde in Deutschland schon heute als Worst-Case-Szenario wahrgenommen: Dann würden aus Binnenflüchtlingen womöglich Flüchtlinge, die Richtung Westeuropa ziehen. ■

Anhänge

Zur Methodik der Studie

Bei der Studie „Die Ukraine in den Augen Deutschlands“ handelt es sich um ein exploratives Forschungsprojekt mit qualitativ-empirischer Herangehensweise, das heißt es wird nicht von bestehenden Hypothesen oder Theorien ausgegangen, sondern in offener Herangehensweise nach auffindbaren Phänomenen und Mustern gesucht. Die Suche selbst erfolgt in einem Korpus von Aussagen, welche zuvor in persönlichen Interviews gesammelt werden.

Dieser Ansatz unterscheidet sich damit grundsätzlich von den traditionell häufig quantitativ ausgerichteten Umfragen in der Meinungsforschung. Dort soll zumeist die Verteilung von Merkmalen (hier: Meinungen) in einer relevanten Gruppe von Befragten (Grundgesamtheit, Population) ermittelt werden. Dies geschieht in den seltensten Fällen durch eine Vollerhebung, bei der alle Mitglieder der Grundgesamtheit befragt werden, sondern typischerweise mittels Befragung einer Stichprobe, die nach bestimmten Prinzipien (z.B. Randomisierung) festzulegen ist, um statistische Repräsentativität zu gewährleisten. Nur dann lässt sich nämlich von einer kleineren Stichprobe einigermaßen zuverlässig auf die (zumeist deutlich) größere Grundgesamtheit schließen.

Schlussfolgerungen dieser statistischen Art kommen für die hier gewählte Herangehensweise nur äußerst bedingt infrage. Im Gegenteil, dies ist eine der Limitationen des gewählten Forschungsansatzes. Stattdessen geht es beim gewählten Zugang darum, für die inhaltliche Zielsetzung geeignete Gesprächspartner auszuwählen, und deren

besondere Fähigkeit, einen bestimmten Beobachtungsgegenstand in den Blick zu nehmen, um sie für das Sammeln von Erkenntnissen zu nutzen. Der Beobachtungsgegenstand in unserem Fall ist die Ukraine und die geeigneten Gesprächspartner sind daher Ukraine-Kenner, die in Deutschland leben.

Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte nach den in der qualitativen Forschung üblichen Grundsätzen zur selektiven Fallauswahl (theoretisches Sampling). Die Zusammenstellung der Gesprächspartner entstand auf Grundlage des breiten Netzwerks der GIZ in Deutschland und der Ukraine. Es wurde besonders darauf geachtet, dass bei den Gesprächsteilnehmern kein direktes Abhängigkeitsverhältnis zur GIZ besteht.

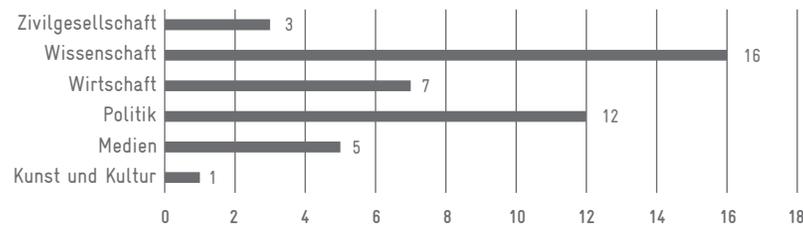
Um dem Anspruch des Studienziels zu entsprechen, war Ukraine-Kennntnis das entscheidende Auswahlkriterium. Neben der Beobachtungs- und Sprechfähigkeit der Studienteilnehmer waren die Kriterien Relevanz, Substanz und Diversität entscheidend: Relevanz bezieht sich auf die Befassung mit jenen Themen, die derzeit den gesellschaftlichen Dialog dominieren und die für möglichst viele Zielgruppen von Bedeutung sind; Substanz bezieht sich auf eine hinreichend tiefe und abwägende Betrachtung der Fragen; Diversität auf eine zufriedenstellende Breite von Themen, um ein möglichst umfassendes Gesamtbild anbieten zu können.

Für die Auswahl der Gesprächspartner wurden weitere Auswahlkriterien herangezogen, wie Geschlecht, Alter und der gesellschaftliche Tätigkeitsbereich der Befragten. Ebenso wurde darauf geachtet, dass es sich idealerweise um Entscheidungsträger der mittleren und

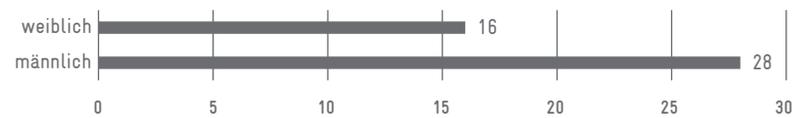
höheren (aber absichtlich nicht höchsten) Hierarchieebenen handelt. Auf diese Weise wurden 44 Gesprächspartner identifiziert. Bei der endgültigen Zusammenstellung des Be-

fragten-Samples wurde auf eine möglichst gute Verteilung der angeführten Auswahlkriterien geachtet. Die schlussendlich erzielte Verteilung nach sozialen Kriterien ist in den folgenden

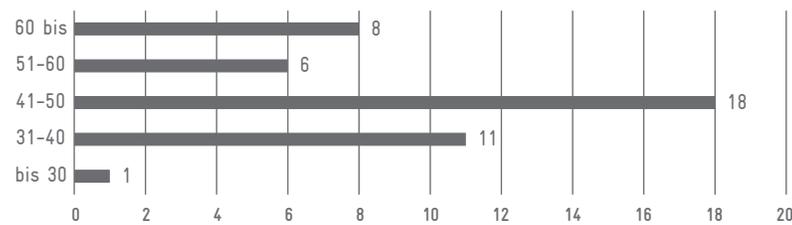
Befragte nach Gesellschaftsbereich (n=44)



Befragte nach Geschlecht (n=44)



Befragte nach Altersgruppe (n=44)



Abbildungen abzulesen:

Die Befragten kamen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen: beispielsweise aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft – wobei die letzten beiden Gruppen leicht unterrepräsentiert sind. 28 (64 %) der Gespräche wurden mit männlichen und 16 (36 %) mit weiblichen Gesprächspartnern geführt. Hinsichtlich

der Altersgruppen wurde eine angemessene Verteilung erzielt, auch wenn die unter 30-Jährigen unterrepräsentiert sind. Dass überwiegend Gesprächspartner mit sehr viel oder viel Ukraine-Erfahrung (41 Personen, 93 %) befragt wurden, entspricht der Intention der Studie. Doch auch an dieser Stelle wurde auf eine gewisse Streuung geachtet und Einschätzungen wurden auch von Personen erfragt, deren Ukraine-Bezug weniger intensiv

oder aber eher indirekter Natur ist (3 Personen, 7 %). Insgesamt wurde eine zufriedenstellende Fallkontrastierung erreicht und damit eine größtmögliche Vielfalt an Perspektiven auf die Ukraine sichergestellt.

Datenerhebung in persönlichen Interviews

Um die Wahrnehmungen der ausgewählten Personen zu sammeln, wurden persönliche Interviews mit einer Dauer von je etwa neunzig Minuten durchgeführt. In den Interviews wurde ein halbstrukturiertes Verfahren angewendet. Neben einer gewissen Anzahl von Leitfragen im eröffnenden und schließenden Teil des Gesprächs wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Reihe von Themen angeboten, aus denen sie selbst wählen durften. So wurde einerseits sichergestellt, dass die aus dem Alltagskontext heraus relevant erscheinenden Themen gewählt werden konnten, andererseits die Befragten zu Fragestellungen sprachen, zu denen sie auch inhaltlich mit größerem Tiefgang Wissen abrufen können.

Großer Wert wurde auch auf den Fluss der Interviews gelegt; sie orientierten sich an der natürlichen Erzähllogik der Interviewten, die von den Interviewern behutsam gefördert wurde, ohne selbst richtungsbestimmend einzugreifen oder gar eigene Bilder beizusteuern.

Im Vordergrund steht bei dieser Herangehensweise primär das Nachvollziehen und Verstehen der individuellen Perspektiven der Befragten und der vor diesem Hintergrund entwickelten Ukraine-Bilder. Um die für diese Methode nötige theoretische Bereitschaft herzustellen und Einheitlichkeit in der praktischen Umsetzung bestmöglich zu gewährleis-

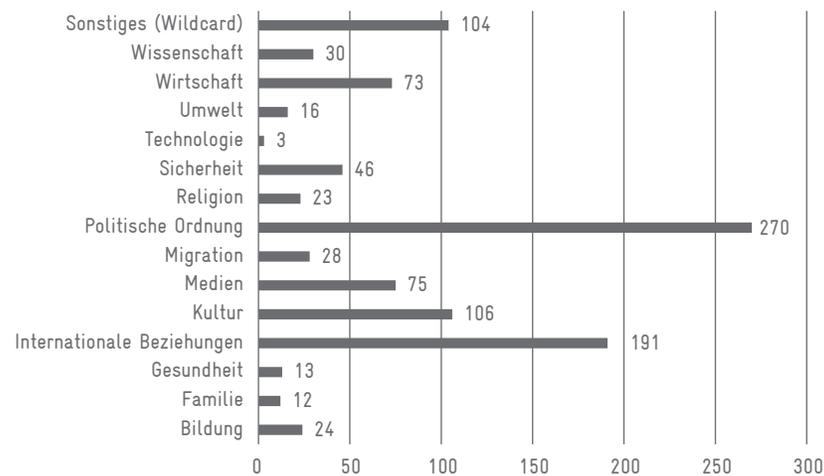
ten, wurden sämtliche Interviewer im Vorfeld der Erhebung entsprechend geschult, dasselbe Set von Interviewer-Materialien (Leitblatt, Themenkarten etc.) von allen verwendet und derselbe Ablauf eingehalten.

Jedes einzelne Interview wurde mit einer offenen Eingangsphase gestartet, in der freie Assoziationen und Bilder zur Ukraine im Vordergrund standen. Die zweite Phase bot den Befragten die Möglichkeit, aus vierzehn Themenfeldern (zzgl. eines Optionsfeldes „Sonstiges“) frei zu wählen. Die vierzehn Themenfelder im Kernteil der Interviews wurden so gewählt, dass sich darin alle wesentlichen Funktionsbereiche der Gesellschaft wie auch relevant erscheinende Querschnittsmaterialien (z. B. Migration) wiederfinden. In der wieder offen gehaltenen Schlussphase wurden die Befragten gebeten, ein inhaltliches Resümee zu ziehen und über Zukunftserwartungen und Empfehlungen zu sprechen.

Die angebotenen Themen und die dafür gewählten Kurztitel wurden einerseits durch die Intention geleitet, trotz einer nicht idealtypisch zu erreichenden inhaltlichen Überschneidungsfreiheit möglichst klare und trennscharfe Kategorien vorzulegen, die sowohl für den deutschen wie ukrainischen Kontext valide Begriffe verwenden. Schließlich wurden Querschnittsthemen mit hoher Aktualität zur Abfrage bereitgestellt (beispielsweise Korruption, Krieg, Krim), weil sie aufgrund der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen für die Außenwahrnehmung der Ukraine relevant erschienen.

Erwartungskonform haben die Themenfelder unterschiedlich viele Aussagen auf sich vereint. Daraus können zwar gewisse Schlüsse

Aussagen nach Beobachtungsfeld (n=1014)



gezogen werden, die Interpretation ist aber aufgrund des pseudostatistischen Charakters dieser qualitativen Erhebung mit besonderer Vorsicht durchzuführen. Erwähnt werden soll daher nur die auffällige Häufung im Bereich „Politische Ordnung“ und „Internationale Beziehungen“, die als Indiz für die veränderte Wahrnehmung der Ukraine seit dem Euro- Maidan, der russischen Annexion der Krim und dem Krieg im Donbass gelten darf. Da beim gegebenen Studiendesign nicht primär die Häufung, sondern die inhaltliche Qualität der Aussagen ausschlaggebend ist, wird auf die Darstellung der Häufigkeitsverteilung der Aussagen bewusst verzichtet.

Im Nachgang der Gespräche wurde keine wortwörtliche Transkription vorgenommen. Stattdessen waren alle Teammitglieder angehalten, inhaltlich bereits verdichtete Kernaussagen zu dokumentieren.

Die Dokumentation fand in einem vorstrukturierten Auswertungsbogen statt, in dem eine unmittelbare Zuordnung zu einem der vierzehn Themenfelder (siehe Tabelle) ebenso wie die Kodierung nach Aussagearten (z. B. Beschreibung, Stärke, Schwäche, Empfehlung etc.) erfolgte.

Auswertung der erhobenen Daten

Ein Blick auf die wesentlichen Parameter der Erhebung bietet einen guten Einstieg in die Beschreibung des Auswertungsprozesses. Zwischen September und November 2017 fanden insgesamt 44 Interviews in Deutschland statt. Mit insgesamt 1.014 gesammelten Kernaussagen ergibt sich eine durchschnittliche Anzahl von etwa 23 Kernaussagen pro Interview.

Aufgrund der guten Fallkontrastierung und der hinreichenden Anzahl von Befragten stellt das eine gute Datensättigung dar. Studien dieser Art – wie z. B. die drei Deutschlandstudien der GIZ¹ – haben wiederholt gezeigt, dass ein Zuwachs an Daten kaum neue Erkenntnisse erbringt.

Bei dieser nicht theoriegeleiteten, explorativen Studie lag die Hauptaufgabe bei der Datenauswertung darin, Aussagen aus den unterschiedlichen Perspektiven und gesellschaftlichen Sektoren nach darin enthaltenen Phänomen-Beschreibungen zu sichten, Aussagen mit demselben Phänomen-Bezug zusammenzuführen und die darin enthaltenen Facetten bestmöglich nachzuvollziehen, um daraus ein Gesamtbild herzustellen. Die grundsätzliche Schrittfolge hatte – vereinfacht dargestellt – folgende Struktur:

1. Bestimmung und Sichtung des Ausgangsmaterials (Korpus)
2. Festlegung der Richtung und des Ablaufs der Analyse
3. Strukturieren und Generalisieren der Daten
4. Formulierung relevanter Hypothesen
5. Interpretation und Überprüfung der Ergebnisse

Die 1.014 Kernaussagen aus den Interviews

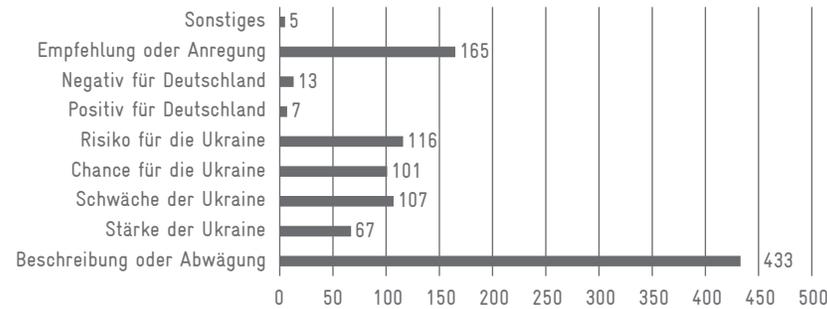
bildeten das Ausgangsmaterial, das dem Auswertungsteam – aus Gründen der Rückanbindung an den Entstehungskontext alle Interviewer – in Form von Kärtchen und Listen aufbereitet vorlag. Andere Quellen wurden nicht verwendet.

Richtung und Ablauf der Analyse orientierten sich an der qualitativen Zielsetzung der Studie. Im Fokus stand die Identifikation der auffälligsten und interessantesten Phänomene zum Ukraine-Bild. Es wurde also nicht eine Beschreibung eines einzigen Phänomens (das Ukraine-Bild) entwickelt, sondern zunächst frei von vorgegebenen Such- oder Denkstrukturen nach Aussagen gesucht, die sich mit weiteren Aussagen aufgrund ihrer inhaltlichen Nähe zusammenführen ließen.

Dafür ist es von Bedeutung, nach Aussagentypen zu unterscheiden – ob es sich also um eine bloße Beschreibung, eine Bewertung oder etwa eine Empfehlung handelt. Typisiert nach diesen Kategorien, ergibt sich folgende Gesamtverteilung der Kernaussagen:

¹ Vgl.: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Deutschland in den Augen der Welt. Zentrale Ergebnisse der GIZ-Erhebung „Außensicht Deutschland – Rückschlüsse für die Internationale Zusammenarbeit“, Bonn/Eschborn 2012 (Download: <https://www.giz.de/de/downloads/de-deutschland-in-den-auge-der-welt-2012.pdf>); Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Deutschland in den Augen der Welt. Zentrale Ergebnisse der zweiten GIZ-Erhebung 2015, Bonn/Eschborn 2015 (Download: https://www.giz.de/de/downloads/giz2015-de-deutschland-in-den-auge-der-welt_2015.pdf). Die dritte GIZ-Deutschlandstudie erscheint im ersten Quartal 2018.

Aussagen nach Aussagentyp (n=1014)



Die daraus entstehenden Muster wurden im zentralen Analyseschritt immer weiter angereichert, bis sich an der jeweiligen inhaltlichen Stelle das dazu passende Datenmaterial erschöpfte. Die auf diese Weise entstandenen Cluster von Aussagen wurden ihrerseits wieder in ein Gesamtbild gebracht. Dabei wurde nicht statistisch generalisiert, also nicht von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit geschlossen (sample-to-population), sondern es wurde analytisch generalisiert. Bei der analytischen Generalisierung werden auf Grundlage von aus Einzelfällen sichtbar gewordenen Phänomenen durch induktiven Rückschluss, Abstraktion und konfirmatorische Belege Konzepte erarbeitet, denen man eine breitere Bedeutung unterstellt. In einem gewissen Umfang spielte auch Fallübertragbarkeit eine Rolle (case-to-case transferability). Bei der Fallübertragbarkeit handelt es sich um eine Form der Generalisierung, bei der durch eine Ähn-

lichkeit von personenbezogenen Merkmalen (z. B. junge Kulturschaffende) oder anderen Kontextfaktoren (Raum, Zeit, Milieu etc.) Rückschlüsse von einem Einzelfall für einen anderen Fall oder eine Gruppe herangezogen werden können. Das auf diese Weise strukturierte Datenmaterial bildete den Ausgangspunkt für die weitere Bearbeitung.

Die Formulierung von Hypothesen stellte den ergebnisorientierten vierten Schritt der Auswertungsarbeit dar. Dabei wurde das vorstrukturierte Material erneut tiefgehend gesichtet und es wurden hypothesenartige Zusammenfassungen in Form von Kurztexten erarbeitet, die schließlich zur weiteren redaktionellen Ausarbeitung zur Verfügung standen.

Dabei ist anzumerken, dass Generalisierung und Hypothesenbildung in qualitativen Studien vor allem zwei Prüffragen standhalten

müssen: Sind die entwickelten Annahmen ausreichend durch das Datenmaterial belegt? Würde man bei wiederholter Analyse bzw. mit anderen Analytisten zu denselben Ergebnissen kommen? Angespielt wird damit vor allem auf das Risiko unreifer, ungeprüfter Schlüsse („beim Aha-Effekt stehen bleiben“), die entstehen können, wenn der Reflexionsprozess nach Bequemlichkeitskriterien beendet wird statt nach einer theoretischen Sättigung. Zudem muss möglichst ausgeschlossen werden, dass man aufgrund von subjektivem Bias Enthusiasmus für vielleicht nur künstlich hergestellte Zusammenhänge entwickelt. Schließlich sind selbst bei umfassenden qualitativen Studien oft die Kontextinformationen nicht differenziert genug verfügbar, um Fallübertragbarkeit annehmen zu dürfen.

Die Interpretation und Überprüfung der Ergebnisse geschah daher auf mehreren

Ebenen: Zum einen wurden bereits während der Vorbereitungs- und Auswertungsworkshops die erzielten Ergebnisse einer kritischen inhaltlichen Würdigung unterzogen. Zum anderen wurde bei Erstellung des Studienberichts immer wieder auf das Rohmaterial zurückgegriffen, um formulierte Annahmen zu überprüfen und gegebenenfalls weiter zu präzisieren.

Schließlich wurde beim Verfassen des Studientexts darauf geachtet, dass die angebotenen Schlussfolgerungen und Hypothesen nicht als Wahrheiten dargestellt werden, sondern als Gedankenanstoß für eigene Interpretationen und Ableitungen der Leserinnen und Leser. Das Ergebnis ist der hier vorliegende Studienbericht.

Gesprächspartner

Behrends, Jan C., Dr.

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Beichelt, Timm, Prof. Dr.

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Bercio, Anne

Institut für Europäische Politik e.V.

Bindert, Franz-Josef

Ministerialdirigent a.D.

Bollow, Ivonne Julitta

Metro AG

Bota, Alice

Journalistin

Eichwede, Wolfgang, Prof. em. Dr.

Historiker

Fischer, Sabine, Dr. phil.

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Freitag, Gabriele, Dr.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Gilgen, Christoph Konrad

Deutsche Assoziation der Ukrainisten e.V.

Golczewski, Frank, Prof. Dr.

Historiker

Halling, Steffen

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Harms, Rebecca

Abgeordnete des Europäischen Parlaments

Heldt, Alexandra

Tönissteiner Kreis e.V.

Henkel, Stefan

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Hilkes, Peter

Ludwig-Maximilians-Universität München

Hoffmann, Martin, Dr.

Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Jilge, Wilfried

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Kapler, Clemens

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)

Kaufmann, Walter

Heinrich-Böll-Stiftung

Kirchner, Robert

Berlin Economics

Kochlowski-Kadjaia, Ute

Osteuropaverein der deutschen Wirtschaft e.V.

Koller, Peter

Osteuropa-Plattform der Grünen

Kosmehl, Miriam

Friedrich-Naumann-Stiftung

Libman, Alexander, Prof. Dr.

Ludwig-Maximilians-Universität München

Lindenlaub, Yvonne

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und
Reaktorsicherheit (BMUB)

Mark, Rudolf A., Prof. Dr.

Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Meister, Stefan, Dr.

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Milbradt, Georg, Prof. Dr.

Ministerpräsident a.D.

Münchmeyer, Tobias

Greenpeace e.V.

Novak, Andrej F.

European Cosmopolitan Consulting

Otten, Thomas

Otten Consulting GmbH

Pleines, Heiko, Prof. Dr.

Universität Bremen

Pörzgen, Gemma

Journalistin

Praschl, Gerald

Journalist

Raabe, Katharina

Suhrkamp Verlag

Rodé, Mascha

Journalistin

Sasse, Gwendolyn, Prof. Dr.

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien

Schiffer, Stefanie

Europäischer Austausch GmbH

Schimanke, Dieter, Prof. Dr.

Berater

Schürgers, Norbert, Dr.

Stadt Nürnberg

Weidemann, Joachim

Comecon.Media GmbH

Wöll, Alexander, Prof. Dr.

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Worschech, Susann, Dr.

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Büro für politische Kommunikation

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

20, Velyka Zhytomyrska St
01001 Kyiv

andreas.schumann-von@giz.de
www.giz.de/ukraine-ua